

auf-
genommen

NEUE ZEIT

Institut der Zentralbibliothek der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortsteil Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



**VOLKSMACHT
FÜR DAS VOLK**



1986-INTERNATIONALES JAHR DES FRIEDENS

Den Krieg unmöglich zu machen — das war der erste Appell der Kommunistischen Internationale, die 1919 die revolutionären Parteien des Proletariats, die im Zeichen des Roten Oktober entstanden waren, vereinte. Eben so verstanden und verstanden die Kommunisten, bewußte und standhafte Kämpfer für eine friedliche Zukunft und die Brüderlichkeit der Völker, ihre historische Mission, ihre Pflicht vor der Menschheit.

Doch die Kommunisten beanspruchten nie ein Monopol in der Antikriegsbewegung. Überdies betrachten sie als unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der von ihnen eröffneten Schlacht gegen den Krieg nach wie vor die Zusammenarbeit mit allen Friedenskräften. Daher auch die Lösung „Heran an die Massen!“, die der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale bereits 1921 verkündete. Daher auch

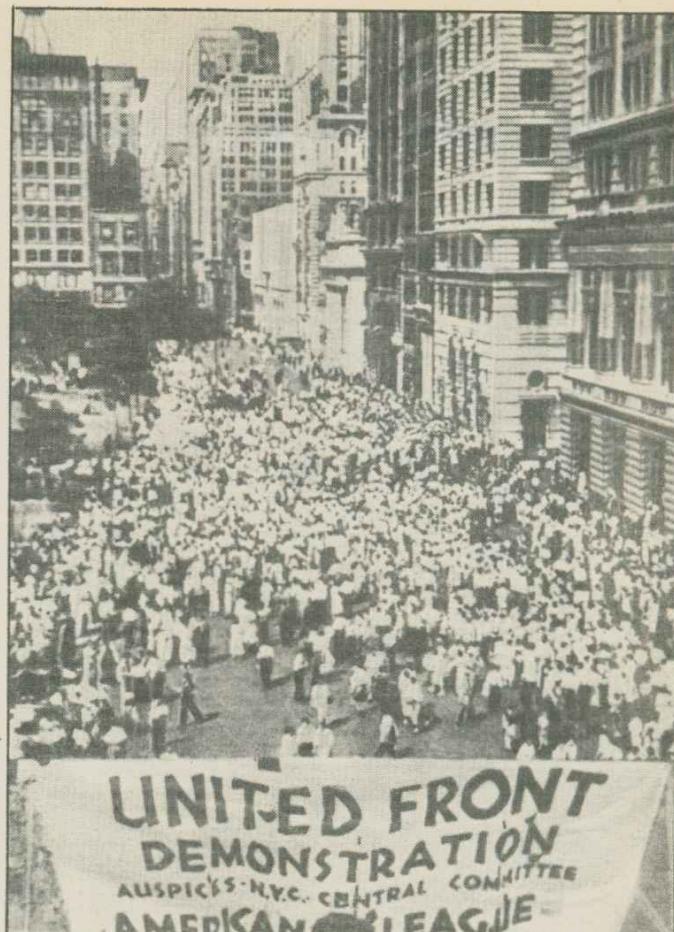
1935. Im Präsidium des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Georgi Dimitroff, Maurice Thorez und Wilhelm Pieck singen die „Internationale“

die unermüdliche Suche nach Wegen zum Zusammenschluß breiter Schichten der Werktätigen für das große Ziel — zu verhindern, daß das Kapital die Welt in Kriege stürzt.

Kompliziert, schwierig waren die Jahrzehnte zwischen den Kriegen. In den 30er Jahren mit ihren dramatischen Ereignissen suchte eine Wirtschaftskrise wie nie zuvor die kapitalistische Welt heim. Hunger, Not und Arbeitslosigkeit wurden zum Los von Millionen und Abermillionen Werktätigen in Stadt und Land. In der Heimat Schillers und Goethes, Einsteins und Liebknechts wütete der Nazi-Terror. Afrika und Asien wurden zum Schauspiel militärischer Abenteuer. Die Gefahr eines globalen Konflikts wurde immer greifbarer.

In dieser bedrückenden Atmosphäre war die Stimme der Kommunisten laut zu vernehmen. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935 demonstrierte überzeugend die soziale Reife und die politische Weitsicht der kommunistischen Weltbewegung, ihre Fähigkeit, die globalen Prozesse nüchtern zu analysieren, falls nötig, kühn die Strategie zu korrigieren und die Taktik zu wechseln, wobei sie dem Endziel — der Befreiung der Arbeit vom Kapital — treu blieb.

Der VII. Kongreß der Kommunistischen Interna-



tionale ist ein Meilenstein in der Geschichte des Ringens um soziale, ökonomische und geistige Befreiung der Werktäti- gen. Er zeigte, wie die

4. Juli 1934. Antikriegsdemonstration in New York. Auf dem Spruchband: „Demonstration der Einheitsfront. Zentrales und New Yorker Komitee der amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus“

Gefahr eines Untergangs der Menschheit abgewendet werden kann. Das Wichtigste ist der entschiedene Kampf gegen Faschismus und Krieg, ein Kampf, der alle Antifaschisten, alle Friedensanhänger, unabhängig von politischen Ansichten, Parteizugehörigkeit und religiösen Überzeugungen, vereint.

Der Aufruf zur Einheit der Friedenskräfte, den der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale an die Welt rüttete, ist auch heute aktuell. Die Nuklearkriegsgefahr verlangt gemeinsames Handeln aller Menschen.

Fortsetzung des geschichtlichen Ab- risses über die Antikriegsideen und den Friedenskampf (s. Heft 1, 4, 6, 12, 14, 17, 21, 24, 28, 30, 33, 37).



WORT DES REDAKTEURS

TRIUMPH GUTEN WILLENS

Endlich eine gute Nachricht! Sie kommt aus Stockholm, wo die KVAE-Konferenz beendet wurde. Das dort geschlossene Abkommen ruft Erleichterung und Hoffnung hervor. In den europäischen Hauptstädten wird es als Beitrag zur Minderung der Kriegsgefahr empfunden. Wie es in einer Erklärung Michail Gorbatschows heißt, wurde damit ein bedeutender Schritt zur Minderung der Spannungen, zur Verbesserung des Weltklimas getan, wie es für die Lösung der lebenswichtigen Gegenwartsprobleme notwendig ist.

Die Arbeit war nicht leicht, aber der gesunde Menschenverstand hat gesiegt. Die blockbedingten, ideologischen Erwägungen ließ man zurücktreten, um die allgemeine Sicherheit zu festigen. Der Argwohn zog sich zurück vor detailliert ausgearbeiteten vertrauensbildenden Maßnahmen, die einen ganzen Komplex militärpolitischer Verpflichtungen bilden. Die Verpflichtungen sind zudem erstmals in der europäischen Geschichte durch Inspektion an Ort und Stelle untermauert.

Sie beinhalten die Voranmeldung von Übungen, Bewegungen, Verlegungen und Konzentration von Truppen, einschließlich der amerikanischen Einheiten, die nach Europa entsandt werden. Bisher war diese ganze Tätigkeit, die unerhörte Ausmaße angenommen hat, mit dem Risiko eines militärischen Konfliktes verbunden, weil sich dahinter die Vorbereitung einer Aggression verbergen konnte. Von dem Streben, das Mißtrauen zu beseitigen, zeugen ferner der vereinbarte Austausch der jährlichen militärischen Tätigkeitspläne, über die informiert werden muß, und die bindende Einladung von Beobachtern zur gesamten militärischen Tätigkeit.

Denken wir daran, wie sehr die geltenden Abkommen angegriffen werden. In Washington erklärt man SALT 2 für tot und vergreift sich am ABM-Vertrag. Mehr noch, dort wird das System von Verträgen und Abkommen als Ganzes "kurzsichtig" genannt. Nach dieser Logik ist jede internationale Urkunde ein nichtssagendes Blatt Papier und der nukleare Sprengstoff die einzige Grundlage der Sicherheitspolitik. In Stockholm hat die kollektive Vernunft, mit politischem Willen multipliziert, zu Abkommen und Verpflichtungen als das A und O der Sicherheit geführt.

In solchen Fällen ermöglicht der eine Schritt einen weiteren. In Europa besteht jetzt die Möglichkeit für eine reale Abrüstung, für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte. Doch ruft das Beispiel Stockholm dazu auf, noch viel weiter zu gehen.

Die Menschheit ist der Aufgabe gewachsen, die Wendung von der Geschichte der Kriege zur Geschichte der weltweiten Zusammenarbeit zu vollziehen. Europa ist nur einer der Teilnehmer der allgemeinen Entwicklung.

POST

Ich bin Geographielehrer an einer Oberschule. Jeden Tag erzähle ich den Kindern, wie schön unser Planet ist. Doch wenn ich in die Kinderaugen voller Lebensfreude blicke, muß ich unwillkürlich daran denken, daß dies alles durch Schuld der USA, die trotz aller Friedensinitiativen unseres Landes die Welt immer wieder durch Kernexplosionen einzuschüchtern suchen, ein Ende finden kann. Eben deshalb appelliere ich an alle, die Kinder haben, ein weiteres Mal der US-Regierung mit Bestimmtheit zu erklären: Wir brauchen Frieden für alle Zeit, die Kinderaugen sollen immer Lebensfreude ausstrahlen.

Alexej RYSHUK
Krim-Gebiet, Ukr. SSR

Der Beitrag "Suche nach neuen Wegen" (NZ 20/86) bestärkte mich in der Auffassung, daß in Nigeria eine breite Friedensfront geschaffen werden muß. Eine solche Front soll Vertreter der Öffentlichkeit, die sich für Frieden und Sicherheit einsetzen, vereinen. Sunday EKEMENAH

Ife, Nigeria

Wenn ein einzelner oder eine Gruppe von Menschen verkünden, der Fortschritt der Menschheit bedeute ihnen mehr als alles andere, sie aber in Wirklichkeit nur eigene Interessen verfolgen, dann wird der Wert der von ihnen verkündigten Ideen unweigerlich in Frage gestellt. Die fortschrittlichen Arbeiter meines Landes, und ich rechne mich zu ihnen, verstehen sehr wohl: Wenn wir überleben wollen, sind Veränderungen nötig. Der Kommunismus ist unserer Meinung nach die einzige Alternative, die diese positiven Veränderungen gewährleisten, vor allem aber den Weltfrieden bewahren kann.

Robert CHAMBLISS
San Francisco, USA

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

NEW
TIMES

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

40 OKTOBER
1986

Gründungsjahr 1943

3 UNO. Gedanken
zu zwei Ansprachen

6 Das Moratorium:
Aktionen und Argumente

12 Libanon. Gefahr
einer neuen Invasion

14 Wohnen in der DDR

16 Der sowjetische
Deputierte und seine Be-
fugnisse

18 EG. Wendung zu
einem "technologischen"
Europa!

20 BRD. Die Grünen

23 USA-Indien. Zeugnisse
geheimer Einmischung

25 In der Mitte Japans

28 Hommage an
Dmitri Schostakowitsch

31 Revanchespiel.
Psychologie des Fehlers

Wahre Demokratie

Ober den Alltag des sowjetischen Parlaments lesen
Sie auf

S. 16



Das Moratorium: Argumente und Wirklichkeit

werden von J. Welichow, Vizepräsident der AdW der UdSSR, und vom amerikanischen Geophysiker T. Cochran besprochen.

S. 6

Die Mitte Japans

schildert unser Korrespondent in seinem Bericht über die "statistisch durchschnittliche" japanische Präfektur Mie.

S. 25



CIA in Indien

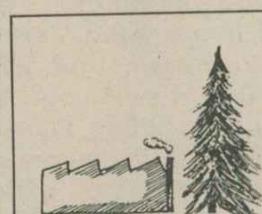
Washington versucht, Delhis Politik zu beeinflussen.

S. 23

Sperre gegen Kriege

ist Gegenstand des Interviews P. Sipaseuth, stellvertretender Vorsitzender des Ministerates und Außenminister der VDR Laos.

S. 11



Grüne Welle

Was offerieren die Grünen der Bundesrepublik?

S. 20



Der Rote Platz in Moskau ist ein fester Teil der Geschichte Russlands und der Sowjetunion zugleich der Platz der großen Festparaden, ja ein Wahrzeichen des Landes.

Auf diesem Stück des altrussischen Bodens — vor der Basilius-Kathedrale, an der Mauer des ehrwürdigen Kremls der gute und schlechte Zeit erlebte — geschahen viele historische Ereignisse.

Im harfen Jahr 1941 gingen Söhne und Töchter unseres Volkes vom Roten Platz in die Kämpfe gegen den Faschismus. Im Siegjahr 1945 brachten sowjetische Soldaten die Fahnen der Wehrmachtdivisionen hierher und schleuderten sie am Fuße des Lenin-Mausoleums in den Staub.

Vom Roten Platz aus hört unser Planet die Aufrufe zum Frieden und zur Völkerfreundschaft.

In dem Gebäude jenseits der Kremlmauer hat der Oberste wjet der UdSSR, höchstes Organ der Staatsmacht, seinen Sitz. Entscheiden die Deputierten des Volkes über die Wege des Landes.

Foto: N. Rachmanow

Wort des Redakteurs (1).
Expresseinformation (5, 29).
Panorama (9). Interview
(11). Kultur und Politik
(29). Diskussion mit dem
Leser (30).

2

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PIITSCHIK [Stellv. Chefredakteur]
A. PUMPJANSKI [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPP

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

"NEUE ZEIT"

Politik und Humanismus

Gedanken zu zwei Ansprachen

Alexander PUMPJANSKI

Was ist die UNO — eine weltweite Rhetorikübung, ein Diskussionsklub? Ein diplomatischer Agon, bei dem Vertreter unterschiedlicher Schulen des politischen Denkens polemische Pfeile gegeneinander schleudern und nach allen Regeln der Kunst wohlgeübte Schläge austauschen (wenn auch die Höflichkeitsregel manchmal zu kurz kommt)? Ein Schaufenster, um vorhandene Tugenden von Staaten zu demonstrieren — oder auch nur vorzutäuschen? In einer Diskussion, ähnlich der auf der Vollversammlung, würde ein Zyniker ein wenig von allem davon finden. Doch wäre es reichtfertig, sich auf ein solches Urteil zu beschränken.

Die UNO-Diskussion ist von großem Wert. Es exponieren sich nicht nur dieser jener repräsentative Redner und das Niveau seines Denkens. Jede Ansprache ist die Momentaufnahme der Politik, des Weltbildes eines Staates. Die verschiedenen Bilder überlagern einander, und aus Überlagerungen, Gegenüberstellungen und kritischen Vergleichen ersteht vor den Völkern der Welt ein reales Panorama von Problemen und Errungenschaften der Menschheit. Klarer treten Vorurteile und Verzerrungen zutage, ob sie nun willentlich oder unwillentlich zuhande kommen, von der staatsbedingten Borniertheit, der Voreingenommenheit oder dem Wunsch nach Vorteilen diktiert sind.

Und so wird das Denken auf seinen Realismus, eine Politik auf ihre Objektivität hin geprüft. Mit das wichtigste Kriterium ist dabei das Menschliche und Allgemeinmenschliche: Inwiefern lässt ein Staat in seiner Politik den nationalen Egoismus zurücktreten und trägt weiteren Horizonten, im Idealfall sogar den allgemeinen Interessen Rechnung? Der Charakter des Gremiums und noch mehr der Charakter der Zeit macht die heutige Diskussion am East River zu einer harten Prüfung der Politik der Staaten auf ihren humanistischen Gehalt hin.

zusammenarbeit
mit einem
Gegner"?

Zwei Ansprachen, die amerikanische und die sowjetische, bildeten die beiden Pole der Diskussion. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse sprach nach Präsident Ronald Reagan und hätte im Geiste des "Auge um

Auge" antworten können. Das tat er jedoch nicht. Die Polemik entfaltete sich auf grundsätzlicher, ja philosophischer Ebene und betraf die Priorität von Problemen sowie das Wesen der Politik, die die Welt heute benötigt.

Wie auch sonst hielt der US-Präsident eine effektvolle und von Konfrontation geprägte Rede. "Die Russen bleiben nach wie vor rücksichtslose Gegner..." Diesen Satz sprach Reagan allerdings einen Tag später und nicht in der UNO, sondern im Weißen Haus, aber die Denkart ändert sich bekanntlich nicht über Nacht.

Die Suche nach den neuralgischen Punkten des "Gegners" — eine Art Akupunktur als Methode und Ziel — versprach keine neuen Züge, keine neue Betrachtungsweise. In der Tat sammelte der Präsident (so glaubte er) nach alter Gewohnheit Punkte auf Kosten des "Falls Daniloff", des "Afghanistan-Problems" usw. Selbstverständlich zweifelte er nicht daran, daß hinter allen regionalen Konflikten der "wohlbekannte Wunsch" der UdSSR stecke, "anderen die eigene Ideologie und Herrschaft aufzuzwingen".

Die andauernde Neigung des keep-smilingen Präsidenten zum schwarzen Humor und zu den überholten Formeln des kalten Krieges bildete einen nicht zu überhörenden Mißklang zu seinen Versprechen, mit der UdSSR "zusammenzuarbeiten, um eine reale Reduzierung der Kernwaffen sowie einen Fortschritt in anderen Bereichen herbeizuführen".

In der Tat: Kann man mit einem "Gegner", noch dazu einem "rücksichtslosen", zusammenarbeiten? In seiner Rede war der Präsident bald zornfüllt, bald gnädig, er schickte vergiftete Pfeile aus, um gleich darauf den Olivenzweig zu schwenken, als hätte er beides im selben Köcher. Die fundamentale Frage dagegen blieb unbeantwortet. Ohne eine solche Antwort blieben aber leider auch die tiefen Zweifel an der wirklichen Bereitschaft der USA zur Zusammenarbeit bestehen.

Die sowjetische Konzeption der heutigen internationalen Beziehungen enthält eine solche Antwort, und der Außenminister der UdSSR brachte sie bereit und überzeugt vor. Er vertrat eine Sicht auf die Welt als eine "immer mehr integrierende und unteilbare Ganzheit". Diese Welt erlebe eine "Umbruchzeit", da "die bloße Existenz des Menschen als Gattung auf dem Spielle steht". Wenn dem so sei, müsse "man auf neue Art denken lernen, und zwar entsprechend den Realitäten der nuklear-kosmischen Epoche".

Eduard Schewardnadse führte weiter aus: "Die Zeit bricht an, da gruppennäßige, blockbedingte und ideologische Erwägungen vor der Auffassung des Friedens als höchstes Gut allmählich zurücktreten." Das erklärt, weshalb, auf welcher Grundlage und in welcher Weise Länder, zwischen denen so viele Differenzen und Barrieren bestehen, zusammenarbeiten können und müssen. Die universelle Gefahr zwingt sie zum gemeinsamen Kampf.

In seinem Versuch, den neuralgischen Punkt der heutigen Situation, das wichtigste Glied in der verhängnisvollen Kette von Ereignissen zu finden, griff der Präsident (übrigens bei weitem nicht das erste Mal) zu seinem Lieblingsargument: "Die Länder mißtrauen einander, nicht weil sie bewaffnet sind; sie sind bewaffnet, weil sie einander mißtrauen." Übrigens stimmt beides: Es geht um die dialektische Wechselbeziehung von Mißtrauen und Waffen.

Eine bis an die Zähne bewaffnete Welt ist kein guter Nährboden für keimendes Vertrauen. Waffen, ihre Produktion und ihre Ausbreitung wirken — physisch und verderblich! — auf die Politik ein. So hinterläßt der Militärindustriekomplex z. B. auch in der US-Innenpolitik deutliche Spuren.

Das Wettrüsten ist heute der unheilvollste Faktor der Weltpolitik. Es heißt, das Wettrüsten könnte das Hineinschlittern in einen dritten Weltkrieg bewirken. Doch manchmal drängt sich einem der zweifelte Gedanke auf, ob das Wettrüsten in seinen heutigen Dimensionen und mit seinen heutigen Folgen nicht schon eine legalisierte Form des dritten Weltkriegs sei.

Es ist höchste Zeit, einen Waffenstillstand zu schließen. Abrüstung ist nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Imperativ. Das ist der Ausgangspunkt der sowjetischen Position.

Indiskretion

Aus Reklamezwecken tat der Präsident einen überraschenden und nach Meinung vieler nicht ganz korrekten Zug. Er verlautbarte den Inhalt seines Schreibens an Michail Gorbatschow vom 25. Juli, ohne allerdings Gorbatschows Schreiben vom 19. Juni auch nur zu erwähnen. Im Briefwechsel beider Politiker geht es um die Suche nach einer eventuellen Vereinbarung über Kern- und Weltraumwaffen, also um eine mehr als feine und explosive Materie. Nach gegenseitigem Einvernehmen trägt er vertrau-

lichen Charakter. Zudem liegt auf Reagans Brief vom 25. Juli bereits eine Antwort vor. In diesem Moment also hielt es der Präsident für angebracht, die US-Position bekanntzugeben, die — wie konnte es anders sein? — das Allheilmittel sei.

Nun, alles hat sein Gutes. Jetzt können wir wenigstens diese Position genauer betrachten.

Nach der Rede zu urteilen, geht es hauptsächlich um eine Reduzierung von Raketen (strategischen und solchen mittlerer Reichweite), die Nukleartests und die Perspektiven von "Sternenkriegen".

Wie der Präsident sagte, rufen die USA "zu radikalen, gleichen und kontrollierbaren Beschränkungen solcher Offensivsysteme" auf. Die Formulierung ist durchaus akzeptabel. Es fragt sich nur, inwiefern die vorgeschlagenen Zahlen diesem Prinzip entsprechen. Bestimmte Zweifel sind nicht von der Hand zu weisen. Da nannte der Präsident, ohne sich viel um Objektivität zu bemühen, nicht strategische Raketen schlechthin, sondern die sowjetischen interkontinentalen ballistischen Raketen die Gefahrenquelle für die Menschheit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das, was als "gleiche" Begrenzungen bezeichnet wird, in Zahlen ganz verschieden aussieht und daß der Akzent vor allem auf den sowjetischen landgestützten ICBM liegt. Aber da muß man eben die genauen Zahlen kennen und die sich aus den verschiedenen Bestandteilen der nuklearen Triade ergebenden Gleichungen sorgfältig durchrechnen.

Der Kontrast zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Herangehen zeigt sich im Herangehen an den Teststopp besonders klar.

Die Nukleartests sind das unfeierliche Donnergrollen des nuklearen Weltrüstens. Stille auf dem Testgelände bedeutet, daß man beim Weltrüsten wenigstens eine Pause eingelegt hat, daß die vorhandenen Waffenvorräte nicht modernisiert werden, sondern zum Eingehen verurteilt sind. Außerdem ist Teststopp die einfachste und am zuverlässigsten verifizierbare Vertrauensmaßnahme. Sie kann als Kriterium für die Aufrichtigkeit friedliebender Äußerungen dienen.

Inzwischen gehört es zum guten Ton, die Kernwaffen — diese allesfressenden, totalen Waffen des Weltuntergangs — zu verdammten. Ist es aber nicht so, daß einige Leute nur der Mode Tribut zollen? Das sowjetische — notabene einseitige — Moratorium für Nukleartests ist eine Tat, und sie bestätigt, daß die UdSSR den nuklearen Faktor aus der Weltpolitik wirklich ausschließen will, ehe das Nuklearzeitalter die menschliche Geschichte abschließt.

Als Antwort beteuert Washington: "Volles Verbot der Nukleartests ist unser langfristiges Ziel." In Wirklichkeit bedeutet das: Weder heute oder morgen noch in absehbarer Zukunft. Vorläufig aber "müssen wir uns noch immer auf diese Waffen verlassen", wie sich der US-Präsident ausdrückt. Sie schämen sich nicht, auf diese höllische, von der ganzen Menschheit verfluchte Kraft zu bauen. Es ist schade, daß vorläufig keine philosophische Abhandlung unter dem Titel "Die Gesellschaft Strange Love, oder wie der Westen die Bombe liebgewonnen hat" geschrieben worden ist.

"Sternenkriege" und Scheinkompromiß

Wer in den Vorschlägen des Präsidenten einen Großen Kompromiß zu entdecken hoffte, war nicht einfach auf dem Holzweg, sondern entdeckte darin voller Überraschung einen Großen Kompromiß mit umgekehrtem Vorzeichen, sozusagen einen Antikompromiß.

All diese Gedankenkonstruktionen wären folgendermaßen zusammenzufassen: Die Amerikaner seien über die starken russischen Raketen beunruhigt; die Russen hegten Befürchtungen in bezug auf die SDI. Folglich ergebe sich die Möglichkeit für ein Tauziehen um die russischen Raketen und die amerikanischen "Sternenkriege". Das ist denn auch der "Große Kompromiß".

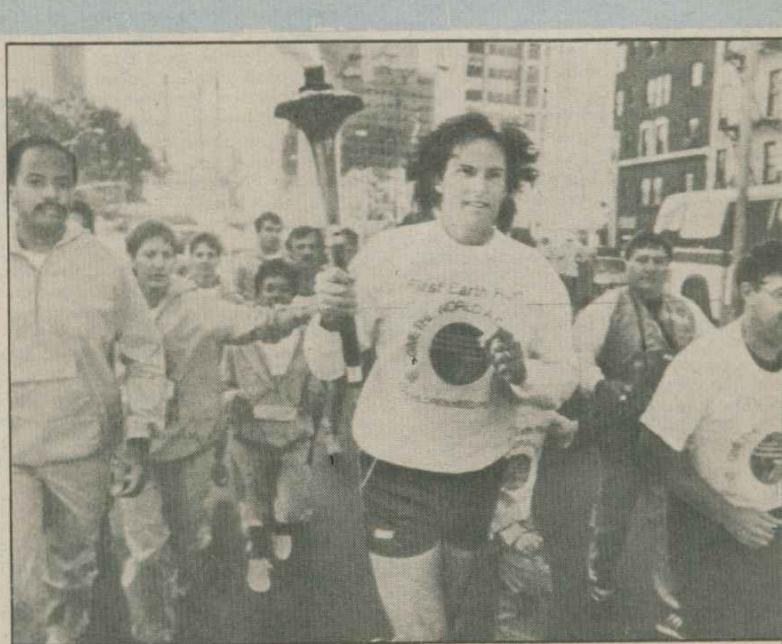
Aus der Nähe betrachtet erweist sich der US-Vorschlag zur Frage der "Sternenkriege" als absurd. Weil ihr Russen die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Strategischen Verteidigungsinitiative betont, schlagen wir Amerikaner euch vor, die Nützlichkeit der SDI anzuerkennen. Und das soll die neue Idee sein. Gnädig wird Moskau ein Abkommen vorgeschlagen, das den ABM-Vertrag durchkreuzen und den Amerikanern die volle Handlungsfreiheit gewähren würde.

Gewiß kritisierte der sowjetische Außenminister diese militärisch-kosmischen Manöver. Die Gefahr liegt in der Ausdehnung des Weltrüstens auf

den Weltraum. Es ist eine Illusion, daß eine neue und perfektionierte Kriegstechnologie die Sicherheit zuverlässig gewährleisten könnte. "Gerade eine solche 'Philosophie' hat die von Jahr zu Jahr anwachsende Welle der Rüstungen, die heute die Erde zu erdrücken drohen, ins Leben gerufen", sagte Schewardnadse.

Es ist erstaunlich: Leute, die die Reklametrommel für die SDI röhren, haben Angst, einen Blick in die Zukunft zu tun, die sie selber vorbereiten. Dabei kann man sich schon heute vorstellen, wie die Computer die Sorge um die Verteidigung der Menschheit gegen die gefährlichen Raketen auf sich genommen haben und nur eins garantieren: Eine Störung im Funktionieren eines einzigen Computers könnte ausreichen, damit die "strategische Verteidigung" in die Taten umgesetzt wird und — die Katastrophe automatisch passiert.

Im Hinblick auf die Zukunft leuchtet Schewardnadse den geopolitischen Aspekt aus: Es ist möglich, daß ein "militärisch-kosmische Vasallenbeziehung" hergestellt wird, bei der "zwei oder drei Staaten, Großmächte mit Weltraumwaffen, die ganze übrige Welt in Schach halten würden". Der sowjetische Minister betonte: "Wir werden auch künftig darauf hinwirken, die Welt auf Versuchen seiner Umwandlung in die militärische Domäne einer oder zweier Mächte zu schützen.



Bruce Jenner, ein bekannter amerikanischer Zehnkämpfer, auf einer New Yorker Straße mit der Friedensfackel in der Hand. Zusammen mit anderen bekannten Sportlern aus Europa, Asien, Afrika, Amerika und Australien nimmt er an einem Staffellauf

teil, der aus Anlaß des Internationalen Friedensjahrs und des 40jährigen Jubiläums der UNICEF (Kinderfonds der UNO) unter der Parole "Gebt dem Frieden eine Chance — die Kinder brauchen Frieden" veranstaltet wurde. Die Sportler werden

die Fackel von Land zu Land, von Kontinent zu Kontinent tragen. Am 1. Dezember soll UNO-Hauptquartier ein Ewiges Feuer als Symbol des Friedensbuns der Völker angezündet werden.

Telefoto: Reuter

Der Streit um den Humanismus entbrannte sogar auf semantischer Ebene. Dem Präsidenten mißfiel, wie das Wort "humanitär" in den sowjetischen Vorschlägen gebraucht wurde. Dieser Gebrauch schien ihm zu eng bzw. deplacierte. Irgendwie assoziierte sich bei ihm "humanitär" mit "wohltätig". Seltens, denn "humanitär" ist eher mit "human" synonymisch. Der Webster führt sogar folgenden Satz als Beispiel an: "Der Einsatz einer Atombombe war aus humanitären Gründen falsch." Hier kann wohl kaum von "Wohltätigkeit" die Rede gewesen sein — bei aller merkwürdigen Liebe der westlichen Demokratie zu dieser Völkermordwaffe.

Faulkner

contra Reagan

Ein weiteres Malheur betraf nicht das Webster-Lexikon, sondern William Faulkner. Um die Rede des Präsidenten noch pathetischer und ansprechender zu gestalten, schmückte man sie am Schluß mit gleich zwei Zitaten von Faulkner aus. Das eine gilt als klassisch und stammt aus Faulkners Ansprache beim Empfang des Nobelpreises: "Ich weigere mich, das Ende des Menschen zu akzeptieren... Ich glaube daran, daß der Mensch nicht nur durchhalten, sondern auch siegen wird. Er ist unsterblich..., weil er eine Seele und einen Geist hat, der zu Mitleid, Opferbereitschaft und Geduld fähig ist." Das andere Zitat wurde vom Präsidenten frei nacherzählt, und zwar wie folgt: Der große Repräsentant des amerikanischen Südens William Faulkner sagte einst, der letzte Laut auf der Erde werde der Streit der zwei übergebliebenen Menschen darüber sein, wohin sie mit dem von ihnen gebauten Raumschiff eugen sollen."

Eine eher simple Darlegung.

Hier handelt es sich jedoch nicht um die Worte des Schriftstellers selbst, sondern um einen Monolog des österreichischen und weisen alten Generals aus einem Roman "Eine Legende". Dieser Monolog war für den Autor außerordentlich wichtig. Der Text ist nicht gerade leicht, doch höchst leserwürdig. Die Rede ist davon, wohin den Menschen seine "unsterbliche Eummheit", "mechanische Neugier" und "rankhafte Kriegssucht" führen können. Der Mensch "wird natürlich versuchen, weiterzumachen, und das recht stur: Er wird immer größere und schnellere Würmer mit einer immer dickeren Haut und immer größeren Feuerstärke bauen; wird immer größere und schnellere Wurzele bauen, die mehr Last tragen und größere Zerstörungen als je zuvor hervorrufen können; wird sie noch eine Zeitlang begleiten, lenken und zu kontrollieren glauben, auch noch dann, wenn er letzten Endes verstanden haben wird, daß er nicht gegen irgendwelche schwachen Sterblichen kämpft, die mit seiner Politik oder seiner Auffassung von Nationalgrenzen nicht einverstanden sind, sondern gegen jenes Ungeheuer, das er selber erzeugt hat... Also wird der Mensch seiner eigenen Hervorbringung überhaupt nicht mehr entsprechen, obwohl er noch eine Zeitlang die schenende Empfindung bewahren wird, die Hervorbringung durch Knopfdruck

von der Erde aus kontrollieren zu können. Dann wird auch das vorbei sein...

... am ganzen Körper zitternd, wird er aus seiner eiskalten Höhle herauskriechen, um zwischen den dünnen Stengeln der toten Antennen von traumhafter Geometrie hindurchzuhinken, unter dem tuckernden Regen von Zifferblättern, Zählern und Umschaltern, an blutlosen Abschnitten der Metallhaut vorbei, um zu sehen, wie seine zwei letzten Ausgeburten den letzten Giganten-Zweikampf angefangen haben — im Hintergrund wird der letzte, sterbende Himmel sein, dem man selbst sein Dunkel geraubt hat —, zwei Ausgeburten, die einander mit ausgeklügeltem patriotischem Sums ohne ein einziges Verb bespucken."

Diese zwei Stimmen streiten also bei Faulkner "auf dem letzten, nicht mehr nötigen Stück Festland, das in den Strahlen des letzten purpurroten und kalten Untergangs langsam zufriert", miteinander.

Der Schluß des Monologs ist umwerfend:

"... 'der Mensch und seine Dummheit'..."

"...werden durchhalten", sagte der Korporal.

"Nicht nur", sagte der alte General voller Stolz. "Sie werden siegen."

Der Monolog des Schriftstellers und der Monolog einer seiner Figuren. Das Credo und die Autorenparodie dieses Credos, eine These und eine Antithese, Glauben und Zweifel.

Ist es denn nicht der letzte Akt von "Sternenkriegen", um in unserer heutigen Sprache zu sprechen, den uns die aufgewühlte Phantasie des Schriftstellers entworfen hat? Die Militärtechnik, die der Mensch für seinen Gebrauch, seine Unterhaltung und die Befriedigung seiner Prätentionen hervorgebracht hatte, geriet außer Kontrolle. Die Menschheit als Opfer der technologischen Idiotie...

Die Warnung des Schriftstellers ist rücksichtslos. Zu Beginn des Atomzeitalters gemacht, trifft sie heute ins Schwarze.

Humanismus ist kein entlehntes Zitat. Humanismus ist überhaupt kein Wort, er setzt vielmehr Handeln im Interesse der Menschheit voraus.

Eduard Schewardnadse schloß seine Ansprache ungewöhnlich ab, und das war herrlich:

"Die Erde steht vor unserem inneren Auge in den Gestalten unserer Kinder und Enkelkinder, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, all jener uns nahestehenden und teuren Menschen, die für jeden von uns der Ursprung von Volk, Heimat, Menschheit sind."

Das ist das einzige annehmbare Maß der Dinge. Man darf die politischen Teleskope nicht so justieren, als möchten gewisse Leute einzig und allein wissen, ob es auf dem Mars Leben gibt. Uns allen fällt es zu, die Antwort auf die eine, aber für jeden einzelnen gleich wichtige Frage zu geben: ob es auf der Erde Leben geben wird.

Nichts möchte man so sehr, als darauf zuverlässig antworten zu können: Es wird das Leben geben!"

Heute ist nur eine Politik existenzberechtigt, die mit Humanismus einhergeht. Nur sie erweckt Hoffnung.

EXPRESS-INFORMATION

• Der stellvertretende Premierminister und Verteidigungsminister Syriens, Mustapha Tlass, verteidigte seine Doktorarbeit über Georgi Shukow, Marschall der Sowjetunion, an der Pariser Sorbonne.

In einem Interview für den "Spiegel" sagte der syrische General: "Shukow war mein persönlicher Freund. Über ihn habe ich deswegen geschrieben, weil über amerikanische, britische und deutsche Generale des zweiten Weltkrieges schon viele Biographien erschienen sind, Shukows strategisches Denken dagegen bisher weder im Westen noch im Osten ausführlich gewürdigt wurde."

• Die Anzahl der Katholiken in der Welt ging innerhalb von weniger als 100 Jahren von 825 auf 639 Millionen zurück. Im selben Zeitraum wuchs die Erdbevölkerung von 1,639 auf 4,673 Milliarden. Dazu schreibt der "Osservatore Romano" aus dem Vatikan: "Verhältnismäßig ist die Anzahl der Katholiken in der Welt in dem betreffenden Zeitraum auf fast die Hälfte zurückgegangen."

• In Gefängnissen der US-Bundesstaaten Washington und Oregon wurden in den 60er und 70er Jahren mit Mitteln der US-Bundesbehörden Experimente an Gefangenen vorgenommen, berichtet AP. Die Agentur bezieht sich auf einen ehemaligen Aufseher. Er hatte berichtet, daß etwa 130 lebenslang Einsitzende über lange Zeit starker Röntgenbestrahlung ausgesetzt wurden, um die Wirkung von Radioaktivität auf den menschlichen Organismus zu untersuchen.

• Ein Mitarbeiter des Brasiliensischen Nationalinstituts für die Erforschung des Weltraums erklärte, daß zwischen März und Juli 1989 sein Land einen eigenen Satelliten auf die Erdumlaufbahn bringen wird. Er soll mit französischer Hilfe gebaut werden.

• Der in Harare erscheinende "Herald" meldete, daß der Ministerpräsident Simbabwes, Robert Mugabe, den stellvertretenden Minister für Arbeit, Planung von Arbeitskräften und Sozialversorgung A. Mudsingwu entlassen hat, weil er während der Nichtpaktgebundenenkonferenz von geistigen Getränken Gebrauch gemacht und seine Pflichten vernachlässigt hat.

MORATORIUM: ARGUMENTE UND WIRKLICHKEIT

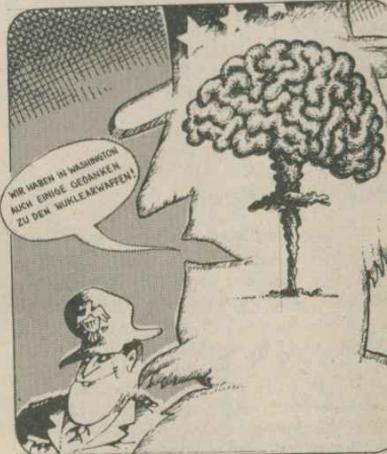
Eine rein politische Frage

Jewgeni WELICHOW
Akademiemitglied, Vizepräsident der AdW der UdSSR

In Moskau wurde 1963 ein Vertrag über ein Verbot der Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser geschlossen. Die unterirdischen Tests blieben unberücksichtigt, aber nicht, weil die Partner sie fortsetzen wollten, sondern weil sie sich über die Kontrollmaßnahmen nicht einig werden konnten. Jedenfalls wurde in die Präambel zum Moskauer Vertrag auf dringende Forderung der UdSSR der Passus aufgenommen, daß die Ver-

tragspartner bestrebt sind, eine endgültige Einstellung sämtlicher Kernwaffentests zu erreichen und zu diesem Zweck die Verhandlungen fortzusetzen. Das ist 23 Jahre her, und man muß sagen, daß inzwischen alle US-Präsidenten außer dem jetzigen offiziell für ein vollständiges Verbot sämtlicher Tests eingetreten sind. Als größtes Hindernis wurden aber die Kontrollmaßnahmen bezeichnet.

Jetzt besteht tatsächlich eine historische Möglichkeit, beliebigen Kernwaf-



Zeichnung: N. Stscherbaka

fentests sofort und endgültig ein Ende bereiten, und zu einem ganz bestimmten Zweck, nämlich dem, die Entwicklung neuer destabilisierender Kernwaffen zu verhindern, weil die Erfahrung aus früheren Jahrzehnten lehrt, daß die Entwicklung neuer Kernwaffen und ihre Perfektionierung die Hauptursache der Destabilisierung sind. Als Beispiel dienen, was nach dem Vertragsschluß über das Verbot der Tests in den Medien geschah. Die fortlaufende

Nicht zurückweichen!

Thomas COCHRAN
Chefphysiker für Seismologie beim US-Rat zum Schutz der
Naturschätze

Die Verlängerung des sowjetischen Moratoriums halte ich für sehr nützlich und politisch wichtig. Wie Sie vielleicht wissen, hat das Repräsentantenhaus dafür gestimmt, die Finanzierung des amerikanischen Nuklearfestprogramms einzustellen. Jetzt wird es mit dem Senat darüber verhandeln, ob das eine vom ganzen US-Kongreß bestätigte Maßnahme werden wird. Selbst wenn wir es bis zum 1. Januar nicht schaffen sollten, hoffe ich, daß die UdSSR imstande sein wird, ihr Moratorium

nochmals zu verlängern. Wir kommen langsam dem Ziel näher, und wir werden natürlich einige Zeit brauchen, es zu erreichen. Viele meiner Kollegen sind davon überzeugt, daß es von Nutzen wäre, wenn die UdSSR nochmals ihr Interesse an einem vollständigen und allgemeinen Kerntestverbot an den Tag legen würde.

Die Lösung des Kontrollproblems ist technisch schon in nächster Zeit möglich. Sowohl zur Feststellung seismischer Erscheinungen als auch zu ihrer Analyse

sind bereits die nötigen Vorrichtungen vorhanden. Sie können die Befolgungh eines Vertrags über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Nuklearwaffen nachprüfen und kontrollieren. Wir Wissenschaftler haben uns aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß auf politisch alle Hindernisse fortgeräumt werden können. Ein Beweis dafür ist die Bereitschaft, mit der die UdSSR amerikanischen Wissenschaftlern gestattet hat, auf sowjetischem Boden eine Station für seismische Beobachtungen aufzustellen. Das einzige, was zu tun bleibt, ist eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein vollständiges und allgemeines Verbot, Kernwaffen zu testen, sowie eine Beschuß darüber, wieviel solche Stationen rings um unsere beiden Länder aufgestellt werden müßten; auch noch Einzelheiten zu vereinbaren: für die Stationen das Bedienungspersonal und wie man sie steuern will.

Ende der 70er Jahre wurde über ein vollständiges und allgemeines Ver-

"NEUE ZEIT" 40

unterirdischen Tests ermöglichten es, kompaktere und treffsicherere Waffen sowie Mehrfachsprengköpfe zu entwickeln, was nach allgemeiner Ansicht von Wissenschaftlern, Fachkräften und Militärs dazu geführt hat, daß die Stabilität in der Welt stark erschüttert ist und daß eine noch größere Destabilisierung droht.

Nach den Tests auf amerikanischen Testgeländen zu urteilen, arbeitet man in den USA jetzt in zwei Richtungen an neuen Waffensystemen.

Erstens an Kernwaffen einer sogenannten dritten Generation.

Zweitens an Waffen von der Art der Neutronenbomben, die die Konzeption nuklearer Lokalkriege technisch gewährleisten sollen.

Die Einstellung der Nukleartests hat nicht nur etwas mit der Erzielung der globalen Stabilität, sondern auch mit der Gewährleistung eines konstanten und sicheren Überganges von der nuklearen zur nichtnuklearen Welt zu tun, zu der Michail Gorbatschow in seiner Erklärung vom 15. Januar 1986 den Weg gewiesen hat. Das ist ein prägnantes Beispiel neuer Denkweise im nuklearen Zeitalter. Die sowjetische Führung ist zu dem Schluß gelangt, daß die Sicherheit der UdSSR nicht durch eine weitere Aufstockung neuer Kernwaffen, sondern — umgekehrt — durch die Einstellung des nuklearen Weltfriedens und die spätere vollständige Vernichtung der Kernwaffen gewährleistet werden kann. Eine Materialisierung dieser neuen Denkweise ist das sowjetische Moratorium und seine Verlängerung bis zum 1. Januar 1987. Dieser Schritt zeugt anschaulich vom Ernst der sowjetischen Absicht, unsere Welt zu einer sicheren Heimstatt der Menschheit zu machen.

Der Nukleartests verhandelt. Leider wurden die Verhandlungen später nicht wieder aufgenommen, weil die Reagan-Administration damals an so einem Verbot uninteressiert war. Unsere Ansicht nach muß die US-Regierung die Verhandlungen wieder aufnehmen. Und da eine Technologie und der politische Wille — zumindest auf Seiten der UdSSR — vorhanden sind, muß ein vollständiges und allgemeines Verbot der Nukleartests erreicht werden.

Demnächst werden sowjetische Kollegen vom Institut für Physik der Erde bei uns zu Gast sein. Sie werden an den Sitzungen des beratenden Ausschusses unserer Organisation teilnehmen. Dem Ausschuß gehören führende Seismologen der USA an. Wir werden ein gemeinsames Projekt und andere Forschungsprogramme erörtern, an denen wir mit den sowjetischen Wissenschaftlern zusammenarbeiten könnten. Sie werden einige Tage in Nevada und Kalifornien verbringen, um festzustellen, ob man dort

Stein des Anstoßes

Eins von vielen Argumenten der US-Regierung gegen den Vertrag über ein restloses Verbot aller Tests ist die Behauptung, bei den jetzigen Methoden sei es schwierig, die Einhaltung einer solchen Vereinbarung nachzuprüfen.

Dieses Argument wird jetzt von der ganzen geophysikalischen Weltgemeinschaft einmütig widerlegt. Dem Moskauer Wissenschaftlerforum im vergangenen Sommer haben Vertreter von 36 Ländern beigewohnt und diese Fragen erörtert. Es ist bewiesen, daß alle für die Entwicklung von Waffen erforderlichen Nukleartests von auch nur einigen Kilotonnen Stärke mit den Mitteln einzelner Länder mit Sicherheit kontrolliert werden können. Experimente haben ergeben, daß z. B. mit einem seismischen System in Norwegen Kernexplosionen von Hunderten Tonnen in weiter Entfernung, im Innern der UdSSR, feststellbar sind. Bei einem Experiment in den USA wurde in 725 km vom Testgelände Kirkland eine nur 5-t-Explosion festgestellt.



Sowjetische und amerikanische Seismologen stellen bei Semipalatinsk Apparate auf

Foto: I. Michajlow

drei seismische Beobachtungsstationen rings um das Testgelände in Nevada bauen kann. Die sowjetische Delegation wird auch das Institut aufsuchen, in dem die amerikanischen Seismologen tätig sind, die in der UdSSR waren. Möglicherweise wird dieses Institut die Basis für unsere gemeinsamen Forschungen in den USA sein. Dann fahren wir zusammen nach Dallas (Texas), wo jetzt die seismische Ausrüstung für die Installation in 30 m tiefen Schächten montiert wird.

Wir sind mit den Arbeitsergebnissen unserer Wissenschaftlergruppe in der UdSSR zufrieden. Sie hat bereits

Das Moskauer Wissenschaftlerforum kam also zu dem generellen Schluß, daß geophysikalische Methoden jetzt die Prüfung, wie der Vertrag über ein vollständiges Nukleartestverbot eingehalten wird, durchaus ermöglichen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Bebenstation in Norwegen (der genaue Name lautet NORSAR). Mit ihrer Hilfe wurden bei großer Bebenintensität Messungen durch Untersuchung der Signale in einem weiten Frequenzbereich, einschließlich seines Hochfrequenzteils, vorgenommen. Dabei ist es gelungen, aus den seismischen Geräuschen das Signal einer sehr schwachen Explosion auszusondern. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler ist heutzutage das Monitoring — ein Teil des NORSAR-Systems, genannt NORES, das ebenfalls in Norwegen stationiert ist — das weltbeste System für seismische Messungen. Leistungsstarke seismographische Apparate besitzen auch die USA selbst. Die UdSSR und viele andere Staaten haben eigene Systeme. Die Länder der Sechsergruppe von Delhi, die ebenfalls die erforderlichen Mittel besitzen, haben sich bereit erklärt, sich in die internationale Kontrolle über die Erfüllung eines Vertrags über ein vollständiges Verbot der Tests einzuschalten. Mit anderen Worten, besteht ein zuverlässiges System von Bebenstationen, das dazu angefertigt ist, die denkbar effektivste Kontrolle zu gewährleisten.

Schon in den 60er Jahren, als der Entwurf eines Vertrags über ein Verbot der Nukleartests zur Debatte stand, erklärten die USA, im Prinzip könne man dadurch, daß man irgendwo einen großen unterirdischen Hohlraum für Nukleartests aushebt, diese geheimhalten. Bei den heutigen Hochfrequenz-Kontrollmethoden wäre ein derartiger



an zwei Stellen solche Anlagen montiert und den Standort für die dritte Station ausgewählt. Natürlich bestehen sowohl in der UdSSR als auch in den USA gewisse Probleme. Manchmal braucht man für die Vorbereitung der Anlagen und ihre Unterbringung mehr Zeit, als wir geplant hatten. Aber die Probleme sind unwesentlich, das Projekt kommt gut voran.

Ich glaube, wir werden ein beiderseitiges Moratorium durchsetzen. Ich weiß nicht, ob bis zum 1. Januar, aber wir werden es erreichen. Der schwerste Fehler wäre es, jetzt, wo wir schon so weit vorgeschriften sind, aufzugeben. Wir müssen uns weiter um ein Moratorium bemühen — das wäre der erste Schritt zu einem Vertrag über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Nukleartests.

Für "MZ" aufgezeichnet
von W. KIKILO,
TASS-Korrespondent

New York

MORATORIUM: ARGUMENTE UND WIRKLICHKEIT

Versuch aussichtslos. Der Übergang zu höheren Frequenzen, etwa zu 30–40 Hz, ermöglicht es, auch Explosionen in solchen Hohlräumen festzustellen. Außerdem ist seit 20 Jahren das kosmische Beobachtungssystem stark fortentwickelt worden. Vom Weltraum aus kann man mit Sicherheit die Anlegung eines riesigen Hohlraums feststellen, weil dabei Arbeiten geleistet werden müssen, die mit dem Bau einer ägyptischen Pyramide vergleichbar wären. Die seismischen Methoden reichen im Verein mit Daten der Weltraumbeobachtungen völlig aus, die Befolgung eines Abkommens über die Einstellung sämtlicher Nuklearwaffen restlos zu garantieren.

Um in dieser Richtung weiterzukommen und noch eine Anzahl von Problemen im Zusammenhang mit der Präzisierung der Kontrollmethoden sowie mit geographischen Informationen zu lösen, haben sowjetische Wissenschaftler den Vorschlag ihrer amerikanischen Kollegen vom Rat zum Schutz von Naturressourcen erwogen, in der UdSSR, unweit des Testgeländes bei Semipalatinsk und in den USA im Bundesstaat Nevada gemeinsame geophysikalische Untersuchungen vorzunehmen. Die Wissenschaftler haben die Regierungen der UdSSR und der USA um Erlaubnis zu solchen Untersuchungen ersucht. Die Sowjetregierung hat eingewilligt.

Schon liegen erste positive Ergebnisse der Seismographen, die im Raum von Semipalatinsk stationiert sind, vor. Mit anderen Worten, scheinen die Argumente also praktisch fortzufallen, daß es unmöglich sei, die Befolgung eines Vertrages über die Einstellung beliebiger Tests zu überprüfen. Die USA haben jedoch gleich neue Argumente vorgebracht, z. B. daß man ganz kleine Ladungen weit fort im Weltraum, jenseits der Sonne, testen könne. Das ist aus dem Finger gesogen. Überhaupt sind die Einwände der USA gegen eine Einstellung der Tests äußerst widerspruchsvoll und lassen nur die Schwäche des Standpunkts der Regierung Reagan erkennen, die ihre Politik vor der Weltöffentlichkeit rechtferigen will, welche sich energisch für die Einstellung sämtlicher Nukleartests einsetzt.

Unbegründete Einwände

Washington versucht, die Kontrolle über die Einstellung der Nukleartests mit der Kontrolle über die Befolgung des Vertrags zwischen der UdSSR und den USA über eine Begrenzung der unterirdischen Kernwaffentests (nicht über 150 kt) vertauschen. Es ist aber eines, die Stärke einer Explosion genau zu kontrol-

lieren, und ein anderes, zu bescheinigen, daß keinerlei Nukleartests vorgenommen worden seien. Letzteres ist, wie man weiß, einfacher als die Kontrolle, ob die staatliche Höchststärke eingehalten wird.

Weiter erklären US-Amtspersonen, daß sie die Tests brauchen, um die Sicherheit der USA zu gewährleisten, wobei sie die Ausführung des SDI-Programms im Auge haben (es handelt sich um Tests gerade von 150 kt zwecks Schaffung einer neuen Waffengeneration).

Nach den Äußerungen des Präsidenten und anderer Regierungsvertreter zu urteilen, versuchen sie, das Unvereinbare zu vereinbaren. Einerseits stellen sie unter Beweis, daß die "Strategische Verteidigungsinitiative" darauf ausgerichtet sei, Mittel und Wege zur Schaffung von Verteidigungswaffen zu finden, die die Kernwaffen überflüssig und anachronistisch machen würden. Anderseits testen sie gerade nukleare Systeme, vor allen Dingen Röntgenlaser als Elemente eines Systems kosmischer Raketenabwehr. Hierbei kommen sie mit der absurd Begründung, die USA wollten überprüfen, was die UdSSR in der Entwicklung und Erprobung derartiger Waffen zu erreichen fähig sei (!).

Dabei gibt es doch eine ganz einfache Methode zur Lösung dieses Problems: den unverzüglichen Beitritt zum Moratorium. Danach hätten alle Nukleartests in der UdSSR und in den USA ein für allemal ein Ende, und Waffen einer dritten Generation blieben ungeboren.

Weiter wird behauptet, man brauche die Nukleartests, weil die USA nur so die Zuverlässigkeit und Einsatztauglichkeit der zur Rüstung gehörigen Kernwaffen garantieren könnten. Übrigens wurde dem Ex-Vorsitzenden der Atomenergiekommission der USA, Seaborg, der an der Abfassung des Moskauer Vertrags teilnahm, eine diesbezügliche Frage gestellt. Er sagte ausdrücklich, daß Kernwaffen in den USA in den 60er und beginnenden 70er Jahren, als er Zutritt zu allen Geheiminformationen hatte, so konstruiert wurden, daß ihre Zuverlässigkeit und Einsatztauglichkeit nicht durch Nukleartests, sondern mit Hilfe anderer Kontrollmittel garantiert wurden, über die die Forscher schon damals verfügten.

Hatten die USA aber schon vor 20 Jahren Mittel, die Zuverlässigkeit ihrer Kernwaffen ohne Tests zu kontrollieren, was hindert sie denn heute daran, es auch jetzt so zu machen? Übrigens wird der größte Teil des Kernwaffenarsenals nicht überprüft, weil es über der 150-kt-Schwelle liegt. Die Statistik zeigt, daß auf die Entwicklung neuer Waffen Dutzende Tests kommen, während für die Überprüfung der vorhandenen nur vereinzelte Tests notwendig seien.

Außerdem ist ganz klar, daß die UdSSR nicht weniger als die USA daran interessiert ist, daß ihre Waffen in zuverlässiger Verfassung bleiben. Wenn die eine Seite zu einem Verbot der Nukleartests bereit ist, so kann das

natürlich auch als Beweis ihrer Überflüssigkeit gelten, zumindest für die Überprüfung der Gefechtsbereitschaft dieser Waffen.

Folglich bringen einen die objektiven Tatsachen unweigerlich zu dem einzigen logischen und begründeten Schluß, daß die USA die Tests ausschließlich zur Entwicklung neuerartiger Kernwaffen, und zwar Angriffs-, Erstschlagswaffen brauchen. Keinerlei Argumente, genaue keinerlei Ausreden Washingtons können diese Tatsache tarnen. Die Weltöffentlichkeit, maßgebliche Wissenschaftler und kompetente Fachkräfte begrüßen den mutigen und verantwortungsbewußten Beschuß der UdSSR, das Moratorium zu verlängern, und fordern die USA dringend auf, sich dem Moratorium anzuschließen. Ich möchte daran erinnern, daß eine überwiegende Mehrheit der Staaten, die den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen (1968) unterzeichneten, ebenfalls zu Einstellung sämtlicher Tests gemäß den Verpflichtungen aus diesem Vertrag ferner aus dem Moskauer Vertrag von 1963 und dem sogenannten Schwellerabkommen von 1974 aufrufen.

Mit anderen Worten ist die Frage der vollständigen Einstellung sämtlicher Nukleartests eine politische Frage. Michail Gorbatschow sagte in seinem Interview für "Rude pravo", "daß die Einstellung zum Stopp der Nukleartests, zu schnellstmöglichen Ausarbeitung eines Vertrages über ihr vollständiges Verbot heute zum überzeugendsten Gradmesser dafür geworden ist, wie ernsthaft jeder großen Kernwaffenmächte wirklich an die Abrüstung, die internationale Sicherheit und die Frage des Friedens überhaupt herangeht".

Es gibt ausreichende Mittel, die Befolgung eines Vertrags mit den USA über ein Nukleartestverbot zu überprüfen. Das Problem ist nicht die Technik, um so weniger, als sie andauernd perfektioniert wird und die Kontrollmethoden auch nach einem Vertragsschluß weiter perfektioniert werden können. Not tut nur der politische Wille der UdSSR und die Weltöffentlichkeit erwartet von Washington eine konkrete Äußerung dieses Willens in diesem für die Menschheit höchstgefährlichen Augenblick.



PANORAMA

Atom wird sicherer

• IAEA

In Wien wurden wichtige internationale Konventionen über frühzeitige Information und Hilfeleistung bei Reaktorunfällen angenommen.

Man stelle sich einen Waggon des D-Zuges Moskau-Wien vor. Sobald er die österreichische Grenze passierte, erschienen "Fachleute" mit Geigerzählern und legten sie an alles hintereinander an. Auf dieselbe Weise wurden alle sowjetischen Schiffe — Passagierschiffe, Lastkähne, Fracht — "befastet". Kein einziges Mal stellte manbrigens Radioaktivität fest.

Als IAEA-Generaldirektor Hans Blix vom 5. bis zum 10. Mai in der UdSSR weilte, erklärte sich die sowjetische Seite bereit, die vollständige Information über die Havarie in Tschernobyl vorzulegen, damit sie in der IAEA auf einer Expertenberatung zu Fragen der nuklearen Sicherheit erörtert werden konnte. Am August hielten technische Experten aus IAEA-Mitgliedsländern eine solche Beratung in Wien ab. Die von Akademiemitglied Valeri Lebedow geleitete sowjetische Delegation stellte zwei dicke Bände ausführlicher Informationen über die Ursachen der Havarie im KKW Tschernobyl und über die Beseitigung ihrer Folgen zur Verfügung. Zuletzt wurde die Aufmerksamkeit auf den sowjetischen Vorschlag gelenkt, ein völkerrechtliches Verfahren zur Gewährleistung einer sicheren Kernenergetik auszuarbeiten. Die Expertenberatung erörterte die Entwürfe zweier Konventionen und empfahl sie einer offizieller Bestätigung.

Vom 24. bis zum 26. September fand eine Sondertagung der IAEA-Generalkonferenz statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung hieß: Maßnah-

men zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit und des Strahlungsschutzes.

Vertreter der IAEA-Länder verwiesen auf den großen Beitrag der sowjetischen Delegation zum erfolgreichen Verlauf der Generalkonferenz und den erschöpfenden Charakter der von der UdSSR vorgelegten Information. Nicht alle Besitzer von Kernkraftwerken sind nämlich so offen.

Insgesamt wurden in der Welt über 150 nukleare Havarien mit radioaktiven Fall-outs registriert. Mehrfach breite sich die Radioaktivität über die Grenzen des betreffenden Staates aus. Zugleich wurde bestätigt, daß die Radioaktivität aus Tschernobyl im Westen geringfügig war. Bundesinnenminister Zimmermann (BRD) sagte, daß für die Bevölkerung seines Landes keinerlei Gefahr bestanden habe oder bestehe. Der ständige Vertreter Finnlands bei der UNO: "Auf keiner Etappe nach der Havarie erhöhte sich der Strahlungspegel in Finnland auf Werte, bei denen man extra Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung hätte treffen müssen."

Mit Genugtuung wurde in Wien das von der UdSSR vorgeschlagene Programm eines internationalen Regimes der sicheren Kernenergetik aufgenommen. Boris Stscherbi-

na, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Leiter der sowjetischen Delegation, legte die Hauptthesen auf einer Sitzung dar. Die sowjetischen Vorschläge umfassen alle Hauptideen der zwei zur Erörterung stehenden Konventionen über frühzeitige Information und die internationale Hilfeleistung bei Reaktorunfällen, ja sie gingen noch weiter.

Da wäre vor allem die Verpflichtung, von allen Fällen nuklearer Havarien zu informieren, falls die Gefahr der Ausbreitung von Radioaktivität über die Staatsgrenzen entsteht, ferner die Gründung einer internationalen Bank von Angaben über den Strahlungspegel in verschiedenen Orten der Erde, die Ausarbeitung eines zuverlässigen Systems von Maßnahmen zur Abwendung von Angriffen auf nukleare Objekte, darunter seitens terroristischer Organisationen.

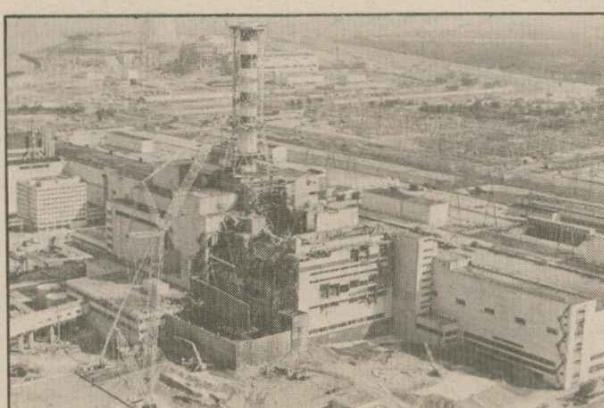
Die vereinbarten Konventionen wurden unter Beifall der Delegierten zur Sondertagung der IAEA-Generalkonferenz angenommen und zur Unterzeichnung freigestellt. Als erste setzten die Delegationenleiter der Sowjetunion, der USA, der BRD, der DDR und der VR China ihre Unterschriften darunter. Am ersten Tag wurden beide Konventionen von Vertretern von 46 Staaten unterzeichnet; die anderen schoben die Unterzeichnung aus verschiedenen Gründen (hauptsächlich, weil keine einschlägigen Weisungen der entsprechenden Regierungen vorlagen) auf.

V. Michejew

Im KKW Tschernobyl wird die Errichtung der Schutzmauer um den 4. Reaktor abgeschlossen

Foto: TASS

Wien



Nützlicher Besuch

• UNSER KOMMENTAR

Ende September städtete Didier Ratsiraka, Präsident der Demokratischen Republik Madagaskar, der UdSSR einen Besuch ab. Er schloß mit der Unterzeichnung mehrerer wichtiger Dokumente ab; zu nennen wären die Deklaration über die Grundlagen der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, der Plan der Beziehungen zwischen der KPdSU und der Partei Avantgarde der madagassischen Revolution sowie ein langfristiges Programm für die Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik für die Jahre 1986-2000. Ratsiraka hatte freundschaftliche Gespräche mit Gorbatschow, Gromyko und anderen sowjetischen Spitzenpolitikern.

Das madagassische Volk gestaltet gegenwärtig seine Gesellschaft auf fortschrittlicher Grundlage um, damit Rückständigkeit und Armut überwunden werden. Banken und Versicherungsanstalten, Firmen für die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie sowie Erdölproduktien sind nationalisiert. Der Staat besitzt außerdem die Kontrollpakte der Aktien anderer Großunternehmen. Die Aufgabe heißt, in den kommenden fünf Jahren die Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln aus den inneren Reserven zu erzielen. Eine große Rolle sollen dabei die Genossenschaften spielen. Bei deren Gründung beabsichtigen die Madagassen, sowjetische Erfahrungen auszuwerten. Ein Wahrzeichen der Zusammenarbeit mit der UdSSR in der Landwirtschaft sind sowjetische Belarus-Traktoren, die auf den genossenschaftlichen Feldern in Madagaskar eingesetzt werden.

Während des Aufenthalts Ratsirakas in der UdSSR trat eine sowjetisch-madagassische Regierungskommission für die Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft und Technik zusammen. Sie prüft die Möglichkeiten, solche Verbindungen auszubauen.

B. PILNIKOW

Minen- unglück

• MENSCHENRECHTE

Die Katastrophe, die sich am 6. September in der Goldgrube Kinross, RSA-Provinz Transvaal, ereignete, löste Unruhen bei den Bergleuten aus. Es war eine der größten Katastrophen seit Bestehen des RSA-Bergbaus. 177 Kumpel kamen dabei um, 14 gelten



Die schwarzen Bergleute aus Transvaal sind entschlossen, den Kampf fortzusetzen.

Foto aus:
"Business Week" (USA)

als verschollen. Ein Rettungstrupp konnte 2200 Überlebende aus dem Bergwerk holen, doch 2000 von ihnen kamen ins Krankenhaus — sie waren verletzt, hatten Verbrennungen, klagten über Atembeschwerden.

Lauf Version der Leitung des Konzerns Genkor Mining Group, dem dieses Bergwerk gehört, war bei Schweißarbeiten in einem Schacht in 1600 Metern Tiefe ein Gasbehälter explodiert. Das Feuer erfaßte die Polyurethanschicht, die auf die Wände des Haupttunnels als Schutz gegen Korrosion und durchsickerndes Wasser aufgetragen ist. Auch Kunststoffrohre und elektrische Kabel fingen Feuer. Die von Angst und Schmerz gepackten Menschen stürzten zu den Aufzügen, die gleichfalls vom Feuer erfaßt waren.

Wie die Betriebsleitung behauptet, wäre nichts geschehen, wenn der Schweißer einen Feuerlöscher zur Hand

gehabt hätte. Die Grubenbosse versuchten mit dieser Version offenbar der Frage auszuweichen, warum in den Bergwerken der RSA Unglücke zum Alltag gehören. Dem Johannesburger "Star" zufolge kamen 1973-1983 bei Unglücken im RSA-Bergbau über 8000 Menschen um, mehr als 230 000 wurden verletzt.

Nach Meinung der Führer des Landesverbands der Bergleute von Südafrika erklären sich diese Katastrophen vor allem dadurch, daß sich die Besitzer der Kohle- und Goldbergbau betriebe absolut nicht um den Arbeitsschutz kümmern.

Zweifelsohne kommt es oft auch durch die Ermüdung der Bergleute, die unter überaus schweren Bedingungen arbeiten — in mehr als 1500 Meter Tiefe, bei Temperaturen von +40 Grad — zu Unglücken. Sie arbeiten neun Stunden täglich, haben nur einen freien Tag in der Woche. Die Bergleute wohnen in den ihnen zugewiesenen Siedlungen, die sie nicht verlassen dürfen. Nur einmal im Jahr dürfen sie ihre Familien besuchen, die sie in den "Bantustans" zurücklassen müssen. Die schwarzen Bergleute verdienen nur ein Viertel soviel wie ihre weißen Kollegen.

Am 1. Oktober veranstalteten die Bergleute einen Gedenktag. Hunderttausende Arbeiter des Kohle- und des Goldbergbaus blieben der Arbeit fern. Auf den Meetings verurteilten die Redner lediglich das Apartheidssystem.

N. RESCHETNJAK

Abschlüsse erreichen die Höhe von 48 Md. Kronen. Bei der Auswahl von Exponaten und beim Abschluß von Verträgen herrschte eine harte Konkurrenz. Was galt, war nur die modernste Technologie.

Zum erstenmal war die Messe in Brno der Elektronik in der Industrie gewidmet. Deshalb realisierte man neben dem geschäftlichen Programm auch ein wissenschaftlich-technisches. Mit Erzeugnissen zu handeln, die schon da sind, genügt heute nicht mehr, man muß auch neue entwickeln. Wissenschaftler und Ingenieure verschiedener Länder diskutierten in Brno bei eigens veranstalteten Symposien über die Richtungen des Fortschritts im Maschinenbau.

Dr. Jan Stolar vom Außenhandelsministerium der CSSR sagte uns: "Die Messe gab uns einen Überblick über die Situation im Maschinenbau der Welt. Meines Erachtens muß man sich Gedanken darüber machen, wie solche Messen in sozialistischen Ländern zu einer noch besseren Koordinierung unseres Handels und unserer technologischen Politik zu nutzen sind."

Kauko Papunen von der finnischen Firma Rauta-Repola (Maschinen und Ausrüstungen für die Holzindustrie) sagte:

"Wir kommen jedes Jahr nach Brno, und jedesmal schließen wir gegenseitig nützliche Kontrakte ab. Die Teilnahme an der Messe läßt einen sehen, welche Fortschritte unser Zweig macht, wie die Konjunktur ist, was unsere Schwächen sind und worauf wir uns konzentrieren müssen. In Brno vereinbarten wir mit sowjetischen Partnern die gemeinsame Produktion einiger Maschinen. Kurz, die Messe bekommt unserer Firma gut."

Schon immer hing der Erfolg im Kommerz von dem Willen der Geschäftsleute ab, ihre Verbindungen zu guten Partnern zu festigen. Klar ist auch etwas anderes: Das Prestige dieser Messe hängt vom Ansehen der Maschinenbauer aus den sozialistischen Ländern ab. Auch diesmal führten sie die Ergebnisse ihrer guten Leistungen vor.

B. PIITSCHIK,
L. MLETSCHIN
NZ-Sonderkorrespondenten

Brno

Transplantation des Gedächtnisses

• REPLIK

Diese Tragödie spielte sich in den Jahren ab, als die Samurai China ausgedehnte Gebiete im Nordosten entrisen und Hunderttausende japanischen Siedlern dort die besten Böden, die profitabelsten Unternehmen und Geschäfte überliehenen. Im Jahre 1945 flüchtete ein Teil der Siedler zusammen mit der Kwangtung-Armee aus China, wobei nicht nur große Sachwerte, sondern mitunter sogar die eigenen Kinder im Stich gelassen wurden. Seit einigen Jahren nun besuchen Kinder, die von barmherzigen Chinesen gerettet und großgezogen wurden, ab und zu Japan, um nach ihren Eltern und Angehörigen zu suchen.

Die ersten Ankömmlinge betonten: Kein einziger Japanner darf künftig als Soldat oder militärischer Siedler in ein fremdes Land einfallen. Darauf prophezeiten Böswillige eine Unterwanderung Japans durch als Waisen gefärbte "kommunistische Spione".

Neuerdings wird das Interesse für die "Waisen" reger. Es nimmt etwas überraschende Formen an. Wie auf Kommando überfielen Korrespondenten eine Gruppe, die nach China zurückkehrte. Allen wird immer wieder die gleiche Frage gestellt: ob sie sich an russische Panzer erinnern, die Hunderte "wehrlosen Frauen und Kinder" zerdrückten. Wundersamerweise konnten sich gewisse "Waisen", die 1945 höchstens zwei oder drei Jahre alt waren, ganz gut zurückrufen und erzählten herzerweichende Einzelheiten von den "Grausamkeiten der Russen".

Solche Experimente mit der "Transplantation des Gedächtnisses" nehmen sich nicht nur sonderbar aus. Es geht darum, daß Menschen, denen der Krieg ihre Kindheit geraubt hat, zu unlauteren Zwecken benutzt werden, darunter dazu, den Haß auf die UdSSR zu schüren.

NZ-Eigenbericht

Tokio

"NEUE ZEIT" 40.80

Das Prestige

von Brno

• UNSERE REPORTAGE

Am 24. September wurde in Brno (CSSR) die 28. Internationale Maschinenbaumesse geschlossen. Die Teilnehmer waren Firmen aus 76 Staaten, die

Phoune Sipaseuth: Eine Sperre gegen Kriege aufrichten

NZ-Interview mit Phoune SIPASEUTH, dem Mitglied des Politbüros des ZK der laotischen Revolutionären Volkspartei, dem stellvertretenden Ministerpräsident und Außenminister der VDR Laos



Wie beurteilen Sie das von Michail Gorbatschow in Wladiwostok vorgebrachte Friedensprogramm für die asiatisch-pazifische Region?

Ich finde seine Erklärung höchst zeitgemäß und den Lebensbedürfnissen dieser Region entsprechend. Die Völker dieses Teils der Erde wollen in Frieden und guter Nachbarschaft leben und reichberechtigt, zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten, unabhängig davon, welche Gesellschafts- und Staats-ordnung sie haben.

Wir alle sind Zeugen des zunehmenden "Interesses", das der internationale Imperialismus für unsere Region an den Tag legt. Unter dem verlockenden Vorwand, die Völker der Pazifikküste wirtschaftlich fördern zu wollen, versucht er, ihnen eine "Pazifikgemeinschaft" aufzuzwingen. In Wirklichkeit soll eine solche Organisation als Handhabe der Militärführung der aggressivsten imperialistischen Kreise zur Intensivierung der militärischen Konfrontation mit den sozialistischen, unabhängigen und friedliebenden Ländern der asiatisch-pazifischen Region dienen. Infolge dieser Aktivitäten der Imperialisten, die eine neoglobale Politik betreiben, nehmen die Spannungen und Schwierigkeiten im Pazifikraum unablässig zu.

Dafür gibt es unverkennbare und gesorgnisrerende Anzeichen: an den Ländern werden Militärverträge und -bündnisse in verschiedener Form aufgenötigt, und es wird aufgerüstet, obwohl die Militärstützpunkte im Pazifikraum bereits mit den modernsten einsatzbereiten, auch

nuklearen Waffen gespickt sind. Mehr noch, die Militärstrategen fragen sich mit Plänen, unter dem Vorwand, die Sicherheit der dortigen Länder schützen zu müssen, Kernwaffen zum Einsatz zu bringen. Wer garantiert dafür, daß sie es nicht wie schon 1945 tun werden, als sie friedliche Einwohner zweier japanischer Städte in den Atomtod stürzten? Deshalb ist der Kampf für Frieden und Sicherheit sowohl in der asiatisch-pazifischen Region als auch in der übrigen Welt eine eminent wichtige und dringende Aufgabe der ganzen fortschrittlichen und friedliebenden Menschheit.

Auch die UdSSR ist ein Pazifikstaat, und als solchem sind ihr die Situation in dieser Region und ihre Sorge begreiflicherweise nicht gleichgültig. Sie hat das legitime Recht, sich für die friedliche Zukunft nicht nur ihrer selbst, sondern aller hier lebenden Völker einzusetzen.

Die Flexibilität der sowjetischen Außenpolitik ist nicht zu verkennen. Am 23. April 1986 gab die UdSSR eine Erklärung über die Lage in der asiatisch-pazifischen Region ab, und drei Monate später, am 28. Juli 1986, machte sie erneut konkrete Vorschläge. Das zeigt, daß sie mit großer Energie nach Mitteln und Wegen zu einem wirklich festen Frieden in dieser Region, ja auf der ganzen Welt sucht.

Der gute Wille der UdSSR zur Entspannung in der asiatisch-pazifischen Region nimmt greifbare Formen an. Zu nennen sind da z. B. das Programm für die Abberufung von sechs sowjetischen Regimentern aus Afghanistan und die Konsultationen zwischen Moskau und Ulan-Bator über die Abberufung eines

Teils der sowjetischen Truppen aus der Mongolischen VR. In der unteilbaren Welt von heute erkennt die Menschheit immer deutlicher, daß gute Nachbarschaft die Voraussetzung für unseren Fortbestand ist und daß das uns allen gemeinsame Problem, ob wir leben, menschenwürdig und sicher leben werden, von uns auch gemeinsam gelöst werden muß. Deshalb wird vorgeschlagen, eine internationale Konferenz wie die von Helsinki einzuberufen, deren Teilnehmer die Länder der asiatisch-pazifischen Region sein sollen.

Der von der UdSSR am 15. Januar 1986 vorgebrachte Plan, die Kernwaffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts vollständig zu vernichten, ist ein gutes Vorbild. Ebenso ihr einseitiges Nuklear-Testatorium, das mehrmals verlängert worden ist und schon das zweite Jahr gilt. Der jüngst übernommenen Verpflichtung gemäß wird auf den nuklearen Testgeländen der UdSSR bis zum 1. Januar 1987 Stille herrschen. Das alles sind praktische Schritte, sie zeugen vom guten Willen der UdSSR zur Rettung der Erde vor einem nuklearen Inferno.

Mit ihrer aktiven, energischen Friedensstrategie hat sich die UdSSR internationale Achtung und Autorität erworben. Sie wird darin von den Völkern der Erde tatkräftig unterstützt. Das sozialistische Laos liegt in der asiatisch-pazifischen Region. Ebenso wie die anderen Völker Indochinas war auch das unsere der vom Imperialismus entfesselten Aggression ausgesetzt und kennt den Krieg deshalb nicht vom Hörensagen. Unserem Dafürhalten nach wünscht sich die Menschheit nichts so sehr wie Frieden. Aber wie man einen Gipfel mühevoll ersteigen muß, so muß man auch für den Frieden kämpfen. Ebenso wie die UdSSR und die anderen sozialistischen Bruderländer sowie alle Friedenskräfte sind wir gegen die aggressive und militaristische Politik des Imperialismus, für Frieden und internationale Sicherheit. Deshalb pflichten die Regierung und das Volk der VDRL dem von Michail Gorbatschow in Wladiwostok vorgebrachten Friedensprogramm der UdSSR rückhaltlos bei, diesem Programm, nach dem der asiatisch-pazifische Raum zu einer Region des Friedens, der Stabilität und der Freiheit von Kernwaffen gemacht werden soll.

Was meinen Sie, wie können Frieden und Sicherheit in der Region gewährleistet werden?

Die Völker Asiens und des Pazifikraums waren zu vielen Malen imperialistischen Aggressionen ausgesetzt. Die heftigste war der gegen die drei Länder Indochinas entfesselte Jahrzehntlange Krieg. Die schwere Kriegszeit ist vorüber, können wir aber sagen, daß ein fester Frieden eingetreten ist?

Nein, er ist durch die aggressive, militaristische Politik des Imperialismus und der Weltreaktion, die aus der asiatisch-pazifischen Region einen neutralen Punkt der Erde gemacht haben, aufs schwerste bedroht. Deshalb dehnt sich die Bewegung für Frieden, gegen einen Krieg, für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt stärker denn je aus. Frieden und friedliche Koexistenz sind die Hauptforderung unserer Epoche, die Bewegung dafür kann niemand zum Stillstand bringen. Sie hat günstige Voraussetzungen für eine Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils geschaffen.

Die VDRL hat aus der Kolonialzeit ein drückendes Erbe angegetreten und danach den vom Imperialismus entfesselten langjährigen Aggressionskrieg durchstehen müssen. Infolgedessen die Unmenge wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und anderer Schwierigkeiten. Unser Volk braucht Frieden, um sich ganz dem Schutz und Aufbau seines Landes zu widmen und nach Kräften zur Festigung und Fortentwicklung der Zusammenarbeit der Staaten beizutragen.

Ungeachtet dessen, daß die Länder politisch verschieden eingestellt sind, streben sie alle nach Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, und das ist eine gute Basis für gemeinsame Aktionen. Unsere gemeinsamen Ziele sind erreichbar. Dafür ist eine gute Grundlage vorhanden: Michail Gorbatschows Erklärung in Wladiwostok über die Lage in der asiatisch-pazifischen Region; der konstruktive Vorschlag der drei Länder Indochinas, Südostasien zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und Zusammenarbeit zu machen; der Vorschlag der Mongolischen Volksrepublik, eine Konvention über Nichtangriff und Gewaltverzicht unter den Staaten Asiens und des Pazifik zu schließen; der Vorschlag Indiens, den Indik zur Friedenszone zu erklären; der der KDVR, aus der Halbinsel Korea eine Friedens- und kernwaffenfreie Zone zu machen; der Vorschlag von 13 Ländern Ozeaniens, den südlichen Pazifik zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, und schließlich der gleichlauende Vorschlag Indonesiens. Das alles sind vorzügliche Richtlinien für den Kampf um den Weltfrieden. Es ist an der Zeit, alle Probleme am Verhandlungstisch zu lösen, eine unbefristete Sperré gegen Kriege und militärische Konfrontation aufzurichten, sich eine neue politische Denkweise zu bilden und die friedliche Koexistenz, gleichberechtigte und für alle Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit als umstößliche Wahrheiten unseres Nuklearzeitalters anzusehen. Nur das ist die Gewähr für einen festen und dauerhaften Frieden auf unserem Planeten, die Gewähr für das Fortbestehen der Menschheit.

Vor einer neuen Aggression?

Im Mai—Juni 1982 begann es genauso...

...Und erneut wiederholt sich alles wie in einem Alpträum. In der zweiten Tageshälfte, wenn die Sonne die Flakschützen blendet, streben vom Mittelmeer aus schwarze Pfeile donnergrollend gegen Städte und Ortschaften an der Küste Libanons. Nur die Kondensstreifen der israelischen F-16-Jagdbomber markieren ihren Weg am leuchtend blauen Himmel Libanons. Auf dem Boden aber explodieren bereits die von ihnen abgeschossenen Raketen, steigen Rauch und Staub auf, wüten Brände. Rettungswagen, Pioniere und Feuerwehrleute rasen mit ohrenbetäubendem Sirenengeheul dorthin.

Wie oft habe ich all das in den acht Jahren meiner Tätigkeit in Beirut erleben müssen! Besonders brutal waren die Luftüberfälle Ende Mai/Anfang Juni 1982. Die internationalen Massenmedien meldeten in jenen Tagen, Tel Aviv verlege Panzer- und schwere Artillerie an die libanesische Grenze, in Israel erfolge eine Mobiilmachung der Reservisten, und nicht lange zuvor hätten hochrangige israelische Politiker bei Washington-Besuchen dort grünes Licht für eine Invasion in Libanon erhalten. In Tel Aviv wurde all das "kategorisch" abgestritten. Sehr bald aber gingen auf Beirut, Saida, Tyr und Nabatiya Raketen- und Bombenschläge nieder, und die Horden der Aggressoren drangen über die Grenze tief in libanesisches Territorium ein. So begann die großangelegte Aggression Israels gegen Libanon.

Dann folgten die dreimonatige Belagerung Beiruts und der mutige Widerstand seiner Verteidiger, und als diese im Ergebnis des politischen Abkommens die Stadt verließen, drangen die Aggressoren freudröhig in die Stadt ein. Ich sah israelische Panzer auf den Straßen Beiruts, Horden israelischer Soldaten... In das Haus, wo ich wohnte, drangen Agenten der israelischen Militärsionage ein, die nach "Verdächtigen" suchten. Einige meiner Nachbarn, Flüchtlinge aus

Südlibanon, wurden auf die Straße geholt und abgeführt, vor einem Schützenpanzerwagen mit orangefarbiger Flagge, dem Erkennungszeichen der Panzertruppen des Aggressors, fortgetrieben.

Das war vor vier Jahren. Heute liegen vor mir neueste Fotos. Das brennende Saida nach dem Oberfall der israelischen Luftwaffe. Rauchende Ruinen in einem Beiruter Vorort. Israelische Schützenpanzerwagen in Teilen Südlibanons, die als Zone der "Blauhelme" — der zeitweiligen UNO-Kräfte, die 1978 entsprechend der Sicherheitsratsresolution Nr. 425 in Libanon eintrafen — gelten. LKWs mit israelischer Soldateska, die die libanische Grenze überqueren und tief nach Libanon rollen.

Und wieder muß ich an das Geschehen vor der Invasion vom Juni 1982 denken. Damals stießen die israelischen Medien unzählige Drohungen gegen "palästinensische Terroristen" aus, die angeblich die Nordgrenzen Israels bedrohten. Ende September d. J. aber meldete der Pariser "Figaro", die israelische Presse sei voller Andeutungen, eine "Strafoperation gegen eine Schiitengruppierung" könnte "nach Rückkehr von Ministerpräsident Shimon Peres aus New York" gegen Kräfte "erfolgen, die eine reale Bedrohung für die israelischen Truppen in Südlibanon darstellen". Da erinnert man sich unwillkürlich wieder an das grüne Licht, das Tel Aviv 1982 von Washington erhielt.

Als Vorwand für die Invasion von 1982 diente die "Notwendigkeit", "palästinensischen Terroristen" eine Abfuhr zu erteilen, 1986 sind es "schiitische Terroristen". Doch in diesem Zusammenhang verdient ein Beitrag der zyprioten Zeitung "Apogevmatini" unter der Überschrift "Überfall von Zypern aus" Aufmerksamkeit. Dort heißt es, in Akrotiri und anderen britischen Militärstützpunkten auf Zypern sei

US-Truppen aus der Türkei und der BRD eingetroffen. "Möglichlicherweise wird gegen Libanon ein gemeinsamer Angriff der in Akrofiri konzentrierten militärischen Verbände und der US-Seestreitkräfte, die sich im Mittelmeer, unweit von Zypern, befinden, erfolgen", warnt die "Apogeematini".

Unterdessen sind aus der Knesseth unzählige Drohungen gegen "schiitische Terroristen" zu vernehmen. Ebenso wie damals, vor der Aggression von 1982, wurde die Einberufung von Reservisten bekanntgegeben. Hunderte Panzer und Schützenpanzerwagen werden auf libanesischem Territorium in der "Sicherheitszone" zusammengezogen — auf einem breiten Streifen längs der libanesisch-israelischen Grenze. Dieser Streifen wird von Israel und seinen libanesischen Söldnern besetzt gehalten. Das Gebiet wurde für Journalisten gesperrt. Die israelische Luftwaffe führt immer neue Schläge gegen Saida, die faktische Hauptstadt Südlibanons und Bastion der libanesischen nationalpatriotischen Kräfte.

Genau vor einem Jahr besuchte ich in Südlibanon die Grenze zur "Sicherheitszone", traf mit Kämpfern und Kommandeuren der bewaffneten Verbände der südlabanesischen Patrioten zusammen. Unter ihnen waren nicht nur Schiiten, sondern auch Sunnit und Christen. Natürlich gab es diverse Reibungen zwischen z. B. der schiitischen Amal und der gleichfalls schiitischen, doch der westlichen Presse zufolge "unter iranischem Einfluß" stehenden Hezbollah (der "Partei Allahs"). Doch einer der bekanntesten Führer der südlabanesischen Schiiten sagte mir damals, nicht die internen Differenzen, sondern der Kampf gegen die Besatzer sei das Wichtigste für alle Einwohner Südlibanons.

Meldungen aus Südlibanon zufolge verstärkte sich dieser Kampf besonders in den letzten Wochen. Die Schläge der Patrioten gegen die Söldner der "Südlabanesischen Armee" führten dazu, daß diese "Armee" trotz der Unterstützung der Israelis am Rande des Zusammenbruches stand. Ebenda ließ sich der israelische Verteidigungsminister Rabin mit der Drohung eines "spürbaren Ge genschlages" gegen die südlabanesischen Patrioten vernehmen.

Bei der kürzlichen Begegnung von Shimon Peres mit US-Außenminister George Shultz in Washington behauptete letzterer, das "Friedenswirken" des israelischen Ministerpräsidenten lobend, Israel habe bereits "den Krieg in Libanon beendet". Kurz zuvor war in Alexandria, wo Peres mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zusammengetroffen war, eine Vereinbarung über eine Normalisierung der ägyptisch-israelischen Beziehungen erzielt worden, die Ägypten nach der Invasion Israels in Libanon im Sommer 1982 eingefroren hatte. Die "Normalisierung" dieser Beziehungen kann jetzt so verstanden werden, daß Ägypten seine frühere Forderung aufgegeben hat, die israelische Aggression zu beenden. (Einige Tage nach der Begegnung in

Alexandria unterzeichnete Kairo mit Washington ein Abkommen über US-Hilfe von 649 Mio Dollar!).

Doch was man in Washington, Tel Aviv und Alexandria auch sagen mag, Israel hat keineswegs den Krieg in Libanon beendet, sondern verstrickt sich immer tiefer. Die Provokationen des israelischen Militärklüngels in Gebieten Südlibanons haben bereits eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen Israel und Frankreich bewirkt, das ein großes Truppenkontingent für die UNIFIL-Kräfte in Südlibanon abgestellt hat. Entsprechend der Sicherheitsratsresolution Nr. 425 waren diese Verbände nach Südlibanon entsandt worden, um auf libanesischem Territorium längs der Grenze zu Israel Stellung zu beziehen, doch Tel Aviv verhinderte das gewaltsam. Heute aber tun die Machthaber Israels alles, um die "Blauhelme" zu zwingen, Libanon ganz zu verlassen, da die UNO-Truppen, so wenig effektiv sie auch sein mögen, doch in entscheidendem Maße die israelischen Besatzer und ihre Söldner bis zu einem gewissen Maße daran hindern, Willkür und Gewalt zu verbreiten.

Kein Wunder daher, daß die "Blauhelme" immer häufiger Opfer von Provokationen israelischer Agenten werden. Diese Provokationen benutzt Tel Aviv auch, um die Weltöffentlichkeit gegen besagte "schiitische Terroristen" aufzuhetzen, wie es das gegen "palästinensische Terroristen" tat und tut, und so freie Hand in Libanon zu bekommen. Überfälle auf UNO-Truppen werden der Hezbollah zugeschoben, die sich sogar gezwungen sah, folgende Erklärung abzugeben: "Die gegen uns erhobenen Anschuldigungen, wir überfielen die internationalen Truppen, sind Teil eines aggressiven Plans, der vorbereitet wird, um einen Schlag gegen die erstarkende islamische Bewegung zu führen und Hader zwischen den Moslems zu schüren. Alle müssen verstehen, daß, wenn wir auch diese Truppen in unserem Lande nicht begrüßen, wir doch genug zu tun haben mit dem Widerstand gegen Israel und dessen Söldner und wir es uns nicht erlauben können, uns davon ablenken zu lassen."

Die Provokationen Israels und seiner Agenten wurden auch im Sicherheitsrat entlarvt, der Ende September einen Resolutionsentwurf Frankreichs mit der Forderung nach Abzug der israelischen Truppen aus Südlibanon billigte. Bezeichnenderweise versuchte der UNO-Botschafter der USA, Vernon Walters, kurz vor der Abstimmung Druck auf die Delegation Frankreichs auszuüben, um den "zu harfen Text" der französischen Resolution "abzumildern". (Die USA enthielten sich der Stimme.)

Natürlich mißfällt eine solche Entwicklung den Machthabern Tel Avivs. Sie haben es offenbar eilig, auf das entschiedenste die "libanische Geschichte" zu beenden, indem sie ein für allemal dieses Problem entsprechend ihren langfristigen Expansionsplänen lösen: mit Feuer und Schwert den südlabanesischen Widerstand zu vernichten, ganz Südlibanon in ihre Besatzungszone, dann in ihr Protektorat zu verwandeln

und ihn mit der Zeit zu annexieren. Den Augenblick, um mit der Verwirklichung dieser Pläne zu beginnen, erachtet Tel Aviv als geeignet: Ägypten ist wie 1982 "aus dem Spiel gezogen"; unter dem Vorwand der Bekämpfung des "internationalen Terrorismus" entfesselte die imperialistische Propaganda eine beispiellose hysterische Kampagne gegen Libanon, Syrien und Libyen. Zudem sei gerade die Zeit gekommen, sich einzumischen und (zum wievielten Mal) den sich erneut abzeichnenden Prozeß der Normalisierung in Libanon zu vereiteln! Es ist bezeichnend, daß in der libanesischen Regierung heute Wege zur Beseitigung der Hauptgründe der innen-



In die "Sicherheitszone", die Tel Aviv auf Territorium Libanons einrichtete, wurden Hunderte israelischer Panzer und Schützenpanzerwagen, Infanterie und Sonderstraftrupps verlegt. Unser Bild: Israelische Truppen betreten libanesisches Territorium

Foto: Reuter--TASS

politischen Krise erörtert werden und am Verhandlungstisch Politiker sitzen, die noch vor kurzem von einer Revision z. B. des "Nationalpakt", der bei Entstehung der Republik Libanon den Konfessionalismus (die Verteilung der Regierungsräte nach dem religiösen Prinzip) als staatliche Grundlage verankert hatte, nichts hören wollten. Die Libanesen sind des langjährigen Bürgerkrieges überdrüssig, den Tel Aviv und Washington zur Einnahme in der Nahostregion benutzen. Doch jedesmal, wenn reale Hoffnungen auf die langerwartete Beendigung des innerlibanesischen Konflikts entstehen, spitzt sich die Lage in Libanon jäh zu. Der Mechanismus ist bekannt: Israelische Agenten provozieren blutige Zusammenstöße zwischen den Konfliktseiten in Libanon, und der israelische Militärklüngel eskaliert Terror und Gewalt in Südlibanon, wobei mit einer neuen großangelegten Intervention gedroht wird.

Eben das geschieht auch jetzt. Doch die Gefahr einer neuen Aggression ist heute real wie nie zuvor. Ebendeshalb sah sich der Präsident Syriens, Hafez Assad, gezwungen zu erklären, sein Land werde die "entschiedenen Gegenmaßnahmen" ergreifen, sollte Israel ein neues militärisches Abenteuer in Libanon starten.

J. KORSCHUNOW

„Schöner unsere Städte und Gemeinden...“

„Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit“ — so lautet das Motto einer populären Massenbewegung in der Republik, deren Ziel es ist, die Bürgerinitiativen für die Lösung wichtiger sozialer Fragen zu nutzen

Während meines Aufenthalts in der DDR hatte ich Gelegenheit, das neue Halle-Neustadt zu besuchen. Hier wohnen die Arbeiter und Angestellten der beiden Chemie-Riesen "Leuna" und "Buna".

Die Stadt bietet einen beeindruckenden Anblick. Die Sauberkeit auf den Straßen, die kurzgetrimmten Rasenflächen, die eleganten Fassaden, leuchtende Wandmalereien und Mosaiken an den Häuserfronten — eine einzige Augenweide.

"Man merkt gleich, daß die Väter der Stadt energische und engagierte Menschen sind," sagte ich zu Günter Rost, meinem Begleiter und Dolmetscher der hiesigen InterTEXT-Abteilung.

"Stimmt", bestätigte Rost, "unsere städtischen Behörden sind äußerst agil. An diesen Sachen hier haben sie jedoch keine Aktien. Alles, was Ihnen hier so gefällt, haben die Bürger selbst geschaffen. Die Stadtverwaltung schlägt sich mit anderen Problemen herum: Bau von Wohnungen und Sozialeinrichtungen, Fragen der Kultur und Bildung, Handelsorganisation, inner- und zwischenstädtisches Transportwesen, Anlage neuer Erholungsgebiete und vieles mehr. Deshalb kümmern sich die Bürger selbst um Begrünung und Verschönerung ihrer Wohnviertel, um Sauberkeit und Ordnung auf den Straßen. So sieht bei uns die Arbeitsteilung aus!"

Stadt und Menschen

Günter Rost fährt fort: "Die unverwechselbare Atmosphäre, die Feinarbeit, übernehmen Zehntausende Einwohner in eigener Regie. In der arbeitsfreien Zeit, versteht sich. Traditionsgemäß nehmen so gut wie alle abwechselnd an der Reinigung der Straßen und Parks teil. Fassadenkosmetik, Dachreparaturen und Fensteranstrich werden hier gleichzeitig vorgenommen. Somit lebt das Gesicht

des architektonischen Ensembles bei Wahrung seines ästhetischen Gesamteindrucks sofort wieder auf."

"Und alles auf Kosten der Bürger?" frage ich Rost.

"Keineswegs," widerspricht er, "die Stadtverwaltung stellt uns Werkzeug, Farben und Baumaterial zur Verfügung. Die Arbeit übernehmen die Bewohner selbst. Es ist also kein Wunder, wenn sie zu Patrioten ihres Hauses, ihrer Straße und ihres Wohnviertels werden und danach trachten, bei allem, was der Verschönerung ihrer Stadt dient, mitzumachen. 'Mach mit' heißt für uns aktive Anteilnahme der Bürger an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens..."

Es gibt in der Stadt z. B. die beliebten Klubs und Cafés, die ausschließlich von Besuchern betrieben werden. In den Jugendklubs wählen die Jugendlichen ihre Räte, die für eine interessante Gestaltung des Abendprogramms, für die Diskussion heißer Themen und für die Diskothek verantwortlich sind. Sie achten auch auf Ordnung im Haus. Man konnte mir keine einzige Adresse nennen, wo der Jugendklub aus Mangel an Initiative eingeschlafen war. Obrigens haben auch die Alten ihre Klubs und Interessen.

Die Teilnahme an der "Mach-mit"-Bewegung beschränkt sich nicht allein auf die Schaffung und Erhaltung materieller Güter. Die Mitmacher wissen: Bei ihnen steht die Vereinigung der Menschen im Vordergrund, Kollektivgeist und Verantwortung vor der Gesellschaft für ihre Umwelt.

Was ich in Halle-Neustadt sah, beeindruckte mich tief. Bald meldeten sich Zweifel: Alles ganz gut und schön. Das funktioniert in einer jungen Stadt, wo die Jugend und ihr ungebrochener Elan das Sagen haben. Aber wie sieht es anderswo aus?

Ich war in anderen Gegenden der Republik und konnte mich davon überzeugen, daß "Mach mit" eine Massenbewegung ist, ein Bestandteil der ganzen



Lebensweise in der DDR. Ein Mensch, der bei allem nicht nur mitredet, sondern auch mitmacht, kann schon nicht mehr teilnahmslos selbst an der kleinsten Schlampe vorbeigehen, kann sich nicht mehr unmündig nur auf den Staat verlassen, wenn es um die Lösung seiner dringendsten Lebensaufgaben geht. Das Interesse an der Erhaltung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums ist erwacht. Besonders was Wohnraum angeht...

Wandlungen

In der DDR ist ein Zweistufigen-Wohnungsbauprogramm verabschiedet worden. Erstens Wohnungsneubau. Zweitens Renovierung, Modernisierung und Erhaltung des bereits bestehenden Wohnraumfonds. Das Eckjahr des letzten Planjahrfünfts stellte die Effektivität der Maßnahmen unter Beweis: An die 119 000 neue und über 90 000 modernisierte Wohnungen konnten übergeben werden. Das bedeutet, daß weitere 630 000 DDR-Bürger ihre Wohnbedingungen verbesserten. Zum Vergleich: In der Republik kommen auf 1000 Personen über 400 Wohnungen mit durchschnittlich 26 Quadratmetern Wohnfläche für den Einzelnen!

Im Prozeß des Wohnungsbaus der DDR selbst vollzogen sich wesentliche Änderungen. Man legt größeren Wert auf die innerstädtische Bebauung von ungenutzten und Grundstücken von eignen für die Neubebauung abgerissenen Altbauten. So kommt es, daß etwa die Hälfte aller Wohnungen, die den Berlinern und Dresdner übergeben werden konnten, im Stadtzentrum liegt. So löst man hier die Wohnungsfrage im Landesmaßstab. Man spart Boden für die Land- und Forstwirtschaft. Man senkt die Bebauungskosten im Hinblick auf bereits vorhandene Infrastruktur (Rohr- und Kabelfsystem, Straßen). Historisch wertvolle Stadtviertel bleiben selbstverständlich unangetastet. Dieser Ansatz hat die Struktur des Wohnungsbaus verändert. Nicht der Neubau steht mehr im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Modernisierung und Erhaltung vorhande-

en Wohnraums, der Denkmalschutz. Die alten Viertel werden streng nach Plan umgestaltet. Die Interessen der Bewohner werden berücksichtigt. Man baut Sozialeinrichtungen, Kinderkrippen, Jugendclubs und Polikliniken, wo es sie bisher nicht gab. Auf diese Art und Weise wurden in der DDR schon viele alte Stadtteile restauriert, die bisher eher in einem recht verkommenen Zustand waren. Das gilt sowohl für Berlin, als auch für hunderte andere Städte und Gemeinden der Republik.

In Berlin wurde übrigens vor kurzem eine Technologie entwickelt, die ermöglicht, innerhalb von 10 Tagen in

sie genau kapiert hatten, daß wir ohne einwandfreie Transportwege in der Dorfregion versumpfen.

Unsere LPG ist daran interessiert, die Jugend im Dorf zu halten. Ihnen nur gutbezahlte Arbeit anzubieten, ist heute schon zu wenig. Wir müssen die Jugendlichen motivieren, zu uns zu ziehen. Dabei ist natürlich wichtig, daß sie sich nicht von der Außenwelt abgeschnitten fühlen, daß sie nach Seelow, nach Bernau, nach Frankfurt und in andere Nachbarstädte fahren können. Heutzutage, wo praktisch jeder Hof einen Wagen oder ein Motorrad hat, müssen die Jugendlichen nach der Arbeit

Ich habe diese Menschen bei der Arbeit gesehen. Sie arbeiten angespannt, verlieren keine Minute, auf dem Feld nicht, auf der Baustelle nicht und nicht im Kuhstall. Klare Arbeitsorganisation: keiner schleicht ohne Beschäftigung herum, nirgendwo ungenutzte Technik. Jeder weiß genau, was er zu tun hat. An allem ist ablesbar, wie einig das Kollektiv ist. Jeder an seinem Platz weiß, daß er hier mitzurichten hat.

Cafe und Dorfclub waren abends auch nicht verwaist. Hier findet die Kreisauswahl der jungen Talente statt.

Der junge Klubleiter stöhnt: "Vor angehenden Künstlern, besonders für die Theaterzirkel, können wir uns schon nicht mehr retten..."



Modernisierung in Leipzig-Mitte

Foto: ADN

in einem fünfstöckigen Wohnhaus Küchen und Bäder mit neuen Rohrleitungen zu versehen und komplett zu modernisieren. Renovierung und Modernisierung eines solchen Hauses nehmen jetzt drei Monate in Anspruch.

Junge Leute ziehen gern in modernisierte Viertel.

Das flache Land lockt

Auf dem Weg nach Berlin kommt man über die Großsiedlung Golzow, DDR-weit bekannt für ihre LPG. Schöne, geräumige Häuser. Vor jedem ein Garten. Ein gemütliches Cafe, ein Dorfclub, ein Lebensmittel- und Konsumgütergeschäft. Eine Asphaltstraße teilt das Dorf in zwei Hälften. Von der Kreuzung führen gleichermaßen sorgfältig geglättete Straßen in verschiedene Richtungen weiter.

Arthur Klitzke, ein jugendlich wirkender Mann um die 60 und LPG-Vorsitzender, zeigt mir seinen weitläufigen Betrieb.

"Ohne Melioration und gute Straßen wären in dieser sumpfigen Umgebung keine Erfolge zu erzielen," meint er. "Bei der Melioration hat uns der Staat unter die Arme gegriffen. Die Verbindungsstraßen haben wir alle selbst gebaut. Die Leute haben angepackt, ohne Zeit und Kräfte zu schonen, weil

nicht unbedingt zu Hause hocken. Und unsere Backfische brauchen ihre neuen Klamotten nicht mehr nur im Dorfladen zu kaufen. Sehen Sie, ein scheinbarer Widerspruch: Die Nähe der städtischen Zivilisation bringt die jungen Leute erst auf den Gedanken, die Schönheit des Landlebens zu schätzen!"

Schon haben Städter in der LPG vorgesprochen. Man kann sie verstehen. Die Zeiten sind vorbei, als man hier vorrangig an Agrarproduktion und prall gefüllte Lohntüten dachte und es für die Verschönerung nicht genug Arbeitskräfte gab. Jetzt ist es genau andersrum. Die Menschen hegen und pflegen nicht nur ihr eigenes Haus, ihre Straße, sondern kümmern sich auch um die umliegende Natur. In den Wäldern ringsum werden Sie kein Bruchholz finden, kein Moderholz und keinen Trockenstand. Das haben die jungen Leute alles weggeschafft. Hier in der Gegend gibt es jede Menge Bäche und Staubecken. Sie können überall baden und angeln...

Auch Alte und Alleinstehende fühlen sich nicht übel im Dorf. Auf ehrenamtlicher Grundlage helfen die Jugendlichen ihnen, das Haus in Schuß zu halten und sammeln Feuerung für den Winter. LPG-Mitglieder im Rentenalter können zu Vorzugsbedingungen die LPG-Kantine benutzen usw.

Soziales Phänomen

Der Nationalrat der Nationalen Front in Berlin leitet die "Mach-mit"-Bewegung über ein System örtlicher Komittees an.



Landschaftspflege in einem Schweriner Wohnviertel

Foto: E. Hähne

Seit fast 20 Jahren gibt es diese Bewegung in der DDR. Ihre Teilnehmer legen besonderes Gewicht auf die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms. Hunderttausende aus Stadt und Land reparieren freiwillig Häuser und Sozialeinrichtungen, halten das ihnen zugeteilte Territorium in Ordnung. Im letzten Planjahr fünf verdoppelten die DDR-Bürger den Umfang dieser Arbeiten. Er beläuft sich jetzt auf über 20 Mrd. Mark. In diesem Zeitraum wurden 658 000 Wohnungen älterer Bürger renoviert. Über 600 000 Dorfbewohner erhielten Wasseranschlüsse in ihren Häusern. In der DDR gibt es 4300 Reparaturstützpunkte. Sie stehen der Bevölkerung bei der Durchführung entsprechender Arbeiten mit Rat und Tat zur Seite.

Der Umfang der "Mach-mit"-Bewegung und ihre spürbaren Erfolge bestätigen, von einem sozialen Phänomen im Leben der Republik zu sprechen.

R. KRESTJANINOW
NZ-Sonderkorrespondent
Berlin — Moskau

MAN FRAGT UNS...

Womit beschäftigen sich die Ständigen Kommissionen des Obersten Sowjets der UdSSR? Welchen realen Einfluß üben sie auf die Lage in Ihrem Lande aus? Welche Befugnisse haben die sowjetischen Abgeordneten?

Henri NOIRET, Paris

Was kann der Abgeordnete?

Das sowjetische Parlament, der Oberste Sowjet der UdSSR, tritt zweimal im Jahr und sein Präsidium alle zwei Monate zusammen. In Übereinstimmung mit diesem Rhythmus verläuft die praktisch keinen einzigen Tag ruhende Tätigkeit der ständigen Kommissionen. Gerade sie sorgen für die Beständigkeit in der Arbeit des obersten Organs der Staatsmacht in unserem Land.

Gesetzgebung und Kontrolle

In beiden Kammern des Obersten Sowjets bestehen gegenwärtig 34 Kommissionen: 17 im Unionssowjet und 17 im Nationalitätsowjet. Vor 1977, als die neue Verfassung der UdSSR angenommen wurde, war ihre Zahl geringer. Hinzu kamen z. B. die Kommissionen für Energetik (sie wurden aus den Kommissionen für Industrie ausgegliedert), die Kommissionen für Umweltschutz und rationelle Nutzung der Naturressourcen, die Kommissionen für Fragen der Arbeit und Lebensweise der Frauen, für den Schutz von Mutter und Kind. In der Wirtschaft, in der Gesellschaft treten Veränderungen ein, und das findet seinen Niederschlag auch in der Struktur der Kommissionen.

Im Obersten Sowjet der laufenden Legislaturperiode

sind über 80 Prozent aller Deputierten (1210 von den 1500) Mitglieder der Kommissionen. Aber auch alle anderen Deputierten beteiligen sich auf die eine oder andere Weise an der Arbeit der Kommissionen.

Ebenso wie die Kammern selbst sind die Kommissionen beider Kammern völlig und in jeder Hinsicht gleichberechtigt. Die gleichnamigen Kommissionen sind auch zahlenmäßig gleich. Zählt etwa die Kommission für Industrie des Unionssowjets 35 Mitglieder, so ist auch die Kommission für Industrie des Nationalitätsowjets genau so stark. Diese Kommissionen gehen nach einem einheitlichen Plan vor.

Das Leben konfrontiert uns stets mit Problemen. Wenn man weiß, wie sie entstanden sind, trägt das zu schnellerer und besserer Lösung bei. Das ist eine direkte Aufgabe der ständig funktionierenden Organe des Obersten Sowjets. Sie können die Hilfe aller Ämter und Organisationen, der besten Wissenschaftler und Experten für sich in Anspruch nehmen.

Ferner. Der Oberste Sowjet verabschiedet Gesetze. Aber damit ein Gesetz zustande kommt, bedarf es zuerst einer Gesetzesvorlage. Auch sie werden in den ständigen Kommissionen vorbereitet.

Folglich handelt es sich um die Suche nach Wegen zur

Lösung gesellschaftlich wichtiger, akuter Probleme und um die Vorbereitung neuer Gesetze. Aber das ist noch nicht alles. Gesetze werden von Menschen geschrieben, und selbst die vollkommenen werden nicht von allein wirksam. Es muß kontrolliert werden, wie sie in der Volkswirtschaft, in den einzelnen Republiken und Gebieten der UdSSR befolgt werden. Selbstverständlich bestehen bestimmte Organe für eine solche Kontrolle. Aber die höchste Kontrolle über die Einhaltung der geltenden Gesetze wird vom Obersten Sowjet ausgeübt, auch dies geschieht mit Hilfe seiner Kommissionen.

Eine solche Arbeit gehört zum Alltag der Kommissionen. Impulse können verschieden sein. So schrieb eine Zeitung, daß in Karelien die bewaldeten Areale schrumpfen. Das ist verständlich, das Land braucht Nutzholz, also wird Holz geschlagen. Die Gesetze über den Umweltschutz fordern, daß die abgeforsteten Flächen wiederaufgeforstet werden. Warum geschieht das nicht? Die Kommissionen für Umweltschutz und rationelle Nutzung der Naturressourcen können nicht an solchen Tatsachen vorübergehen. Bei der Gelegenheit überprüfen sie, wie es in der Kareliischen Autonomen SSR insgesamt um den Umweltschutz bestellt ist.

Die Kommissionen für Konsumwaren und Dienstleistungen fühlen sich durch die Information beunruhigt, daß die Schuhgeschäfte mit Ware überfüllt sind, Kunden jedoch häufig weggehen, ohne etwas zu kaufen, weil die Qualität der Erzeugnisse zu wünschen übrigläßt. Schuhe werden in der UdSSR von Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie hergestellt, also muß die Arbeit dieses Ministeriums unter die Lupe genommen werden.

Ein Signal für die Kommissionen für Fragen von Arbeit und Lebensweise der Frauen, für den Schutz von Mutter und Kind war eine Veröffentlichung der Statistischen Zentralverwaltung, aus der hervorging, daß ein Kennwert

wie die Zahl der berufsmäßigen Frauen in der Volkswirtschaft der Usbekischen SSR merklich hinter dem Landesdurchschnitt stand. Einer der Gründe ist bekannt. In Usbekistan sind große Familien üblich, und viele Mütter scheiden deshalb aus dem Arbeitsverhältnis aus. Aber ob das der einzige Grund ist? Wie sieht es dort in den Kindergärten aus? Oder die Arbeitsbedingungen in der Produktion? Es besteht eine Gesetzgebung über den besonderen Schutz der Frauenarbeit und die Sicherung der Interessen von Mutter und Kind. Wie werden die entsprechenden Gesetze in der Republik befolgt?

Die Aufgabe wäre also formuliert. Welcher Mechanismus wird in Gang gesetzt, damit sie ihre Lösung findet? In den Jahren meiner Tätigkeit als "Iswestija"-Korrespondent beim Obersten Sowjet der UdSSR habe ich solche Fälle aufmerksam verfolgt.

Staatsmännisches Herangehen

Sobald der Arbeitsplan der Kommissionen eine ähnliche Frage aufweist, wird aus Mitgliedern der Kommissionen beider Kammern eine Gruppe gebildet, die die Frage vorbereitet. Vor allem muß sie möglichst viele Informationen zusammenfragen, die die Sache klären helfen. Solche Informationen werden bei Betrieben und entsprechenden Ämtern angefordert.

Nach Zusammentragung und Auswertung der Informationen reisen mehrere Abgeordnete (oder auch nur einer, aber mit großer Erfahrung), manchmal von Experten begleitet, an Ort und Stelle, um alles sozusagen mit eigenen Augen zu sehen.

Nach wird eine Sitzung anberaumt. In der Regel findet sie im Kreml statt, und die Deputierten laden Vertreter der "interessierten Seiten" und alle, die bei der Erörterung nützlich sein können bzw. daraus Schlüsse zu ziehen haben, ein.

Wird eine "territoriale" Frage geprüft, so müssen die führenden Funktionäre der entsprechenden Republik bzw. des entsprechenden Gebietes unbedingt anwesend sein. Geht es um einen Industriezweig, so muß der entsprechende Minister oder, falls der Minister nicht in Moskau oder krank ist, sein 1. Stellvertreter dabei sein. Ist man zu so einer Sitzung eingeladen, so ist Erscheinen Pflicht. Es ist verständlich, daß

nicht alle eingeladenen leichten Herzens kommen. Wer weiß schon im voraus, wie sich das Ganze wenden wird?

Vor kurzem erörterten die Kommissionen für Konsumwaren und Dienstleistungen die einschlägige Tätigkeit der Sowjets des Gebiets Grodno (Belorussland). Auf den ersten Blick hatte der 1. Stellvertreter des Ministers für Chemieindustrie der UdSSR, Alexander Ustkatschkinzew, mit dieser ganzen Angelegenheit wenig zu tun. Doch er wurde zur Sitzung eingeladen, weil das Ministerium auf dem Territorium des Gebiets Grodno Betriebe hat. "Erzählen Sie bitte, wie deren Beschäftigte leben und was in Ihrem Zweig geschieht, damit die Kollegen ausreichend mit Dienstleistungen versorgt werden."

Solche überraschende Wendung kann eine Sache nehmen. Deshalb dürfte die Fortsetzung lehrreich sein.

A. Ustkatschkinzew berichtete, wie viele Wohnungen, Kultur-, Erholungs- und Sporteinrichtungen für die Mitarbeiter der chemischen Industrie gebaut wurden bzw. werden. Das Ganze nahm sich ganz gut aus. Er nannte auch den für das laufende Jahr geplanten Umfang der Dienstleistungen: 76 Mio Rubel, ebenfalls ein beachtlicher Betrag. Aber die Abgeordneten wußten es besser.

Deputierter W. Gussew (er saß der Sitzung vor): "Sagen Sie uns, Genosse Ustkatschkinzew, welchen Teil dieser Summe die Wohnungsmieten und die Gebühren für den Kindergarten ausmachen?

A. Ustkatschkinzew: Etwa 40 Mio Rubel.

W. Gussew: Ich glaube, Sie irren sich. Nach unseren Angaben sind es 60 Mio. Aber wenn wir die restlichen 16 Mio durch die Zahl der Beschäftigten Ihres Zweiges dividieren? Es kommt heraus, daß die in Frage kommenden Dienstleistungen nur ein paar Kopeken pro Beschäftigten betragen.

A. Ustkatschkinzew: Zweifellos sind wir mit der Renovierung von Wohnungen etwas zurückgeblieben. Die Schwierigkeit ist, daß wir keine Mittel fürs Material erhalten...

W. Gussew: Wieso braucht ihr solche Mittel? Euer Zweig produziert ja alles: Farben, Lacke, Plaste, Tapeten usw. Stellt eine Menge davon über den Plan hinaus her und verwendet es! Niemand wird es euch verdenken. Hier ist Gen. Archipez, stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Versorgung, anwesend. Würden Sie,

Gen. Archipez, etwa den Kollegen von der Chemie etwas verwehren, wenn die über den Plan hinaus produzieren?

N. Archipez: Sie erfüllen ja nicht einmal den Plan.

W. Gussew: Eben! Und die Qualität erst! Sie hemmt jetzt auch die Produktion in der Textilindustrie und im ganzen Dienstleistungsbereich. Seit vielen Jahren können ihr die Produktion guter Farbstoffe nicht zuwege bringen. Das wirkt sich auf die Textilien aus. Und wenn es keine Textilien nach dem Geschmack der Leute gibt, wer wird sich dann in einer staatlichen Maßschneiderei Kleidung bestellen wollen?

A. Ustkatschkinzew: Ja, die Kritik ist schon richtig...

W. Gussew: Es geht schließlich nicht einmal um die Kritik. Als 1. Stellvertreter des Ministers sind Sie Staatsmann! Also haben Sie das Problem vom Standpunkt des Staates zu behandeln!

Als A. Ustkatschkinzew zu dieser Sitzung gegangen war, erwartete er, sich eine "fremde" Frage anzuhören, mußte sich aber letztendlich vor den Kommissionen verantworten.

Auf derselben Sitzung berichtete Dmitri Arzimenja, Vorsitzender des Grodnoer Gebietssowjets, über die Arbeit der Sowjets zur Entwicklung des Dienstleistungsbereichs. Es stand nicht schlecht um diesen Bereich, doch gab es auch Probleme. D. Arzimenja sagte damals: "Wir können die Neubauviertel noch nicht genügend mit neuen Dienstleistungsbetrieben erfassen. Warum nicht? Weil wir für die Erhöhung der Zahl solcher Betriebe an Abführungen nur 0,4 Prozent der gesamten Investitionen im Wohnungsbau erhalten. Das ist zu wenig. Deshalb schlage ich vor, daß die Deputierten eine solche Lage überprüfen."

Dieser Gedanke ist nicht unumstritten: Mehr Mittel aus dieser Quelle für den Bau von Dienstleistungsbetrieben zur Verfügung zu stellen, bedeutet, weniger Wohnungen zu bauen. Dabei bleibt das Wohnungsproblem dort vorläufig akut. Nein, so einfach ist das nicht. Was soll man tun? Nun, sich die Sache erst einmal durch den Kopf gehen lassen. Dem stimmen auch die Deputierten zu. Sie werden die Frage dem Ministerrat der UdSSR vorlegen.

D. Arzimenja hat einen weiteren Vorschlag: "Gegenwärtig erhalten wir von Arbeiterwohnungsgemeinschaften überhaupt keine Abführungen für den Dienstleistungsbereich. Es werden viele solche Woh-

nungen gebaut, etwa 50 Prozent davon, was der Staat an Wohnungen baut. Es entstehen ganze Neubaugebiete. Die Bewohner müssen aber bis zu einem Frisersalon, einer chemischen Reinigung oder einem Kino einen weiten Weg zurücklegen."

D. Arzimenja wird gefragt, was er vorschlage, doch nicht den Bau solcher Objekte auf Kosten dieser Leute?

D. Arzimenja: Nein, natürlich nicht. Sie haben das Ihre geleistet und dem Staat geholfen. Ihnen sollte man danken. Doch sie sind ja alle berufstätig, und AWGs entstehen meist in zentralen Ämtern. Diese Ämter nun sollten sich ein bißchen mehr um ihre Mitarbeiter kümmern und den örtlichen Sowjets Beträge für die Dienstleistungsbetriebe überweisen, die wir bekämen, wenn dort die Wohnhäuser nicht aus den Mitteln der Gemeinschaft, sondern aus dem Staatshaushalt gebaut würden. Ist das denn nicht gerecht?"

Die Deputierten finden ebenfalls, daß dies gerecht ist.

Wie wirksam sind solche Sitzungen? Nachdem die Abgeordneten alles geklärt, ihre Meinungen ausgetauscht, einige Genossen auf ihre Versäumnisse hingewiesen und andere unterstützt haben, fassen die Kommissionen einen Beschuß mit Empfehlungen für konkrete zentrale und örtliche Organe.

Eine Empfehlung ist kein Gesetz und deshalb nicht bindend. Das stimmt, aber in diesem Fall nur bis zu einem gewissen Grade, weil sie durch die Autorität des obersten Organs der Staatsmacht untermauert ist. Deshalb sind solche Empfehlungen von Wirkung. Jeder, den diese Empfehlung betrifft, ist verpflichtet, zu einem bestimmten Zeitpunkt den Kommissionen über die inzwischen ergriffenen Maßnahmen zu berichten. Floskeln helfen da nicht. Wenn die Deputierten sehen, daß die Maßnahmen nicht genügend durchdacht waren, bestehen sie auf weiteren Schritten und nehmen die Verwirklichung der vorgenommenen Maßnahmen unter strengem Kontrolle.

Kaum jemand weiß z. B., daß der Bau der U-Bahn in Charkow dank einer Empfehlung von Deputierten begann. Ihre Empfehlung kann eine neue Stadt in der Taiga ins Leben rufen, die Trasse einer neuen Gas- oder Erdöl-Pipeline bestimmen oder den Staatshaushalt wesentlich korrigieren.

Das Staatliche Plankomitee merkte für das Ministerium für

Energetik und Elektrifizierung in diesem Jahr ursprünglich 4,35 Md. Rubel für den Ausbau des Zweiges vor. Das war nicht wenig. Aber als die Deputierten in den Kommissionen für Energetik diesen Beitrag der Wirklichkeit gegenüberstellten, sahen sie, daß er zu gering war. Zwar ermöglichte er die Inbetriebnahme der geplanten energiewirtschaftlichen Kapazitäten, aber keinen baulichen Vorlauf: Dazu war der Rest der bewilligten Summen zu klein. Selbstverständlich bestritten sich die Deputierten nicht auf diese Feststellung, sie empfahlen dem Staatlichen Plankomitee, die Frage noch einmal zu prüfen. Im Ergebnis wurden die ursprünglich bereitgestellten Beträge um 600 Mio Rubel ergänzt.

Im Umbruch

Unter den neuen Verhältnissen, die gegenwärtig für das Leben und Wirken unseres Landes charakteristisch sind, setzen die Kommissionen des Obersten Sowjets immer entschiedener neue Maßstäbe im Kampf für die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung. Das betonte vor kurzem Michail Gorbatschow, als er vor dem Parteikongress der Region Krasnodar sprach. Sein Urteil über die Schwierigkeiten und Eigentümlichkeiten des gegenwärtigen Prozesses gründete sich u. a. auf die Arbeitsergebnisse der Kommissionen für Industrie und der für Plan und Haushalt.

Unlängst prüften sie auf einer gemeinsamen Sitzung die Arbeit des Ministeriums für Schwer- und Transportmaschinenbau unter den Bedingungen des Experiments, das in diesem Zweig durchgeführt wird. Es geht darum, den Betrieben und Vereinigungen mehr wirtschaftlichen Spielraum zu geben. Das Experiment läuft seit mehr als zwei Jahren, aber nicht immer reibungslos. Deshalb gingen die Deputierten an die Analyse der Lage. Sie gelangten zu dem Schluß, daß die Leitung des Zweiges die alten Arbeitsmethoden noch nicht völlig abgelegt hat und nur schwer auf die Rechte verzichtet, die unter den Bedingungen der Umstellung unmittelbar den Arbeitskollektiven zu übertragen sind. Die Deputierten verurteilten scharf und kompromißlos einen solchen Konservatismus.

Juri CHRENOW

Ökonomische Probleme, technologische Sorgen

Dr. sc. oec. Juri SCHISCHKOW

In den unzähligen Dokumenten, die zwischen der Europäischen Kommission, dem Ministerrat, dem Europäischen Parlament und anderen Organen der westeuropäischen Integrationsgruppierung zirkulieren, wird der Abstimmung der wissenschaftlich-technischen Politik immer größerer Raum eingeräumt. Auch der Europäische Rat, die Konferenz der Staats- und Regierungschefs, widmet ihr ständige Aufmerksamkeit. Ja, was den Zusammenschluß der wissenschaftlich-technischen Potentiale der Länder des Gemeinsamen Marktes angeht, so geschah in den letzten zwei, drei Jahren mehr als in dem Vierteljahrhundert seines Bestehens.

Wie erklärt sich diese Aktivität? Dafür gibt es einige Gründe, doch sie alle sind eng verbunden mit der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR), mit dem Übergang zu neuen technologischen Produktionsverfahren, die sich auf modernste wissenschaftliche Errungenschaften gründen. Die WTR stellte auf neue Weise auch viele ökonomische, soziale, politische und andere Fragen. "Jedes Land wird von diesen Fragen im unterschiedlichen Maß berührt", heißt es in der von der Europäischen Kommission herausgegebenen Broschüre "Die wissenschaftlich-technische Politik der europäischen Gemeinschaft", "doch gemeinsam für sie alle ist, daß Forschung und Wissenschaft untrennbar mit Wirtschaft und Politik verbunden sind... Die Probleme, die das politische und ökonomische Leben und unser Überleben selbst angehen, werden heute immer stärker in Labors und Forschungszentren gelöst."

Chronisches Leiden

Eines der akutesten Probleme Westeuropas ist die Arbeitslosigkeit. In den zehn Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist die Zahl der Arbeitslosen von 2,6 Millionen (Anfang der 70er Jahre) auf 13 Millionen (Anfang 1986) gestiegen, unter Berücksichtigung Spaniens und Portugals aber sind es fast 16,5 Millionen Erwerbslose. Im Januar d. J. erreichte der Anteil der amtlich registrierten Arbeitslosen an der gesamten zivilen erwerbsfähigen Bevölkerung durchschnittlich 12 Prozent, in einigen EG-Ländern sind es noch mehr. Zugleich ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit real um 40 bis 50 Prozent höher liegt.

Verständlicherweise beunruhigt die chronische Arbeitslosigkeit ernsthaft die herrschenden Kreise der EG-Länder, birgt sie doch eine Verschärfung des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital in sich. So erklären sich auch die Versuche, einen Ausweg aus der gesellschaftlich gefährlichen Lage zu finden. Ein bewährtes Mittel zur Hebung der Wirtschaftsaktivität und zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist die Forcierung des Exports. Mit anderen Worten, die Absatzmärkte werden auf Kosten der Binnennachfrage in anderen Ländern erweitert. Doch unter den Bedingungen der Integration wird das weitgehend sinnlos, da angesichts der zunehmenden Interdependenz der Volkswirtschaften alle EG-Länder fast gleichzeitig in eine Krisenphase treten.

Oberdies hat der alte Trick überaus negative Folgen für die Integration. Das Streben der EG-Partner, den Export auszuweiten, zugleich aber den Import zu beschränken, führte zu einem verdeckten Handelskrieg. Es vollzieht sich also eine Erosion des Fundaments der Integration, des gemeinsamen Warenmarktes, und zugleich damit auch jenes Systems der Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinschaft, das für Effektivität der Produktion und wirtschaftliches Wachstum zu sorgen hat.

Ein Teufelskreis ist da: Das verlangsame Wachstumstempo und die damit verbundenen gesellschaftlichen Komplikationen drängen zu "ökonomischem Nationalismus", der seinerseits verschlechtert die äußeren Bedingungen für diese Entwicklung. Nicht von ungefähr mußte der Europäische Rat 1985, 17 Jahre nach Beseitigung der Zollschränken zwischen den EG-Ländern, einen Sonderbeschuß über die Schaffung eines echten Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen bis 1992 fassen.

Die Realitäten setzten also den Hoffnungen der Theoretiker und Praktiker der westeuropäischen Integration ein Ende, sie könnte ein stabiles Wirtschaftswachstum gewährleisten und die sozialen Probleme in der Region lösen. In den 80er Jahren geriet die EG insgesamt dem Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts nach nicht nur gegenüber den USA und Japan in Rückstand, sondern auch gegenüber den nicht zur EG gehörenden westeuropäischen Ländern.

Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Eben da begann man im Brüsseler EG-Hauptquartier davon zu sprechen, ein Ausweg müsse weniger in einer Verstärkung des Protektionismus und einer Forcierung der gemeinsamen Gesellschaftspolitik als vielmehr in einer Umgestaltung der Industriestruktur entsprechend den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gesucht werden. Gesetzt wird jetzt auf eine beschleunigte Entwicklung der Branchen der Hochtechnologie, die die Wirtschaft insgesamt immer mehr bestimmen. Wie Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die 24 kapitalistische Industriestaaten vereint, meinen, war das wirtschaftliche Wachstum in den westlichen Ländern 1963-1970 zu 38 Prozent, 1970-1975 zu 47 Prozent und 1975-1982 bereits zu 65 Prozent durch den technologischen Fortschritt bedingt.

Die Entwicklung dieser Branchen beeinflußt die Beschäftigung keineswegs eindeutig. Kurzfristig führt sie zur Automatisierung der Produktion und zur Freisetzung von Arbeitskräften. Oberdies flüchtet Kapital aus alten Bereichen in die Hochtechnologiebranchen, was zum Untergang ersterer oder zu deren Verlagerung in Entwicklungsländer führt. So werden alte Industrieregionen zu sozialen Notstandsgebieten. Doch in Zukunft wird die Einführung neuer Technologien

* Zu den Hochtechnologiebereichen gehören Elektrik und Elektronik, Informationstechnik, Anlagen zur Computerisierung von Büroarbeit, die Erzeugung von Präzisionsgeräten, chemischen Artikeln und Arzneimitteln.

Zu den Mitteltechnologiebereichen gehören die Produktion von Werkzeug- und Transportmaschinen, Gummiartikeln, Kunststoffen, Papier und Pappe sowie Druckereiwesen und Nahrungsmittelindustrie.

Die Bereiche mit niedrigem Technologieeinsatz umfassen die Förderung metallischer Erze und anderer mineralischer Rohstoffe, die Eisen- und Stahlindustrie, die Produktion von Baumaterialien, Textil-, Lederindustrie und andere Bereiche der verarbeitenden Industrie.

und das Auftauchen prinzipiell neuer Waren, wie westliche Experten meinen, zur Entwicklung vor- bzw. nachgelagerten Produktionsstufen führen, zusätzliche Anlagen und neue Arten von Dienstleistungen verlangen. Es heißt, dieser Multipliziereffekt müsse langfristig mehr Arbeitsplätze schaffen, als auf der ersten Etappe der strukturellen Umgestaltung verloren gehen. Nichtsdestoweniger lastet ihre Hauptbürde bislang auf den Werktagen.

Die Unternehmer kümmert das wenig. Für sie ist etwas anderes wichtig: Die Hochtechnologien verheißen höhere Gewinne. Eben hierher fließt das Kapital. Berechnungen zufolge nahm in den Hochtechnologiebereichen das Aktienkapital in den sechs führenden EG-Ländern

ging die Zahl der Arbeitsplätze in besagten sieben Ländern in zehn Jahren um 1,1 Millionen zurück, in den Hochtechnologiebranchen aber um 438 000. Das erklärt sich sowohl durch die Arbeit einsparende Wirkung der Automatisierung der Produktion als auch durch die verschärzte Konkurrenz amerikanischer und japanischer Firmen. Letzteres verdient besondere Aufmerksamkeit, da die EG im Technologiewettstreit im Nachteil war.

Schwächung der Positionen

Die EG-Länder, die einen großen regionalen Markt geschaffen und die Anstrengungen in einigen Grundla-

USA gleichberechtigt sprechen könne. Was Japan angeht, so stellte es bei aller Dynamik seiner Entwicklung, wie es schien, für die EG keine ernste Gefahr dar, da es seinem Wirtschaftspotential nach deutlich hinter der Gemeinschaft lag.

Doch die EG hatte ihre Konkurrenten unterschätzt. Die führenden westeuropäischen Geschäftsleute und Politiker hatten die Veränderungen am wissenschaftlich-technischen Abschnitt der Front der innerimperialistischen Rivalitäten nicht bemerkt. Die diesbezüglichen Positionen der EG begannen bereits seit Mitte der 70er Jahre abzubrecken. 1975–1983 stieg der Gesamtumfang der nationalen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den zehn EG-Ländern um 25 Prozent, während er in den USA um 40 Prozent und in Japan sogar um 80 Prozent zunahm. Folglich entwickelten sich in den USA und in Japan die Hochtechnologiebranchen in den 70er Jahren schneller als in der EG. Deshalb betrug ihr Anteil 1982 an der Gesamtindustrieproduktion der EG kaum 20 Prozent, während er in den USA und in Japan fast 30 Prozent erreichte. Die Konkurrenz begann die EG zu bedrängen. Ihr Anteil am Weltmarkt der Hochtechnologieproduktion ging zurück, während der der USA und Japans spürbar stieg.

Solche Tendenzen beschwören technologische Abhängigkeit der westeuropäischen Länder von amerikanischen und japanischen Konkurrenten herauf, das aber kann zu einer Gesamtniederlage des westeuropäischen Zentrums des Imperialismus im Kampf für Absatzmärkte und Gewinne führen. In diesen Tendenzen steckt auch eine ernste soziale Gefahr. Nach Schätzungen von Experten werden bereits in nächster Zukunft von der Produktion von Informationstechnik direkt oder indirekt 30 bis 50 Prozent aller Arbeitsplätze abhängen. Da die EG-Länder heute die Hälfte der von ihnen benötigten Mikroprozessoren, drei Viertel der Videorecorder und vier Fünftel der Taschenrechner einführen, bedeutet dies, daß ein Großteil der neuen Arbeitsplätze, die durch die Entwicklung der Informatik geschaffen werden, außerhalb Westeuropas entsteht.

Eureka und andere

Um den Vorsprung der Konkurrenten an der technologischen Front einzuholen, waren Sondermaßnahmen nötig. Die EG-Länder aktivierten ihre gemeinsamen Anstrengungen spürbar.

Seit 1980 erarbeitete die Europäische Kommission ein regelmäßig zu überprüfendes gemeinsames Programm der wissenschaftlich-technischen Prioritäten, das Orientierungspunkte in 39 Forschungsrichtungen bis zum Jahre 1990 gibt. Der EG-Ministerrat, der sich von dem Gesamtprogramm leiten ließ, bestätigte konkrete Programme. Hier die wichtigsten von ihnen.



In den EG-Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit doppelt so hoch, wie ihre statistischen Mittelwerte. In einem Flur des Arbeitsamts Dortmund (BRD): Das Schicksal dieser Jungen und Mädchen teilen 1,5 Millionen ihrer Altersgenossen.

Fotos: TASS

(Belgien, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande) 1972–1981 um 40,4 Prozent zu, während das in den Mitteltechnologiebereichen um 33,8 Prozent und in den Bereichen mit niedrigem Technologieeinsatz nur um 21,4 Prozent geschah. Die gleichen Berechnungen zeigen, daß in den Bereichen mit niedrigem Technologieeinsatz die Investitionen in das Grundkapital in diesen sechs Ländern und in Dänemark seit Beginn der 70er Jahre ständig zurückgingen und 1982 um 40 Prozent niedriger waren als 1972, was 2,7 Millionen Menschen arbeitslos machte.

Übrigens geht die Beschäftigung auch in jenen Bereichen zurück, in denen die Investitionen in das Grundkapital zunehmen. In den Mitteltechnologiebereichen

genbranchen (Eisen- und Stahlindustrie, Kohleförderung, Landwirtschaft) vereint haften, erreichten in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre spürbare Erfolge in der Konkurrenz mit den USA. Die EG überholte die USA bei der Zunahme der Akkumulation und der Investitionen, bei der Arbeitsproduktivität, dem Exportvolumen sowie den Gold- und Devisenreserven. Schnell verringerte sich die Kluft zwischen den USA und den EG-Ländern auch bei so wichtigen wirtschaftlichen Kennziffern wie dem Umfang der Industrieproduktion, dem Bruttoinlandsprodukt und dem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung.

In den herrschenden Kreisen der EG wuchs die Überzeugung, daß die Zeit nicht fern sei, da man mit dem Giganten

— Das Europäische strategische Programm für Informationstechnologie (ESPRIT) 1984–1988. Es sieht die Finanzierung von bis zu 50 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Informatik, Elektronik und Computertechnik aus EG-Fonds vor, wenn es sich um gemeinsame Projekte von Betrieben, Instituten oder Universitäten von zwei oder mehr Partnerländern handelt.

— Die Forschung und Entwicklung fortschrittlicher Nachrichtentechnologie für Europa (RACE) für 1985–1986 (wird anschließend fortgesetzt) soll den technischen Fortschritt bei der Telekommunikation fördern.

— Grundlagenforschung der Industrietechnologie für Europa (BRITE) für 1985–1988 hat gemeinsame Arbeiten zur Entwicklung neuer Technologien und Produkte für traditionelle Industriezweige zu fördern: Maschinenbau, Textil-, Lederindustrie u. a.

— Das Sonderforschungsprogramm für Biotechnologie 1985–1989 hat Entwicklungen in Bioinformatik, Ferment- und Gentechnologie u. a. sowie die Ausbildung von Mikrobiologen zu beschleunigen.

Eine besondere Rolle bei der Zusammenfassung der Forschungspotentiale der westeuropäischen Länder spielt das Eureka-Programm, das auf Initiative Frankreichs seit Frühjahr 1984 als Antwort auf das von Washington verkündete SDI-Programm Konturen anzunehmen begann. Die französische Idee wurde nicht nur von den zwölf EG-Ländern unterstützt, sondern auch von sechs anderen Staaten Westeuropas. Mitte 1986 waren bereits mehr als 70 bilaterale und multilaterale Forschungsvorhaben in Informatik, Telekommunikation, Robotertechnik und anderen führenden wissenschaftlich-technischen Bereichen bestätigt.

Gestützt auf diese Vorhaben schlug die Europäische Kommission im Sommer 1985 die Schaffung eines "technologischen Europa" vor. Gemeint waren die umfassende Koordinierung der wissenschaftlich-technischen Politik der Länder der EG sowie eine größere Rolle ihrer Organe und gemeinsamen Finanzressourcen in der internationalen Arbeitsteilung bei Forschungsvorhaben. Die Staats- und Regierungschefs der EG-Länder billigten diese Idee. Man geht davon aus, daß der Anteil der Bewilligungen aus EG-Fonds am Gesamtumfang der privaten und staatlichen Forschungsausgaben dieser Länder von 3 auf 8 Prozent steigen soll.

Als Antwort auf die zunehmende äußere Bedrohung bereiten die herrschenden Kreise der EG einen "Großen Sprung" im wissenschaftlich-technischen Bereich vor. Die technologischen Sorgen rücken die inneren Konflikte in der EG in den Hintergrund, zwingen sie, gemeinsam zu handeln.

BRD

Grüne Welle

Von unserem ständigen Korrespondenten

Alexander TOLPEGIN

Am Mittag des 19. Mai berichtete der DPA-Korrespondent vom Parteitag der Grünen aus Hannover. Er behauptete, daß die Delegierten mit "Jubelstürmen" auf die Nachricht reagiert hätten, daß bei Zusammenstößen mit Demonstranten im bayrischen Wackersdorf Polizisten verletzt worden seien.

In Wackersdorf war es tatsächlich zur schwersten Schlacht in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gekommen. Die Polizei hatte Provokationen von seiten anarchistischer Splittergruppen zum Anlaß genommen, eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen auseinanderzukämpfen. Diese hatten gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage protestiert. Allerdings wußten die Delegierten der Grünen in dem Moment, als der DPA-Korrespondent seine "Information" sendete, noch nichts von den Vorgängen in Wackersdorf.

Trotzdem wurde die DPA-Falschmeldung für eine Propagandaattacke gegen die mißliebige Partei ausgeschlachtet.

Was wollen die Grünen wirklich? Wen repräsentieren sie und wie groß ist ihr Einfluß in diesem Land?

Protestpartei

Mehrere Jahrzehnte hatte in der Bundesrepublik das Dreiparteiensystem reibungslos funktioniert. Der bürgerliche CDU/CSU-Block strich bei allgemeinen Wahlen seine rund 45 Stimmenprozent ein, die Sozialdemokraten ihre 40. Die dritte Partei, die bürgerliche F.D.P. führte zwar stets einen Kampf ums Dasein, bestimmt aber als Juniorpartner der Koalition immer, welche große Partei das Staatsruder übernimmt und welche die Oppositionsbank zu drücken habe. Mit Hilfe der F.D.P. ließ sich immer eine "optimale" Kräftekonstellation herstellen.

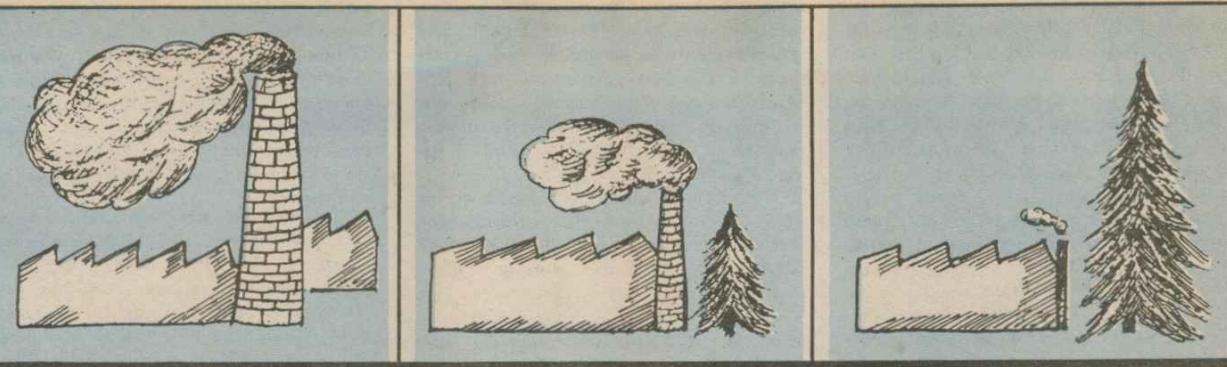
Der Dreierbund schien durch die antideokratische Fünfprozentklausel ausreichend gesichert. An dieser Hürde waren bisher alle Versuche von Parteien gescheitert, sich als vierte Kraft zu etablieren.

1980 gründeten die Grünen in Karlsruhe ihre Partei. Sie bestand aus ursprünglich vier Organisationen, die sich für Umweltschutz einsetzten. Damals dachte niemand daran, daß sie sich zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft mausern würde. Diese Einschätzung wurde zunächst durch die Bundestagswahlen im Herbst 1980 bestätigt, als ganze 15 von 1000 Wählern grün stimmten. Jetzt, sechseinhalb Jahre nach ihrer Gründung, hat die Partei ihre Fraktionen in 5 von 10 Bundesländern: Bremen, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Hamburg. Mehr als 7000 Grüne sitzen in Gemeinderäten. Ihren größten Erfolg errangen sie bei den Wahlen am 6. März 1983, als 2,2 Millionen Wähler für die Grünen stimmten. Im bundesdeutschen Parlament tauchte eine radikaldemokratische Opposition auf.

Die Grünen erlebten auch Reinfälle. Letztes Jahr konnten sie keinen Vertreter für die Parlamente des Saarlands und Nordrhein-Westfalens stellen. In beiden Fällen errangen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Die bürgerliche Presse freute sich schon auf einen baldigen Niedergang der jungen Partei. Im Juni dieses Jahres jedoch konnten die Grünen bei den Wahlen in Niedersachsen ihren Stimmenanteil noch steigern, wenn auch nicht so hoch, wie sie sich vorgestellt hatten.

Wo liegen die Gründe für den Erfolg der Grünen? Was macht sie für ihre Wähler, überwiegend junge Menschen, interessant?

Als politische Partei fallen bei den Grünen mehrere Mängel ins Auge. Sie haben verhältnismäßig wenig Mitglieder. Gegenwärtig um die 40 000. Zum Vergleich: CDU — 730 000, CSU — 180 000, F.D.P. — 70 000, SPD — 910 000. Das ist nur ein Annäherungswert. Eine Zentralkartei wird nicht geführt. Die Partei zeichnet sich nicht gerade durch Einheitlichkeit aus. Sie besteht eher aus "einer Fülle von Strömungen, Initiativen, Gruppen und Organisationen" und um-



Grüne Zukunft.

faßt "sehr unterschiedliche geistige Strömungen und Politikverständnisse", wie Vorstandsmitglied der Grünen, Lukas Beckmann, hervorhob. Das ist gar nicht so verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß sich bei der Parteigründung ehemalige Sozialdemokraten und Christdemokraten mit pseudolinken Gruppchen und vielen politisch unerfahrenen jungen Menschen zusammentreten.

Von Zeit zu Zeit veranstaltet das Meinungsforschungsinstitut Allensbach Umfragen mit ein und derselben Frage: "Glauben Sie, daß die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegengeht?" 1972 glaubten das 60 von 100 Bundesdeutschen. Anfang 1980 schrumpfte die Zahl der Optimisten auf 31 von 100. Der Politologe Werner Kaltenfleiter rechnet mit 20 Prozent Profestpotential. Er stellt fest, daß noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik der Glaube an die politische Elite so gering war wie Anfang der 80er Jahre. Die Grünen konnten diesen Protest aufgreifen und artikulieren. Für sie stimmen diejenigen, die mit den traditionellen Parlamentsparteien und mit der bürgerlichen Demokratie überhaupt unzufrieden sind.

Die Grünen sind ein Produkt der Außerparlamentarischen Opposition. Sie traten ursprünglich als Umweltschutzpartei auf. Bald forderten sie auch die Gleichberechtigung der Frau und Solidarität mit Völkern der Dritten Welt. Es wäre verfehlt, die Grünen als rein "ökologische" Partei abzufußen.

Ausschlaggebend für ihren Erfolg war, daß ihr Auftritt auf der politischen Bühne mit einem nie dagewesenen Aufschwung der Friedensbewegung zusammenfiel. Die Grünen übernahmen ihre Forderungen und riefen bereits auf ihrem ersten Parteitag dazu auf, Europa von atomarer und chemischer Rüstung zu befreien. Sie sprachen sich entschieden und kompromißlos gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD aus. Ihre klare antimilitaristische Position gewann ihnen viele Wähler aus den Reihen der Friedensbewegung. Als die Grünen in den Bundestag einzogen, erklärten sie, dort die Außerparlamentarische Opposition zu vertreten.

Zugluft im Bundestag

Von der Parlamentstribüne herab versuchen die Grünen ihre Kritik an der jetzigen Regierung so effektiv wie möglich anzubringen. Die Reden ihrer Abgeordneten, besonders bei Debatten über den NATO-"Doppelbeschuß", in Verbindung mit dem Flick-Skandal, zu Fragen der Sozialpolitik oder zu Gesetzentwürfen, die ein System der lückenlosen Besitzelzung legalisieren, finden weite Resonanz. Ihre Kritik klingt weit aus überzeugender, als aus dem Mund von SPD-Abgeordneten. Als sie noch an der Regierung waren, hatten Sozialdemokraten immerhin die Raketen-nachrüstung unterstützt, sich von Flick schmieren lassen und Sozialausgaben zusammengekürzt. Die junge Partei der Grünen ist nicht von Sünden der Vergangenheit gezeichnet.

Auf Anregung der Grünen werden jetzt Fragen im Parlament diskutiert, die früher nie auf der Tagesordnung gestanden hätten. Die Berufsverbote zum Beispiel. Die kleinste Bundestagsfraktion, 28 Delegierte, setzt monatlich der Regierung mit Dutzenden Großen und Kleinen Anfragen zu und bringt eigene Gesetzentwürfe vor. Gibt es Ergebnisse? Diese Frage stellte ich dem grünen Bundestagabgeordneten Ludger Vollmer.

"Die konkreten Ergebnisse sind mehr als bescheiden", sagt Vollmer, "wenn ich mich nicht irre, wurden nur zwei Gesetzentwürfe von uns angenommen. Der eine betrifft das Verbot von Schildkrötenimporten. Den anderen habe ich vergessen. Aber auch irgendwas in der Art."

Vollmer plädiert allerdings dafür, die Ergebnisse der grünen Parlamentstätigkeit nicht an der Menge der Beschlüsse zu messen, die seine Partei durchbringen konnte, sondern daran, welchen Einfluß sie auf die öffentliche Meinung habe. Dieser Einfluß, so mein Gesprächspartner, sei beträchtlich. Besonders in Fragen der Friedenssicherung, des Umweltschutzes und der demokratischen Rechte. Alle anderen Parteien müssen Antworten auf die Fragen der Grünen finden und sich mit ihren Argumenten auseinandersetzen.

Manchmal werden sie zu Korrekturen an ihrer Position gezwungen. Letzteres gilt besonders für die Sozialdemokraten.

Obwohl sich SPD und Grüne in der Opposition befinden, arbeiten ihre Parlamentsfraktionen nicht etwa zusammen, sondern konkurrieren miteinander.

Vollmer: "Wir stellen die Fragen schärfere und radikaler. Es ist schon passiert, daß die Sozialdemokraten irgendeinen unserer Beschußentwürfe ablehnten, um nach 3 Wochen ihren eigenen abgeschwächten zum selben Thema vorzubringen."

Obwohl die Grünen im Bundestag vollberechtigte "Volksvertreter" sind, behandelt man sie wie Abgeordnete zweiter Klasse.

Vollmer: "Man läßt uns z. B. nicht in die Bundestagskommissionen, die die Tätigkeit der Geheimdienste kontrolliert. Und wenn der Bundespräsident die Vertreter der "demokratischen Parteien" anspricht, ruft er die Grünen nicht mit auf."

Vollmer schätzt die Chancen seiner Partei für die bevorstehenden Bundestagswahlen im Januar optimistisch ein. Um gegenüber 1983 einen Stimmenzuwachs zu erzielen, sei noch viel zu tun. Nach Vollmer ist die Etappe der "extensiven Entwicklung der Partei", als die Grünen noch gewählt wurden, weil sie Fragen aufwiesen und das herrschende System kritisierten, vorbei. Jetzt hat die "intensive Phase" angefangen. Auf die Fragen muß man jetzt auch eine Antwort geben."

Das Wahlprogramm

Zu Recht werden die Grünen dafür kritisiert, daß sie zwar die moderne "Industriegesellschaft" ablehnen, aber keine realistische Alternative anzubieten haben. Ihr "Zukunftsprojekt" zeichnet sich weder durch Neues noch durch Klarheit aus. Vorstellungen der Grünen gemäß soll sich die Gesellschaft auf 4 Prinzipien gründen: das ökologische, das soziale und das Prinzip der direkten Demokratie sowie die Gewaltlosigkeit. Diesen Forderungen sollte eine dezentralisierte Wirtschaft entsprechen, die sich aus "selbstverwalteten und autarken Zellen" zusammensetzt. Das heißt, aus

kleinen und mittleren Betrieben. Die große Industrie soll abgeschafft werden. "Gewaltlosigkeit" wird als Freiheit von staatlichem Druck aufgefaßt. Die grünen Ideologen lehnen zentrale Planung ab und bemühen sich, einen dritten Weg der gesellschaftlichen Entwicklung zu finden, weder kapitalistisch noch sozialistisch. Sie sagen: "Beide Systeme sind Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft, die sich nur an zerstörerischem industrialem Wachstum ausrichtet." Was die Grünen als das letzte Wort der Gesellschaftswissenschaft ausgeben, erweist sich bei näherem Hinsehen als Griff in die anarchistische Mottenkiste. Ihre Antworten auf aktuelle Fragen des Alltagslebens sind nicht überzeugend.

Innerhalb der Partei selbst werden Forderungen laut, ernsthaft Programmfragen zu diskutieren. Petra Kelly, Gründungsmitglied der Grünen, meint, daß es notwendig sei, die "verschwommenen Konturen grüner Politik wieder schärfen zu zeichnen".

Auf ihrem Parteitag im Sommer 1985 in Hagen faßten die Grünen den Beschuß, ein ausführliches Wirtschafts- und Sozialprogramm auszuarbeiten. Ende Februar wurde der Entwurf zur allgemeinen Diskussion gestellt. Er heißt: "Umbau der Industriegesellschaft. Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung." Vertreter unterschiedlicher innerparteilicher Strömungen beteiligten sich an der Erarbeitung des Entwurfs. Über viele prinzipielle Fragen konnten sie sich nicht einigen. Deshalb mußten dem Entwurf zwei Präambeln vorangestellt werden, die der Mehrheit und die der Minderheit. In keiner von beiden Präambeln, die die theoretischen Positionen der Grünen enthalten, werden die Gründe für die Krise der kapitalistischen Gesellschaft analysiert. Es werden lediglich Erscheinungsformen genannt. Fragen nach dem Eigentum an Produktionsmitteln bleiben offen. Ebenso, welche sozialen Kräfte geeignet wären, die Industriegesellschaft umzubauen. Im Vorwort der Minderheit heißt es lapidar "Druck der Bevölkerung auf das Unternehmerlager". Interessant ist, daß entgegen ihrem basisdemokratischen Anspruch die Grünen dieses Mal den Staat zum Haupinstrument der Reform ernennen. Die Frage nach dem Wesen staatlicher Macht stellen sie nicht.

Im Hauptteil des Entwurfs werden Maßnahmen aufgezählt, die nach Meinung der Autoren innerhalb der nächsten Jahre dringend zu verwirklichen seien. Unzweifelhaft besteht ein Fortschritt des Dokuments darin, daß es die Hauptforderungen der Gewerkschaften einschließt: Verkürzung der Arbeitswoche, um die Arbeitslosigkeit zu senken, Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Werktagen, Vergesellschaftung der Metallindustrie, Aussperrungsverbot, Abschaffung des Streikrechts. Es ist nicht verwunder-

lich, wenn der Vorstand der größten BRD-Gewerkschaft, der IG Metall, den Programmbericht im großen und ganzen begrüßt. Die Gewerkschaft teilt nicht alle Ansichten der Verfasser. Besonders die Forderung, "alle Atomkraftwerke unverzüglich abzuschalten" lehnt sie nachdrücklich ab.

Nach monatelangen Beratungen wurde das Programm auf dem Nürnberger Parteitag vom 26. bis 28. September angenommen. Auf dem vorigen Parteitag, Mitte Mai in Hannover, hatten die Grünen mehrere Wahlkampfaussagen, darunter ein Friedensprogramm, verabschiedet.

Hier sind die Grünen einen Schritt weitergekommen. Sie haben ihre These von der "gleichen Verantwortung beider Supermächte" für das Wettrüsten fallen gelassen. Die Hauptursache für die internationalen Spannungen wird klar benannt: der von NATO und USA betriebene Konfrontationskurs und ihr Drang nach militärischer Überlegenheit. Die politische Erfahrung macht sich bemerkbar. Auch die Abrüstungsvorschläge der UdSSR, besonders das Programm einer stufenweisen Vernichtung nuklearer Rüstung, verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Friedenskräfte der BRD, darunter die Grünen, begrüßen sie.

In Hannover wurden frühere Forderungen der Grünen bekräftigt: Abzug amerikanischer Atomraketen und Beseitigung chemischer Waffen, gegen die Teilnahme der BRD am SDI-Programm und seiner europäischen Variante und für die Einschränkung der Militärausgaben. Die Grünen meinen, daß die BRD einseitige Abrüstungsschritte unternehmen könnte, um anderen Ländern ein Beispiel zu geben. Sie setzen sich für die Auflösung der Militärblöcke ein und den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO.

Eine Mehrheit links von der CDU!

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte, unmittelbar nachdem in Bonn die sozialliberale Koalition zusammengebrochen war, gesagt, daß es jetzt darauf ankomme, eine "Mehrheit links von der CDU" zu schaffen. Dieses weise Wort sprach er am Abend des 26. September 1982, als das Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen bekannt wurde: Sozialdemokraten und Grüne erhielten die Mehrheit und bildeten eine Koalition.

Ob dieses Ergebnis auch im Januar 1987 nach den Bundestagswahlen möglich ist? Demoskopische Umfragen deuten darauf hin, daß es möglich ist: CDU/CSU und F.D.P. auf der einen, SPD und Grüne auf der anderen Seite haben annähernd die gleiche Stimmenzahl. Zu wessen Gunsten sich die Waagschale neigt, wird erst die Auszählung erwei-

sen. Sind jedoch die jetzigen Oppositionsparteien zur Zusammenarbeit bereit? Können sie sich im Fall eines Wahlerfolgs über ein Regierungsprogramm einigen? Die weitere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hängt von der Beantwortung dieser Fragen ab. Um sie ist ein hitziger politischer Kampf entbrannt.

Die Rechten schocken den Spießer und behaupten, daß eine rot-grüne Koalition die BRD unweigerlich ins Wirtschaftschaos stürzen und in ein technisches Entwicklungsland verwandeln würde. Die BRD werde von einer Stütze der NATO zum schwächsten Glied der "freien Welt" werden und schutzlos dastehen angesichts der berüchtigten sowjetischen Gefahr. Die Befürworter einer Zusammenarbeit von SPD und Grünen sehen darin die "historische Chance, die jetzige konservative Regierung abzusetzen, die amerikanischen Raketen vom Territorium des Landes zu entfernen, den mit den USA geschlossenen SDI-Vertrag zu annullieren, auf den Weg der Entspannung zurückzukehren, wirksame Maßnahmen zum Umweltschutz zu ergreifen, die Arbeitslosigkeit zu senken und mit einer Politik Schluß zu machen, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Während der bürgerliche Parteienblock monolithisch gegen die "rot-grüne Gefahr" auftritt, herrscht zwischen SPD und Grünen, ja selbst innerhalb der beiden Parteien bis jetzt noch keine einheitliche Strategie im Kampf gegen die herrschende Koalition.

Die Grünen zerfallen in zwei Flügel, zwischen denen ein erbitterter Streit tobt. Die sogenannten Fundamentalisten halten es für unzulässig, sich an einer Regierungskoalition welcher Art auch immer zu beteiligen. Das sei schon ein "Signal für die Aussöhnung mit dem System". Die sogenannten Realisten rufen auf, sich den Aufgaben des heutigen Tages zu stellen.

Die Realisten, die das Hauptziel der Grünen darin sehen, der jetzigen Regierungskoalition eine Niederlage zu bereiten, konnten sich in Nürnberg durchsetzen. Es gab hitzige Debatten. 210 Redner standen auf der Rednerliste. 20 kamen per Losentscheid zu Wort. 27 einander ausschließende Resolutionsentwürfe wurden diskutiert. Der Parteitag verabschiedete einen "Brief an die Wähler", der die Zusammenarbeit mit der SPD vorsieht, wenn beide Oppositionsparteien die Mehrheit im Bundestag erhalten. Allerdings sollen die Prinzipien dieser Zusammenarbeit erst noch auf dem nächsten Parteitag, der unmittelbar nach den Wahlen stattfinden soll, erarbeitet werden.

Gleichzeitig bezweifeln die Grünen, inwieweit es der SPD ernst damit ist, für den Sturz der jetzigen Koalition zu kämpfen.

Für die Sozialdemokraten ist Willy Brandts Mehrheitsformel kein Programmfpunkt mehr. Er selbst zieht es übrigens auch vor, nicht mehr daran zu röhren. Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau wiederholt ein ums andere Mal, daß er nicht an eine Koalition mit den Grünen denkt. Die Parteispitze hält Diskussionen zu diesem Thema für gefährlich.

Wer die politische Situation in der Bundesrepublik kennt, weiß, daß Hoffnungen der Sozialdemokraten auf eine absolute Mehrheit jeder realen Grundlage entbehren. Die Wahlen in Niedersachsen sind dafür ein Indiz. Dort hatte die SPD auf Teufel komm raus versucht, sich von den Grünen abzugrenzen. Dabei kam heraus, daß beide Parteien in der Opposition verharren und den sicheren, wichtigen Sieg verloren.

In Hessen gibt es tatsächlich eine "Mehrheit links von der CDU". Natürlich kam die Koalition unter Qualen zustande. Mehrere Monate hindurch zankten die Partner bis zur Erschöpfung, oft über Kleinkram. Als vorzeitige Neuwahlen angesetzt wurden, stimmten die Wähler erneut für "Rot-Grün". Schließlich wurde ein Koalitionsvertrag unterzeichnet. Die Grünen stellten den Umweltminister. Trotz aller Schwierigkeiten funktioniert die Koalition.

Die SPD-Führung blockt ab: das "Hessener Modell" sei nicht auf Bundesebene übertragbar. Die Vizepräsidentin des Bundestags, Annemarie Renger (SPD) begründete das damit, daß Sozialdemokraten und Grüne verschiedene Auffassungen von Demokratie hätten. In Wirklichkeit fürchten sich die rechten Sozialdemokraten vor jeder "Systemerneuerung". Sie sind eher bereit, eine große Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, als mit den Grünen zu koalieren. Führende SPD-Funktionäre sagen, daß sie keine Koalition mit einer Partei eingehen können, die darauf aus ist, die Bundesrepublik aus der NATO herauszulösen. Dabei ist nach Vorstellungen der Grünen ein NATO-Austritt ein längerer Prozeß, der außerdem an die Auflösung der Militärblöcke gebunden ist. Die SPD geißelt zwar die Regierung wegen ihrer Vasallentreue gegenüber Washington, sieht jedoch in der Zugehörigkeit zur NATO eine "Sicherheitsgarantie" für die BRD. Unannehmbar für Sozialdemokraten ist auch die Forderung nach Auflösung des Bundesamts für Verfassungsschutz, das allen Andersdenkenden hinterherschnüffelt. Außerdem sträubt man sich, den Satz von der "Wiedervereinigung Deutschlands" als Ziel westdeutscher Politik aus der Verfassung zu streichen.

Objektiv sind die Positionen der SPD und der Grünen zu vielen aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ähnlich oder identisch. Es gibt eine Grundlage für Zusammenarbeit.

Bonn

USA--INDIEN

Verschiedene Aushängeschilder

In Indien sind die Massenorganisationen zahlreich wie die Sterne am Himmel, und wie bei vielen Sternen ist die Art vieler dieser Organisationen den Indern ein Rätsel. Wie sind sie entstanden? Wer finanziert sie? Warum interessieren sie sich für Staatsgeheimnisse Indiens?

Die Kudal-Kommission

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurde 1982 auf Parlamentsbeschuß eine Kommission unter Leitung des bedeutenden indischen Juristen P. Kudal gebildet.

Zunächst untersuchte sie, womit sich die "Gandhi-Friedensstiftung" befaßt. Diese wurde schon in den 50er Jahren gegründet und verbreitete anfangs die Ideen Mahatma Gandhis, des hochverehrten Patriarchen des Unabhängigkeitskampfes der Inder. Deshalb begriff die Öffentlichkeit lange nicht, wieso die Tätigkeit der "Stiftung" allmählich in Widerspruch zu Indiens nationalen Interessen trat. Mitte der 70er Jahre verloren die aktiven Mitglieder z. B. nachdrücklich die "Demokratie" und bekämpften den "Autoritarismus". Das bedeutete, aus dem damaligen politischen Jargon übersetzt, daß sie die Absetzung Indira Gandhis als Ministerpräsidentin und die Öffnung von Tür und Tor für das Auslandskapital betrieben. Zu Beginn der 80er hatten sich rings um die "Stiftung" etwa ein Dutzend Organisationen gebildet, die in alle Poren des indischen Staates eindrangen und dessen Interessen unverkennbar zuwiderhandelten.

Die Untersuchungsergebnisse der Kudal-Kommission sind verblüffend. In einem ihrer Berichte heißt es, daß die "Gandhi-Friedensstiftung" und die mit ihr verbundenen Organisationen in engem Kontakt zu ausländischen Institutionen stehen, die der CIA als Deckung dienen und im Grunde genommen die Landessicherheit Indiens unterminieren. So z. B. werde die unter Ägide der "Stiftung" bestehende Organisation mit dem hamlosen Namen "Verband freier Agenturen für landwirtschaftliche Entwicklung", deren Gruppen in Indien überall bestehen, von einer "Asienstiftung" finanziert. Diese sei eine Deckorganisation der CIA. Mit besonderer Besorgnis wies die Kommission darauf hin, daß die Zweigstellen der "Gandhi-Friedensstiftung" und der ihr zugehörigen Organisationen in den Grenzgebieten ungehindert agieren, daß sie dort Spionage treiben und versuchen, in der

Bevölkerung separatistische Stimmungen zu stimulieren. Beispielsweise finanziere die CIA über die "Stiftung" eine Organisation mit dem hochtrabenden Namen "Cinemart Foundation" (Stiftung für Filmkunst). Was ihre Aktivitäten mit dieser Kunst zu tun haben, beweist eine von der Kudal-Kommission festgestellte Tatsache: Diese "Stiftung" faßte einen Bericht über die Lage einiger indischer Stämme ab, in dem sie sich für die Gründung eines "separaten Stämmestaates" in Bihar, Westbengalen und Orissa einsetzte. Die Regierung tue nichts zur Förderung der Stämme. Nach Ansicht der Kommission zielen die "Untersuchungen" der "Cinemart Foundation" oder vielmehr der CIA auf die



In dieser respektablen Villa in Delhi befindet sich die Leitung der "Gandhi-Friedensstiftung". Eine Tarnung für die CIA!

Foto aus "Link"

Zersplitterung Indiens ab. Nebenbei sollen sie Indien im Ausland in Mißkredit bringen und ihm jede Möglichkeit nehmen, Auslandshilfe zu erhalten.

Ein "Glanzstück" ist der von der Sektion der "Gandhi-Friedensstiftung" im Unionsstaat Uttar Pradesh abgefaßte Bericht "Aussichten auf die Schaffung eines zweiten Uttar Pradesh"! Nach authentischen Angaben ist die Abfassung des Berichts direkt von der US-Botschaft in Delhi bezahlt worden. Die in Bombay erscheinende Wochenschrift "Blitz" fragt, wieso die USA an einer Zerstückelung von Uttar Pradesh interessiert sind und wem sie eigentlich den nördlichen Teil zuordnen wollen, der an China grenzt, bei den ungelösten Grenzproblemen zwischen beiden Ländern.

Mit dieser und einigen unwillkürlich auftauchenden anderen Fragen habe ich mich an Herrn Kudal gewandt. Er sagte: "Die Agenten, die von der CIA in die 'Gandhi-Friedensstiftung' eingeschleust worden sind, haben diese zu einem antinationalen Unruheherd gemacht. Wir

verfügen über mehr als 400 dokumentarische Beweise dafür, daß die CIA die 'Stiftung' als bequeme Deckorganisation dafür benutzt, die nationale Einheit Indiens zu unterminieren und dessen Politiker zu diskreditieren. Zum Unterschied von anderen Entwicklungsländern gibt Indien dem Druck westlicher Finanz- und Wirtschaftsorganisationen vom Schlag des Internationalen Währungsfonds oder der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nicht nach. Deshalb betätigen sich die geheimen Dienststellen der USA indirekt in unserem Lande.

Gewisse Kreise werden durch die Enthüllungen über ihr Treiben nervös", schließt Herr Kudal. "Zu Hause und im Büro werde ich öfter als bisher telefonisch bedroht."

Die proamerikanische Lobby in Indien rürt sich. Ihre Vertreter vergleichen die Kommission in der bürgerlichen Rechts-presse mit der Inquisition."

Freunde und Handlanger

Was ängstigt die proamerikanischen Kreise? Offenbar nicht so sehr die konkreten Enthüllungen, denn sonst würden die USA ihre Mittäterschaft bei der Spionage wie schon so oft einfach leugnen. Anscheinend fürchten sie mehr die grundsätzliche Schlußfolgerung der Kudal-Kommission, daß "die dichtestbevölkerte Demokratie", wie man Indien in den USA nennt, ein Objekt von Subversionsakten der "industriellsten Demokratie" auch während der Amtszeit der Regierung Rajiv Gandhi ist, dem das Weiße Haus Loyalität geschworen hat.

Das geschah auf höchster Ebene, nachdem Washington den ihm berechtigt scheinenden Schluß gezogen hatte, daß das Indien Rajiv Gandhis nicht das Indien Indira Gandhis sei. Lag dafür Ursache vor? Jedenfalls hat die Regierung Reagan manche Vorhaben des neuen Ministerpräsidenten so interpretiert. In Indien sind Maßnahmen zur Stimulierung des privaten Wirtschaftsfaktors getroffen, dem Auslandskapital die Türen aufgetan und der Import liberalisiert, ja sogar die Einschränkungen für die Einfuhr von Gebrauchsgütern aufgehoben worden. Die neue Regierung hat Kurs darauf genommen, die Wirtschaft zu modernisieren, was, wie man in den USA glaubte, Delhi veranlassen würde, sich auf den Westen zu orientieren. In den USA baute man auf Indiens Interesse am Import neuesten Know-hows als einen Hebel, mit dessen Hilfe man das große asiatische Land von seiner Selbstständigkeit abringen könnte. John McTague, wissenschaftlicher Berater des US-Präsidenten, wies im Kongreß besonders auf Indien hin, als er davon sprach, daß "unsere technologischen Erfahrungen eine starke außenpolitische Handhabe zur Prägung unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern ist". Morten Abramowitz, Leiter des Aufklä-



Auf eine Anzahl internationaler antiimperialistischer Aktionen Delhis proklamierten die von den USA unterstützten Singh-Separatisten in dem indischen Staat Pandschab ein "unabhängiges Khalistan". Ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen zweier Begebenheiten?

Foto aus "India Today"

rungs- und Untersuchungsbüros im State Department, hat, wie eingeweihte indische Reporter mitteilen, einen Bericht "Über die Aussichten auf eine Umorientierung Rajiv Gandhis auf die USA unter Benutzung seiner technologischen Neigungen" abgefaßt.

Mit der Verwirklichung dieser "Aussichten" hat es aber nicht geklappt. Auch unter Rajiv Gandhi hält Indien seine grundsätzlichen außenpolitischen Positionen. Es sieht ganz danach aus, als habe man sich in Washington umorientiert. Statt ihre Hilfe an ihren pakistanischen Bündnispartner zu verringern, worauf Indien bestanden hatte, haben die USA ihre militärische Hilfe an Pakistan gesteigert und sagen zu den nuklearen Ansprüchen des Regimes Zia ul-Haqs faktisch noch jetzt ja und amen. Im Gespräch mit Rajiv Gandhi, als dieser zur vorjährigen UNO-Vollversammlung in den USA war, schor Reagan Pakistans Nuklearprogramm mit der friedlichen Atomenergienutzung in Indien über einen Kamm. Die USA traten gegen multilaterale Kredite an Indien auf und bestanden auf direkten, bilateralen finanziellen Beziehungen. Das wertete man in Delhi als Absicht Washingtons, die Kredite vom "Befragen" Indiens auf dem weltpolitischen Schauplatz abhängig zu machen, um so mehr, als die US-Mission bei der UNO im Juli in einem Bericht eigens hervorhob, daß Indien in der vorjährigen UNO-Vollversammlung bei 10 Abstimmungen über "Schlüs-

selprobleme" viermal gegen die USA gestimmt und sich sechsmal der Stimme enthalten habe. Hierzu bemerkte die "Hindustan Times" sarkastisch, warum man eigentlich nicht umgekehrt zählen solle, nämlich wie oft die USA gegen Indien gestimmt hätten. Der US-Vertreter bei der UNO, Vernon Walters, reagierte auf die entschiedene Verurteilung der amerikanischen Bombenangriffe auf Libyen von seiten Indiens mit der unverhohlenen Drohung gegen Delhi, es werde die "Konsequenzen" zu tragen haben. Eine hat Indien schon zu spüren bekommen, als gegen Mitte dieses Jahres von den USA unterstützte Sikh-Extremisten im Pandschab den "unabhängigen Staat Khalistan" proklamierten. Rajiv Gandhi stellte Mitte August die rhetorische Frage: "Soll es ein Zufall gewesen sein, daß man gerade, als wir im Falle Libyens einen entschieden, kompromißlosen Standpunkt einnahmen, bei uns das 'unabhängige Khalistan' ausrief?"

Der konservative indische Kommentator Kuldip Nayar konstatierte, daß die USA in der dritten Welt Handlanger und nicht Freunde brauchen. Die Politiker am Potomac haben erkannt, daß sich das große Land Asiens unter keinen Umständen zum Lakaien hergeben und daß es zu den Bedingungen der USA kein Freund von ihnen sein wird, und sie versuchen nun, Delhi in die Sackgasse interner Probleme zu treiben, um Indiens weltpolitische Stellung zu schwächen. Deshalb aktiviere man die verschiedenen getarnten US-Lobby oder direkt die CIA-Agentur in ihren indienfeindlichen Umtrieben. Daß die von diesen ausgehende ernste Gefahr nicht unterschätzt werden darf, davon hat sich Herr Kudal überzeugt.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

Mie, die Mitte Japans

Von unserem ständigen Korrespondenten Juri TAWROWSKI

"Unsere Präfektur, Mie, wird die 'Mitte Japans' genannt", sagte der betagte, doch sehr energische Gouverneur Ryozo Tagawa. "Nicht genug, daß Mie gerade in der Mitte der vier Hauptinseln liegt. Unter den 47 Präfekturen liegen wir der Bevölkerungszahl, den Löhnen und Gehältern und der Arbeitslosigkeit nach auch in der Mitte. Wir haben auch die für die meisten anderen Regionen typischen Probleme, die gleichen Hoffnungen..."

Zu Gast bei den Göttern

Für jeden Japaner verbindet sich die Präfektur Mie vor allem mit Isejingu, dem Großen Isej-Tempel, einem der bedeutendsten Heiligtümer des Shintoismus. Der Überlieferung zufolge ist hier bereits einige Tausend Jahre der Zauberspiegel der Sonnengöttin Amaterasu, der Beschützerin Japans, auf die die Kaiserfamilie ihre Herkunft zurückführt, aufbewahrt.

Vom Zentrum der kleinen Stadt Isej zum Haupttempelkomplex führt ein langer Weg mit eleganten Steinlaternen. Auf der einen Seite stehen 365 Lampen, die in der letzten Nacht eines gewöhnlichen Jahres angezündet werden, auf der anderen Seite die nur für Schaltjahre bestimmten 366 Laternen. Über einen kleinen Fluß führt eine breite Holzbrücke (die alljährlich von ca. 7 Millionen Menschen passiert wird). Von der Brücke über die mit Feinkies belegten Wege, vorbei an gepflegten Sträuchern und hohen Zedern gelangt man zu einem steinernen Bassin mit hölzernen Schöpfkellen an den Seiten. Hier ist die erste Waschung zu vollziehen — dulden die shintoistischen Götter ja nichts Schmutziges im direkten wie im übertragenen Sinne.

Nachdem man die Hände gewaschen und den ritualen Zierbogen durchquert hat, befindet man sich auf dem mit Steinplatten belegten flachen Flußufer. Durch das reine Wasser schimmern nicht nur sich munter tummelnde Fische, sondern auch eine Vielzahl von japa-

nischen und ausländischen Münzen. Ebenso wie die lärmende Schar von Schülerinnen in ihren dunkelblauen Kleidern werfe ich ebenfalls einige Münzen in den Fluß. Ein urplötzlich aufgetauchter Tempeldiener herrscht laut seine jungen Landsleute an, wobei er auch den merkwürdigen Ausländer schief anschaut: "Kann man etwa dieses schmutzige Geld in den heiligen Fluß werfen, dessen Wasser Körper und Seelen von Millionen Menschen reinigt? Erinnert euch stets an die Worte 'Japans Schönheit beginnt in Isej'. Hier ist alles japanisch, die Sitte aber, Münzen zur Erinnerung hineinzuwerfen, stammt nicht von uns, sie ist den Göttern nicht genehm. Dieser Fluß ist der reinste in



Gaben für die Götter. In dem shintoistischen Isej-Tempel

Japan. Um ihn in seiner ursprünglichen Form zu erhalten, hat der Tempel Boden, Wald und Berge an den Ufern gekauft. Denkt stets daran: Ohne Reinheit keine Harmonie, ohne Harmonie aber ist das Leben leer und sinnlos."

Nachdem wir, wie es das Ritual verlangt, den Mund mit Wasser aus dem heiligen Fluß ausgespült haben, begeben

wir uns zum Haupttempel, dem Naiku. Steinstufen, ein weiterer Bogen — und unseren Augen bietet sich ein einfaches ebenerdiges Haus, bedeckt mit einer dichten Schicht sorgfältig geschnittenen Schilfrohres, mit sich überkreuzenden, langen Hörnern ähnlichen Firsten. Diese Figuren sowie die Bogen sind einige der hier erhaltenen Elemente wahrer japanischer Architektur.

Zum Tempel selbst haben gewöhnliche Sterbliche keinen Zugang, und natürlich wird der heilige Spiegel nicht gezeigt. Ausnahmsweise erlaubte man mir, dem Heiligtum einige Schritte näher zu kommen. Ich tue alles wie der mich begleitende Tempeldiener: Ich neige den Kopf, klatsche zweimal in die Hände und verbeuge mich ein weiteres Mal. Der Tempeldiener in seiner alten Tracht und mit einer hohen schwarzen Mütze wedelt über dem Kopf mit einem Zweig, an den Streifen weißen "heiligen" Papiers gebunden ist — das Ritual ist beendet.

Neben dem Naiku-Tempel liegt eine ausgedehnte, unbebaute Fläche ohne jegliche Vegetation. Käme man in etwa 20 Jahren hierher, dann würde der Tempel gerade auf diesem, einstweilen ruhenden Boden liegen. Wie sich herausstellt, entstehen alle 20 Jahre die Bauten des Isejingu völlig neu. "Das Schilfrohrdach nutzt sich ab, das Holz wird morsch", wird mir erklärt. "Überdies sind 20 Jahre gerade ein Lebenszyklus ohne Beständigkeit..." Jedes Stadium der Errichtung neuer Tempelgebäude — von der Wahl der Bäume im "heiligen" Wald bis zur Überführung der göttlichen Symbole aus den alten Bauten — erfolgt streng nach der Tradition und wird zu einer feierlichen Zeremonie (sowie zu einem Anlaß, Spenden zu erhalten). Das letzte Mal wurde der "Lebenszyklus" 1973 gewechselt, zudem dauerte der Bau sieben Jahre...

"Wir hoffen auf Aufträge aus der UdSSR"

An den "Lebenszyklus" mußte ich wiederholt bei der Besichtigung einer anderen Sehenswürdigkeit von Mie, der Werft Nippon Kokan, denken. Die Manager des Betriebs unweit der Stadt Tsu halten offenbar nicht allzu viel von Reinheit und Harmonie mit der Natur. Riesige Platten aus angerostetem Stahlbeton, ungelene Brückenkräne, gigantische Werksabteilungen, Rauch, klimrendes Metall, heulende Sirenen... Doch welch ein schönes, harmonisches Bild bieten die in den Docks und an den Kais liegenden Tanker und Frachter, die schwimmenden Bohranlagen! Als wären es Tempel unseres Jahrhunderts.

Als 1968 mit dem Bau der Schiffswerft in Tsu begonnen wurde, hofften die Einheimischen auf wirtschaftlichen Aufschwung und hochbezahlte Arbeit. Dabei ignorierte man die Verschmutzung der großartigen Strände, machte sich keine weiteren Gedanken über die Zukunft der traditionellen Fischerei. Aufrichtig freute man sich, als der erste Tanker von 250 000 BRT vom Stapel lief, als der weltgrößte Tanker (560 000 BRT) fertiggestellt war. Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, die Löhne stiegen. Doch so ging es nicht lange weiter. Der "Lebenszyklus" der Werften in Tsu, der in den 70er Jahren seinen Höhepunkt erreicht hatte, geht jetzt offenbar seinem Ende entgegen. Die verringerte Nachfrage hat dazu geführt, daß jetzt nur 40 Prozent der Gesamtproduktion des Betriebs auf den Schiffbau entfallen. Das Riesendock, das eigentlich für Supertanker gedacht war, wurde zweigeteilt — im einen Abschnitt werden Frachter gebaut, Schiffe für den Transport von verflüssigtem Gas, im anderen schwimmende Bohranlagen.

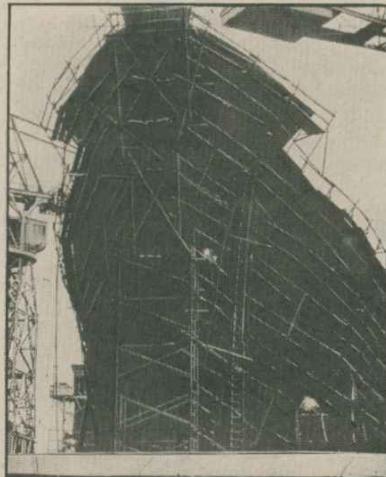
"Anlagen für die Ölförderung sichern uns etwa ein Drittel der Aufträge", berichtete Werftdirektor Yasuo Ishihara. "Wir hoffen auf Aufträge auch aus der Sowjetunion. Sowjetische Ingenieure waren bereits hier und zeigten sich, wie mir scheint, zufrieden. Manchmal aber..." Der Direktor zeigte auf einen Frachter an einem weiter entfernten Kai. Die Firma, die ihn seinerzeit bestellte, hatte Bankrott gemacht, jetzt aber ist das Schiff eine Negativposition in der Werftbilanz.

"Ja, schwere Zeiten", fährt Yasuo Ishihara fort. "Wir übernehmen jegliche Aufträge, stellen alles her, was aus Stahl gefertigt werden kann — Brücken- und Baukonstruktionen, Behälter für den Transport von unter Druck stehendem Gas, Reaktoren für chemische und erdölverarbeitende Betriebe, und vor kurzem haben wir die Produktion ganzer petrochemischer Werke aufgenommen, die wir blockweise an die Auftraggeber nach Saudi-Arabien verschiffen. Wir haben jetzt Aufträge für etwa ein Jahr im voraus. Das ist ganz passabel. Wir sparen, wie wir können. Vorübergehend stellen wir keine jungen Arbeiter mehr ein. Einen immer größeren Teil der Arbeit überlassen wir Nachauftragnehmern — das ist billiger, und auch für die Löhne und soziale Sicherheit ihrer Arbeiter tragen wir keine Verantwortung. Überdies versuchen wir, eine Nasenlänge vor der Konkurrenz zu sein, unsere Erzeugnisse moderner, origineller zu machen. So arbeiten wir jetzt an Projekten für schwimmende und halb unter Wasser liegende Bohrtürme und Tanker für den Transport von verflüssigtem Gas, geeignet für arktische Bedingungen. Und doch ist die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage im japanischen Schiffbau zu groß. Wohl nicht von ungefähr werden die Werften mit Dinosauriern verglichen, deren trauriges Schicksal wohlbekannt ist..."

Honda und der "Lebenszyklus"

In ihren langfristigen Prognosen verheßen japanische Wirtschaftswissenschaftler auch der Automobilindustrie, die bereits Schwierigkeiten mit dem Absatz und der zunehmenden Konkurrenz hat, das Schicksal der Dinosaurier.

Wenn das in Suzuka gelegene Honda-Werk auch zu den "Dinosauriern" gehört, dann ist dieser "Dinosaurier" bislang kraftstrotzend. Das Werk in Suzuka legte den gleichen Weg zurück wie auch der Konzern selbst — von der Herstellung einfacher Motorräder und Mopeds bis zu den weltbesten PKWs. Der 1960 errichtete Betrieb erweiterte



Für den Schiffbau sind schwere Zeiten angebrochen

sich, zu dem Motorradwerk kamen ein Auto- und ein Motorenwerk hinzu. "Jetzt produzieren wir jährlich 630 000 PKWs, Kleinbusse und leichte LKWs sowie 1 370 000 Motorräder", sagte Chefmanager T. Iwase. In seinem Blaumann und mit einer weißgrünen Mütze, Aufschrift "Honda", unterschied sich der Manager äußerlich nicht von den 9000 Arbeitern und Ingenieuren des Werkes. Die unterschiedliche Stellung kam wohl nur in der Tiefe der Verbeugungen zum Ausdruck, mit denen ihn entgegenkommende Arbeiter grüßten.

Wer sich im Automobilbau nicht auskennt, wird nur schwer den Moment erfassen, wenn aus Einzelteilen ein Auto entsteht. Da rollen aus starken Pressen silbrige Kotflügel, die Wände der Motorhaube, die Türen und das Dach... Ein riesiger Schweißroboter, gleichfalls ein Honda-Produkt, fügt die noch lockere Konstruktion zusammen und verbindet gleichzeitig an 150 Stellen alle Teile der Karosserie. Und die wird in eine riesige Farbwanne getaucht. Auf die Fahrgestelle geht der an Ketten aufgehängte Motor herunter, die Karosserie wird hochgezo-

gen, Arbeiter bereifen den Wagen, schrauben die Platten, Armaturen und Kunststoffstoßstangen an. Dann leuchtet auf der Anzeigetafel am Ende des Fließbands eine neue Ziffer auf — ein weiterer Honda rollt auf den Werkhof.

"Wodurch unterscheidet sich die Arbeit am Honda-Fließband von der weltweit berühmten Kunst der japanischen Elfenbeinschnitzer oder der Schöpfer der Zwergbäume, der Bonsai?", fragt der Manager und antwortet: "Wohl nur dadurch, daß unsere Arbeiter diese Kunstwerke serienmäßig erzeugen. Sie sind eben solche Künstler und stolz darauf."

Ja, im Betrieb geschieht viel, um bei den Arbeitern die Illusion zu wecken, sie seien kein Anhänger, kein Diener des Fließbandes, sondern Künstler, Schöpfer. In den Werksabteilungen hängen Lösungen wie "Höchste Qualität ist die Vereinigung des Herzens mit fortschrittlicher Technologie" und "Der Wagen, den du montierst — dein Stolz". Neue Arbeiter haben die fünf Forderungen an die Mitglieder der "einfrächtigen Honda-Familie" auswendig zu lernen: Sei stets jugendlich ehrgeizig und energisch; achte richtige Ratschläge, erarbeite neue Ideen und nutze die Arbeitszeit bestmöglich; genieße die Arbeit und bemühe dich, am Arbeitsplatz eine freudige Atmosphäre zu schaffen; tue stets alles, um die Arbeit harmonisch zu gestalten; schätze stets Initiative und Rationalisierung.

Die japanischen Experten, die die größtmöglichen körperlichen und geistigen Anstrengungen aus den Arbeitern herauspressen sollen, lassen es bei Lösungen nicht bewenden. Fotos der fleißigsten und engagiertesten Arbeiter werden ausgehängt. Jede Werksabteilung hat die Bedingungen für den Wettbewerb der Rationalisatoren, mit einer Bewertungsskala für die Vorschläge ausgehängt. Für 15 Punkte wird ein Bronzepreis, für 30 ein Silberpreis, für 50 ein Goldpreis, für 150 Punkte der Rekordpreis und für 300 Punkte der Sonderpreis von Honda zuerkannt. Die Träger des Rekordpreises erhalten kostenlose Auslandsreisen, Goldpreisträger eine Inlandsreise, die anderen wertvolle Geschenke.

Obrigens werden selbst jene, die sich nicht durch besonderen Erfindungsgeist auszeichnen, ständig daran erinnert, welch Glück sie doch haben, daß sie bei Honda arbeiten dürfen. Ankündigungen über einen weiteren Verkauf von Aktien der Firma, Einladungen in Motorrad- und Automobilklubs, Volleyball- und Basketballsektionen hängen aus. Die Einnahmen des Konzerns mit seinen 49 Betrieben in 30 Staaten, vor allem Entwicklungsländern, ermöglichen es, nicht geringe Mittel zur Stimulierung der japanischen Arbeiter bereitzustellen.

Natürlich haben die Unternehmer dabei nicht das Nachsehen. So gab es im Werk von Suzuka nun schon fast 30 Jahre keine Streiks. Die "Frühjahrsoffensive"

wurde hier zur Formalität. Die Löhne werden durch die bevorzugte Einstellung junger Mitarbeiter, denen man weniger zahlen kann als erfahrenen Arbeitern, auf einem "sinnvollen Stand" gehalten. Ein Mittelschulabsolvent erhält bei Honda anfänglich nur 100 000 Yen monatlich. Mit den Jahren wären es mehr. Doch nicht von ungefähr wurden die Worte "Frische und Lebendigkeit" zur Devise der Firma. Nur 3,6 Prozent der Arbeiter halten das Produktions tempo bis zur Pensionierung aus. Das Durchschnittsalter im Werk von Suzuka beträgt 28 Jahre. Wie man sieht, haben jene, die in der "Honda-Familie" das Sagen haben, ihre Vorstellungen von der optimalen Länge des "Lebenszyklus" der Arbeiter...

Bier für die Kühe

Die Autowerke von Suzuka, die Werften in Tsu, die petrochemischen Betriebe von Yokkaichi mit ihrer Rekordluftverschmutzung, die Hüttenwerke von Kuwano... So gut wie überall ist in der Ebene der Präfektur Mie, die von der Isej-Bucht eingefaßt ist, Industrie angesiedelt. Die Betriebe der Schwer- und der Chemieindustrie, die in den 50er und 60er Jahren die Textilherstellung und die Fischverarbeitung ablösten, müssen jetzt "sauberen" Hochtechnologiebranchen Platz machen. So meint man in der Präfekturverwaltung.

Die Umgestaltung der Industriestruktur, erklärten meine Gesprächspartner übereinstimmend, sei eine schwere Aufgabe, die Zeit verlangt. Während der Anteil der Hochtechnologiebetriebe an der gesamten Industrieproduktion in Mie heute 27 Prozent beträgt, wird er bis zum Jahre 2000 bestenfalls 40 Prozent erreichen. Was die traditionellen Berufe der Einwohner der Präfektur angeht, so zeichnen sich hier bedeutende Veränderungen nicht ab. Taucherinnen werden die berühmten Perlen von den Unterwasserplantagen in der Ago- und der Gokasho-Bucht auch weiter fördern. Die Wälder, die zwei Drittel der Fläche der Präfektur einnehmen, werden Tausenden Holzfällern Arbeit geben. Reis, Hirse, Mandarinen und Tee werden Hauptprodukte der Landwirtschaft bleiben. Und natürlich wird das berühmte Matsuzaka-Rindfleisch, das nach einer Kleinstadt benannt ist, wo eine einmalige Technologie zur Erzeugung des von den Feinschmeckern so geschätzten Fleisches erfunden wurde, weiter in ganz Japan Abnehmer finden.

"Ja, das stimmt alles", sagte lächelnd Masahiko Tsuji, Leiter der Wadakin-Farm. "Wir flößen den Kalben tatsächlich Bier ein, geben ihnen in selbstgemachten Branntwein getauchtes Futter und massieren sie."

Stolz zeigte Tsuji im Grunde ganz gewöhnliche Kuhställe und einen Silo-Turm, stellte uns einige der 25 Bauern vor, die mit der Pflege der 2500



PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR in Guinea

Vladimir Nikolajewitsch

RAJEWSKI

Vladimir Rajewski ist Ukrainer, geboren am 2. Februar 1939 in Antrazit, Gebiet Woroschilowgrad, Ukr. SSR. Absolvierte 1972 die Universität Rostow, 1984 die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und 1986 die Diplomatische Akademie des Außenministeriums der UdSSR. Mitglied der KPdSU seit 1963.

Seine Laufbahn trat er 1956 auf der Reparaturwerft in Antrazit an.

Ab 1965 in Komsomol- und Partefunktionen tätig; 1965–1974 2. Sekretär des Komsomol-Stadtkomitees in Antrazit, stellvertretender Abteilungsleiter und später Leiter im Komsomol-Gebietskomitee von Woroschilowgrad (Ukraine) und Chefredakteur der Jugendzeitung des Gebiets Woroschilowgrad "Junggardist".

1974–1980 Sektorenleiter, stellvertretender Leiter und später Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation im Woroschilowgrader Gebietskomitee der KP der Ukraine. 1980–1984 Sekretär des Woroschilowgrader Gebietskomitees der KP der Ukraine.

W. Rajewski sind zwei Orden "Ehrenzeichen" sowie Medaillen verliehen worden.

schwarzen Kalben der Wagyu-Rasse beschäftigt sind. Die Exotik begann im letzten Kuhstall, wo die für den Schlachthof vorbereiteten Tiere gehalten werden. Einige Männer und Frauen goßen ihnen aus "gewöhnlichen 0,5-l-Flaschen Bier in den Rachen. Die Kühe schienen den Gerstensaft zu genießen und muhten, als wollten sie noch mehr. Vielleicht aber freuten sie sich schon auf einen anderen halbstündigen Genuß — die Massage mit dem Hausbranntwein "Sechu" als "Lotion"?

Der Manager fuhr fort:

"Bis Ende des 19. Jh. oder, wie wir sagen, bis zur Meiji-Epoche wurden in Japan Kühe und Stiere nur als Zugvieh verwandt. Als aber Rindfleisch Mode wurde, beschlossen einige unternehmungstüchtige Bauern aus der hiesigen Gegend, ungewöhnliche Methoden für die Mast der Kühe zu nutzen, um den Fleischgeschmack zu verbessern. Nun schon über 100 Jahre haben wir keine Probleme mit dem Absatz des Matsuzaka-Rindfleisches, das sich von den üblichen Sorten durch die Frische, den Geschmack und dadurch unterscheidet, daß das Fett nicht nur schichtweise mit dem Fleisch wechselt, sondern in großen Streifen im Fleisch selbst liegt. Die Freunde des Sukiyaki (eines Gerichtes aus gebratenem Rindfleisch) sind bereit, für 1 kg Matsuzaka 6 bis 8 mal mehr als für gewöhnliches Fleisch zu zahlen. Wir erhalten hochwertiges Rindfleisch nicht nur, weil wir den Kühen im letzten Maststadium einen Liter Bier täglich geben und Massage verabreichen. Der Kampf um die Qualität beginnt bereits bei der Auswahl der Kalben, die in der

Nachbarpräfektur Hyogo im Alter von 3 bis 18 Monaten gekauft werden. Das beste Futter kommt aus Hokkaido und aus den USA. Das Bier ist übrigens auch nicht gerade die billigste Sorte. Und die Gewinne? Wir kaufen eine Färs für 400 000 bis 500 000 Yen. Zwei Drittel jedes geschlachteten Tiers mit einem Gewicht von 600 bis 700 kg ist reines Fleisch, das in die unserer Firma gehörenden Restaurants und Geschäfte gelangt. Der Einzelhandelspreis des Matsuzaka-Fleisches liegt bei 30 000 bis 40 000 Yen pro Kilo. So bringt jede Kuh einen Gewinn von 12 bis 16 Millionen Yen. Bei solchen Gewinnen dürften die Kühe im Grunde sogar Sekt verlangen..."

Die Präfektur Mie steht auf festen Füßen. Ihre fleißigen und geschäftstüchtigen Menschen, die Armut und Verheerung nach dem Krieg überwunden und für ihren jetzigen Wohlstand einen nicht geringen Preis gezahlt haben, blicken nichtsdestoweniger besorgt in die Zukunft. Wird es den Industriegiganten gelingen, auch in Zukunft "der Konkurrenz um eine Nasenlänge voraus zu sein"? Werden die Präfekturbehörden, die Hochtechnologie und profitabelste Industriebanken nach Mie holen wollen, die Umgestaltung der Industriestruktur bewältigen, werden die Bauern der Konkurrenz mit den importierten Fleischwaren und Apfelsinen standhalten? Und vor allem, wie wird sich die zunehmende Militarisierung des Landes auf Tempo und Richtungen der wirtschaftlichen Entwicklung auswirken? Diese Fragen werden immer häufiger in der "Mitte Japans" gestellt.

Präfektur Mie-Tokio

Zum 80. Geburtstag
von Dmitri Schostakowitsch

„Funken aus den Herzen schlagen“

Das Werk Dmitri Schostakowitschs leitete eine völlig neue Epoche in der Musik ein. Er verlieh den großen klassischen Musikformen neuen Inhalt, gab ihnen neues Leben und leistete mit seinen Sinfonien einen epochalen Beitrag zur Musik der Welt. Er erweckte den Geist der klassischen Musik, ihre humane Tradition und Demokratie im Sinne des von ihm hochverehrten Beethoven zu neuem Leben. Seine Kunst war von hoher sozialer Bedeutung.

Wenn die sowjetische Musik dank ihren Größen zu einem bedeutenden Teil der modernen Tonkunst geworden ist, wenn sie ihren eigenen Charakter, ihren eigenwüchsigen Gehalt und schließlich ihren ureigenen Stil gewonnen hat, so kann das Verdienst Schostakowitschs daran gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Dmitri Schostakowitsch war der geborene Musiker. Um aber



ein Meister zu werden, brauchte er mehr als die bloße Fähigkeit. Er war außerdem warmherzig und genial.

Eingebung verlieh ihm seine innige Menschenliebe, sein Glaube an die Mitmenschen und sein tiefes Mitgefühl mit den Leidenden.

Ich könnte noch viel Gutes über ihn sagen, denn ich kannte ihn fast 40 Jahre lang. Doch will ich mich damit begnügen, seine außergewöhnliche Güte und Tapferkeit zu rühmen, für die er allgemein geachtet war.

Wir sind stolz auf Dmitri Schostakowitsch. Er hatte seinen Mitmenschen viel Wichtiges zu sagen und hat seinem Heimatland damit Ehre gemacht, daß er der Welt mit seiner Person zeigte, was für hervorragende, prächtige Menschen unser Volk hervorbringt.

Georgi SWIRIDOW

Aus Aussprüchen, Artikeln und Reden von Dmitri Schostakowitsch über die Musik, die Zeit und sein Heimatland

„Mir kommen oft die Worte in den Sinn, daß die Musik Funken aus dem Herzen schlagen muß.“

„Beim Schaffen des Künstlers halte ich die Weltanschauung für das Wichtigste. Bei der Arbeit an einem neuen Werk verlange ich von mir, vor allem meinem Volk nützlich und meinem Heimatland unentbehrlich zu sein. Ich bin bestrebt, ihm aus allen Kräften zu dienen und unermüdlich zu komponieren, zu arbeiten.“

„Es ist ein großes Glück für den sowjetischen Künstler, daß sein Kunstschaften von den allgemeinen hohen Zielen der Menschheitskultur nicht zu trennen ist, daß er sich durch Blutsbande mit dem Leben und Schicksal seines Volkes verknüpft fühlt und daß er sein Schaffen nur am großen Maßstab des Volksinteresses mißt. Ich halte das für einen großen Vorzug des Künstlers, denn das rettet ihn vor unfruchtbaren Irrungen und Selbstbespiegelung, vor Abwegen in der Kunst, die zu Dekadenz, hohlen Worten und Stümperei führen.“

„Während der Blockade, die ich in Leningrad durchlebte, komponierte ich

die 7. Sinfonie. Ich widmete sie dem Heldenkampf der Leningrader für die Freiheit ihrer Vaterstadt. Es macht mich glücklich, daß meine Arbeit Teil des Kampfes meiner Mitbürger war.“

„Zweifellos ist es für den Komponisten sehr wichtig, ein richtiges Gefühl für die Zukunft zu haben, seiner musikalischen Umgebung auch nur etwas voraus zu sein, die ständige Bewegung der sozialen Kräfte zu berücksichtigen und den Kunstgeschmack der Zuhörer zu verfeinern. Ich möchte sagen, daß das Gefühl für die Zukunft, für Neues ganz natürlich aus dem Bedürfnis entsteht, über Neues auf neue Art und nicht auf Geheiß einer Mode auszusagen. Nichts leichter, als sich zum Neueren aufzuwerfen und die neuesten technischen Methoden der 'Avantgardisten-Musik' zu übernehmen. Nicht das meinte ich, als ich vom Gefühl für die Zukunft sprach. Dieses Gefühl darf uns nicht den nationalen Traditionen und der heutigen Realität entfremden.“

„Eine all und jedem verständliche Musik bringt dem Menschen Freude und Eingebung, bereichert ihn unendlich und spannt seinen Lebenshorizont weiter. So

stark und mächtig sind wir Musiker. Aber die große Stärke unserer Kunst erlegt uns auch eine große Verantwortung auf. Wir müssen ständig außer an die ästhetische auch an die soziale Bedeutung der Musik denken. Ich möchte das als Geleitwort für talentierte junge Musiker sagen, die sich auf den Weg der hohen Kunst begeben. Das ist keinesfalls meine eigene Entdeckung, sondern das Vermächtnis aller wahrhaft großen Künstler der Vergangenheit und Gegenwart.“

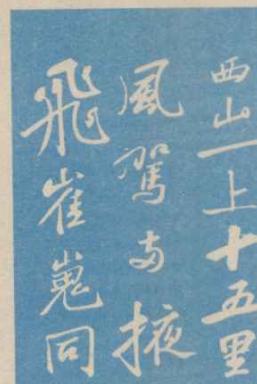
„Wir müssen den Frieden in Schutz nehmen, und uns allen ist es klar, daß der Kampf für Frieden ein Kampf für Fortschritt, Schöpfertum und konstruktive Arbeit, für Demokratie und die Zukunft der Menschheit ist. Es wäre ein Verbrechen an unserem eigenen Gewissen und an der Menschheit, an unseren Zeitgenossen und Nachfahren, die uns verfügbaren Kräfte und Möglichkeiten nicht zu nutzen, um die Träger und Propagandisten der Ideen des Militarismus und Menschenhasses zu brandmarken und den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Unsere Kräfte sind grenzenlos, denn für Frieden setzt sich eine überwiegende Mehrheit aller Menschen, setzen sich alle Arbeitenden und Schaffenden ohne Ansehung von Geschlecht, Alter, Glaubensbekenntnis, Nation und Hautfarbe ein.“

Schrift-reform in China

Stoßen wir im Leben auf etwas Kompliziertes, auf den ersten Blick schwer Erfaßbares, dann sprechen wir resigniert von "chinesischen Buchstaben". Darunter verstehen nicht nur wir etwas Hochkompliziertes, dem Verstand sich Verschließendes, sondern auch für die Chinesischsprachigen waren chinesische Buchstaben immer "chinesische Buchstaben". Ist es überhaupt möglich, annähernd 50 000 Schriftzeichen zu lernen? Darüber hinaus haben viele Zeichen eine äußerst vertrackte Schreibweise. Es gibt Schriftzeichen, die sich aus 25 bis 30 einzelnen Pinselstrichen zusammensetzen. Damit ist eine der größten und ältesten Erfindungen (bereits in der Shang-Yin-Dynastie, also im 16. bis 11. Jh. v.u.Z., gab es ein entwickeltes Schriftzeichensystem) zum Hindernis für die Verbreitung von Bildung und Kultur geworden.

Der chinesische Schriftsteller Lu Xin setzte sich aktiv für eine Reform der chinesischen Schrift ein. Sein kategorisches Urteil: "Krankheitsherd, voller Bazillen". Seine Begründung: "Unsere Schriftzeichen sind ein Mittel der Volksverdummung. Die werktätigen Menschen haben keine Möglichkeit, sie zu lernen. Selbst Sprößlinge privilegierter Klassen, mit Geld und guten Lernbedingungen, beherrschen auch nach 10- bis 20-jährigem Studium die Schriftzeichen nicht..."

Nach der Gründung der Volksrepublik China wurde eine Gesellschaft für die Schriftreform ins Leben gerufen, und die Suche nach einer vereinfachten Schreibweise des Chinesischen begann. 1952 wurde das Staatliche Komitee für



Schon immer war chinesische Kaligraphie Kunst.

die Reform der chinesischen Schrift der VR China gegründet. Als erstes ging man daran, die Schreibweise der gebräuchlichsten Schriftzeichen zu vereinfachen und ein verbindliches Minimum von Zeichen festzulegen. Eine lateinische phonetische Umschrift wurde eingeführt. Eine dem Peking-Dialekt putonghua verwandte Umgangssprache wurde an den Schulen gelehrt.

Das Staatliche Bildungskomitee und das Staatliche Komitee für die chinesische Schriftreform der VR China beriefen unlängst in Peking eine alchinesische Konferenz ein. Ihre Teilnehmer brachten das dringende Bedürfnis nach Vereinheitlichung der Schrift, nach Lösung konkreter philologischer, schriftkundlicher, phonetischer und dialektologischer Fragen zur Sprache.

Die Referenten gehen der "Zhongguo jiaoyu" zufolge davon aus, daß die Reform der chinesischen Sprache im laufenden Planjahr fünf (1986 — 1990) fortgesetzt wird. Es ist u.a. vorgesehen, bis 1990 landesweit putonghua als einheitliche Verkehrssprache einzuführen.

EXPRESS-INFORMATION

Sowjetische Bücher, besonders die Werke W. I. Lenins und Schulliteratur, werden von den Einwohnern Burkina Fasos sehr geschätzt. Das bestätigt eine Verkaufsausstellung von in der UdSSR herausgegebenen Büchern in der Landeshauptstadt Ouagadougou. Hier wurden ebenfalls Werke einheimischer afrikanischer Schriftsteller vorgestellt. Die Veranstalter widmeten die Ausstellung dem internationalen Jahr des Friedens.

In den sozialistischen Ländern soll eine Vereinigung von Fachleuten spanischsprachiger Literatur gegründet werden. Diese Entscheidung faßte eine internationale Tagung der Schriftsteller, Übersetzer und Literaturwissenschaftler der Brüderländer in Havanna. Während der Tagung wurden Fragen des Studiums und der Verbreitung kubanischer Literatur erörtert.

Die Handlung des Romans "Arbeiter des Meeres" von Victor Hugo spielt zwar am Ärmelkanal, der gleichnamige Fernsehfilm wurde jedoch unweit von Batumi am Schwarzen Meer gedreht. Hier fanden der französische Regisseur Edmond Sechan und sein sowjetischer Kollege Guram Gabeskiria passende landschaftliche Bedingungen vor. Beide sind Autoren der sowjetisch-französischen Koproduktion in zwei Teilen. An den Aufnahmen waren die Fernsehgesellschaft "Antenne 2" und das Filmstudio "Pathé-cinema" aus Frankreich sowie das sowjetische Zentrale Fernsehen und das Filmstudio "Grusijafilm" beteiligt. Im Oktober strahlt das französische Fernsehen den Streifen aus.

Musik-Mafia

Bostoner FBI-Beamte nahmen den Chef der Plattenfirma "Roulette Records" Morris Leavy fest. Wie sich herausstellte, stand der Geschäftsmann in enger Verbindung zur Unterwelt. Diese kontrolliert einen beachtlichen Teil der Firmen und Geschäfte, die Schallplatten und Kassetten absetzen. Unternehmer, die versuchen, die Geschäftsverbindungen zur Mafia abzubrechen, werden bestraft. Ein Ungehorsamer wurde von Mafia-Killern vielschließlich mißhandelt. Sie töteten einen Polizeibeamten, der dem illegalen Musikgewerbe nachgehen wollte.

Die vor drei Jahren begonnenen Untersuchungen führten die Gesetzeshü-

ter in das Hauptquartier des "MCA"-Konzerns, der auch Schallplatten herausbringt. Platten und Kassetten landeten schließlich in den Händen von Verbrechern, die sie mit Erpressung und Gewalt Musikladeninhabern aufzwangen. Gleiche Methoden wurden bei der Schallplattenreklame im Rundfunk angewendet. Die jährlich 4 Md. Dollar, die dem organisierten Verbrechen zusätzlich zuflossen, belegen die Größenordnung der illegalen Platten syndikate.

21 Personen wurden außer dem Paten des amerikanischen Disko-Businesß verhaftet, 11 schallgedämpfte Pistolen konfisziert. Sie waren das letzte Argument der Mafiosi.

Bildhauer aus Hannover (BRD) haben ein Denkmal für die Kämpfer gegen den Faschismus geschaffen. Der Gedanke, sie zu verewigen, geht auf Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN) zurück. Die Absicht, das Denkmal auf einem Platz in der Stadtmitte aufzustellen, scheiterte am Widerstand der Stadtverwaltung. Die VVN erklärt, daß ein Verbot, den Opfern der Nazibarbarei ein Denkmal zu setzen, einer Schmähung gleichkommt und dem Versuch, Lehren der Vergangenheit zu verdrängen.

Die Kommunisten haben die Sozialisten immer bekämpft und sie beschuldigt, sie hätten die Interessen der Arbeiterklasse verraten. Warum biedern sie sich denn z. B. jetzt bei der Sozialistischen Internationale an?

Erik DAHLGRE
Uppsala, Schweden



Es diskutiert
Dr. Wladimir
RUBZOW

Sie beginnen mit einer Behauptung, die ich anfechten möchte. Ich meine Ihre Worte, daß die Kommunisten die Sozialisten immer bekämpft hätten. Wieso **immer**? Es gibt viele Beispiele dafür, daß sie **zusammen** mit den Sozialisten Aktionen durchgeführt haben, allerdings meistens einfache Mitglieder. Ich finde, gemeinsame Aktionen der Kommunisten und Sozialisten sind viel natürlicher als ihr Kampf gegeneinander. Sie sind ja beide Parteien der Arbeiterklasse und für eine gerechte Umgestaltung der Ausbeutergesellschaft.

Aber Differenzen gibt es schon. Sie waren und sind grundsätzlich. Die beiden Strömungen der Arbeiterbewegung streiten sich über die Mittel und Wege des Kampfes gegen die soziale Ungerechtigkeit.

Die Sozialisten begnügen sich damit, Wirtschaftsreformen zu fordern und sich um materielle Augenblicksvorteile zu bemühen, die nicht dazu angetan sind, die politische Macht der Arbeitgeber ins Wanken zu bringen, und folglich zum Fortbestehen des Kapitalismus beizutragen. So denken wir Kommunisten.

Die Geschichte lehrt so manches. Im ersten Weltkrieg übten die Führer der 2. Internationale eigentlich Verrat an den Idealen der internationalen Arbeiterbewegung und traten in ihren Ländern an die Seite "ihrer" nationalen Bourgeoisie.

Ich erinnere an diese bedauerliche Tatsache nur, um zu zeigen, wie gefährlich Zugeständnisse an den Nationalismus und den militaristischen Hurrapatriotismus sind. In den verhängnisvollen 30er und 40er Jahren kam das teuer zu stehen. Die Unfa-

higkeit der verschiedenen Kolonnen der Arbeiterbewegung Deutschlands, ja ganz Europas, die Differenzen beiseite zu lassen und eine Arbeiter-einheitsfront gegen den Faschismus und das nahende Weltgemetzel zu bilden, wurde für viele Millionen Werktätige zur Tragödie.

Nun ja, der zweite Weltkrieg liegt schon 40 Jahre zurück, und die Welt ist nicht wiederzuerkennen, aber diese Lehre ist noch brennend aktuell.

Heutzutage sind einige Probleme derart kontrastvoll in Erscheinung getreten, daß Streitigkeiten, die früher ausgesprochen rein theoretisch zu sein schienen, dringend beigelegt werden müßten. Früher konnte sich ein in der Rüstungsindustrie beschäftigter Arbeiter vormachen, ein guter Lohn sei wichtiger als die "abstrakte" Sorge um den Völkerfrieden. Heute stellen die von ihm selbst erzeugten tödlichen Waffen nicht nur Einzelpersonen oder Gruppen, sondern die ganze Menschheit vor die Wahl eines ewigen Friedens oder einer "ewigen Friedhofsrufe".

Die Werktätigen ganzer Wirtschaftszweige sehen sich (selbst in den höchstenentwickelten kapitalistischen Ländern, wo es noch recht gut steht) tagtäglich vor akute Probleme gestellt. Sie müssen sich um Arbeit und Brot sorgen. Zugleich tragen die Parteien und ihre Führer eine größere Verantwortung dafür, die Perspektive im Auge zu behalten und die allgemeinmenschlichen Interessen nicht abstrakt, sondern als etwas zu sehen, das jeden einzelnen direkt betrifft. Deshalb ist es jetzt dringend notwendig, für das höchste Ziel — die Verhütung eines Weltkriegs, der der Menschheit ein Ende machen kann — eine Aktions-einheit der Werktätigen zu bilden. Was werden dann die Differenzen auf sich haben, die leider nicht gar so selten die dringend notwendige Einheit erschüttern?

Und jetzt kommen wir zu Ihrer Frage. Tatsächlich haben sich die Kontakte der KPdSU mit den sozialdemokratischen Parteien und der Sozialistischen Internationale in letzter Zeit erweitert. Dreimal wurden z. B. in Moskau auf hoher Ebene Mitglieder des Konsultativrats der Sozialistischen Internationale für Abrüstung, geführt von Kalevi Sorsa, empfangen. In Moskau waren Olof Palme, Willy Brandt, Neil Kinnock

DISKUSSION MIT DEM LESER

und die Führer anderer sozialistischer Parteien, und nicht, weil, wie Sie schreiben, "die Kommunisten sich bei ihnen anbiedern".

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten im heutigen Hauptanliegen — im Kampf gegen die Kriegsgefahr — ist nämlich unbedingt nötig, und es bestehen gute Aussichten dafür. Die Standpunkte sind sich nähergekommen. Wie der im Juni d. J. in Lima abgehaltene 17. Kongreß der Sozialistischen Internationale zeigte, haben die meisten ihr angehörenden Parteien im Hinblick auf die Abrüstung und die Verhütung eines Krieges sehr ähnliche Ansichten wie wir sowjetischen Kommunisten geäußert.

So hat der Kongreß für eine sofortige Einstellung der Kernwaffentests und ihr nachfolgendes Verbot Stellung genommen, ferner für einen 50prozentigen Abbau des nuklearen strategischen Potentials, für die Reduzierung und Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenwaffen und für die Einhaltung der sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die strategischen Verteidigungs- und Angriffswaffen. Der Kongreß hat die Versuche verurteilt, das Weltrüsten auf den Weltraum auszudehnen, er hat einer Verstärkung der Bestimmungen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und der Schaffung kernwaffenfreier Zonen und Korridore beigeplichtet.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU hat in der bestätigten Neufassung des Parteiprogramms die Entschlossenheit niedergelegt, auch in Zukunft Kurs auf die Zusammenarbeit mit den sozialistischen, sozialdemokratischen und Labourparteien zu halten. Im Programm ist hervorgehoben: "Wie tief die Divergenzen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung auch immer sein mögen, so ist dies doch kein Hindernis für einen fruchtbaren und systematischen Meinungsaustausch, für parallele und sogar gemeinsame Aktionen gegen die Kriegsgefahr, für die Gesundung der internationalen Lage, die Liquidierung der Reste des Kolonialismus, für die Interesse und Rechte der Werktätigen."

In dem immer umfangreicheren Dialog zwischen den Kommunisten und den Sozialisten darf man auf keiner der beiden Seiten ein Sich-anbiedern erblicken. In Fragen von Krieg und Frieden können Engstirnigkeit, Sektierertum und Zwietracht tödlich sein.

Die Psychologie des Fehlers

David BRONSTEIN
Internationaler Großmeister

Nach dem Sieg in der 16. Partie des Revanchespiels der Schachweltmeisterschaft hatte Champion Garri Kasparow seinen Vorsprung auf 3 Punkte ausgebaut und durfte bei 9,5:6,5 mit einem leichten Finish rechnen. Er konnte ja nicht wissen, daß er in den drei folgenden Partien nicht einmal einen halben Punkt erhalten sollte. Wir erinnern uns, daß Ex-Weltmeister Anatoli Karpow in kritischen Situationen entschlossen, mit größtmöglichen Einsatz spielt. In einer solchen Situation braucht der Gegner nur

Nullpunkt. Kasparow braucht, um den Weltmeistertitel zu behalten, nur fünf Partien Remis zu spielen, doch jetzt wurde seine Aufgabe viel komplizierter, da jede verlorene Partie Karpow Oberlegenheit gibt, und dann müßte Kasparow erstmals im Match einen Rückstand aufholen. Doch wird er das schaffen? Nach drei Niederlagen hintereinander sind Remis möglich, doch spielt es sich schon nicht mehr mit der früheren Kühnheit auf Sieg.

In den letzten fünf Partien muß Kasparow dreimal Weiß



von niemandem negiert wurde. Besser als alle professionellen Schachkritiker sagte das der große Schriftsteller und Philosoph Lew Tolstoi, der sich in Müßestunden gern dem Schachspiel widmete. Im Roman "Krieg und Frieden" finden sich folgende Zeilen: "Ein guter Schachspieler, der eine Partie verloren hat, ist fest überzeugt, daß er die Partie verloren habe, weil er einen Fehler begangen hat, und er sucht diesen Fehler im Anfang seines Spiels; er vergißt aber dabei, daß er im Laufe des ganzen Spieles, bei jedem Zuge, solche Fehler begangen hat, und daß kein einziger Zug vollkommen gewesen ist. Der Fehler, auf den er seine Aufmerksamkeit richtet, scheint ihm nur deswegen bemerkenswert, weil der Gegner ihn ausgenutzt hat."

Ein berühmter Schachautor, Großmeister Saweli Tartakower, schrieb: "Nicht derjenige, der Fehler begeht, verliert, sondern derjenige, der den letzten Fehler macht."

Um die Gründe für seine drei Niederlagen zu verstehen, müßte der Weltmeister erneut die 17., die 18. und die 19. Partie geistig Revue passieren lassen. Auch wir wollen das tun, um zu begreifen, wie es Karpow in drei Partien gelang, Kasparows Fehler zu nutzen.

Beginnen wir mit der 17. Partie. In ihr wandte der Weltmeister erneut die Grünfeld-Indische Verteidigung an. Meiner Meinung nach war das ein großer Fehler. Kasparow war schon euphorisch gestimmt, betrachtete das Match als gewonnen, offenbar in der Annahme, seine glänzenden theoretischen Kenntnisse würden es ihm stets ermöglichen, einen improvisierten Weg zum erwünschten Remis zu finden.

Karpow erfaßte großartig die psychologische Verfassung seines Gegenübers, erkannte, daß dieser völlig siegesgewiß war, und wählte erstaunlich genau die Eröffnungstaktik. In den ersten 13 Zügen spielten beide die 15. Partie nach. Bei gleichem Punktstand hätte Kasparow möglicherweise verstanden, daß Karpow nicht an ein schnelles Remis denkt und er eine wichtige Verstärkung des Spieles vorbereitet hat. Doch Kasparow, der sich noch gut erinnern konnte, wie er die Attacke von Weiß in der 15. Partie zurückschlug, sah die Stellung von Schwarz als zuverlässig an.

Karpows Neuentwicklung im 14. Zug war ein bedeutender Beitrag zur Theorie der Eröffnungsspiele, da sie eine neue Seite in einer komplizierten Variante aufschlug. Weiß opferte einen Bauern und forcierte ein für sich günstiges Endspiel. Vielleicht hätte sich Schwarz verteidigen können, doch die Kräfte waren ungleich. Karpow studierte aufmerksam das entstandene Endspiel, Kasparow aber hatte es, in Zeitnot geraten, nicht leicht, die besten Züge zu finden. In dieser Situation nahm Karpows Oberlegenheit mit jedem Zug zu. Sein Turm drang in das Lager des Gegners ein und sorgte dort für Durcheinander, indem er Kasparows Bauernreserven dezimierte. Als Karpows Durchgangsbauer unaufhaltsam vorrückte, um zur Dame zu werden, gestand der Weltmeister seine Niederlage ein.

Nun stand es 9,5:7,5. Doch die Gesamtüberlegenheit Kasparows war immer noch deutlich spürbar. Zudem hatte Kasparow bei der nächsten Partie Weiß.

Beide spielen überaus stark mit Weiß, wobei sie als ersten Zug den Bauern um zwei Felder von der Dame fortziehen. Eben so spielte Kasparow auch in der 18. Partie. Wie hätte Karpow hier verfahren sollen? Schwer zu sagen. Zumindest hätte er um jeden Preis riskieren sollen. In einer solchen Situation verfahrt jeder Schachspieler ganz individuell. Der Ex-Weltmeister beschloß, bewußt eine schwache Position aufzubauen, in der Meinung, sein jüngerer Rivale werde, um das Match schneller zu beenden, irgendwo



Schachfieber auf der Galerie

Foto: Rodrigo Fernandez (APN)

etwas nachzulassen — und die Strafe folgt auf dem Fuß.

Wußte das Kasparow? Bestimmt, doch offenbar hatte er es vergessen. Zu früh war er siegesgewiß. Und da gewann Karpow die 17., die 18. und die 19. Partie und, damit 3 Punkte — und es stand unentschieden zwischen beiden. Das Revanchespiel begann gleichsam vom

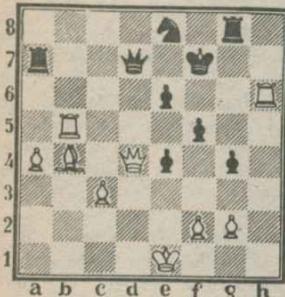
und nur zweimal Schwarz spielen. Bedenkt man, daß ihm ein Gesamtergebnis von 12:12 reichen würde, dann sind die Chancen des Weltmeisters immer noch beachtlich — doch nur, wenn er die Natur seiner Fehler erkannt hat.

Es sei gesagt, daß die Unausweichlichkeit von Fehlern beim Schachspiel nie und

doch gewagt spielen, unvorsichtig sein, was es, sollte diese Rechnung aufgehen, Schwarz erlauben würde, die Initiative zu ergreifen. Karpow schwächte nicht nur die Königs-, sondern auch die Damenflanke, im Mittelfeld aber bezog er eine abwartende Position.

Der Verlauf der Partie gab Karpow voll recht. Kasparow wollte unbedingt die 18. Partie gewinnen und, obwohl er stark spielte, brauchte er übermäßig viel Zeit. So hätte man das elementare Bauernmanöver im 11. Zug wohl kaum 26 Minuten lang durchdenken müssen. Ebenso wenig sparsam ging Weiß im 15., 16. und 17. Zug mit der Zeit um. Infolgedessen mußte Kasparow, als er sich zu konzentrieren und in erfolgversprechender Position einen klaren Weg zum Sieg zu finden hatte, in sehr intensivem Tempo denken. Er begann nervös zu werden, verlor den roten Faden und beging Fehler sogar rein spielerotechnischer Art.

Zuerst verzichtete er völlig vergeblich im 28. Zug darauf, ein Remis durch dreifache Wiederholung der Position zu erzwingen, wofür es gereicht hätte, zunächst erneut mit der Dame Schach zu bieten. Dann bemerkte Kasparow den überaus erfolgreichen 31. Zug Karpows nicht. Oberdies war der Weltmeister in Zeitnot und, um so schnell wie möglich die erforderlichen 40 Züge zu tun, bot er übereilt und völlig sinnlos im 38. Zug mit dem Turm Schach. Und so sah es vor diesem Zug Kasparows aus:



Hätte der Weltmeister in diesem Augenblick die Dame auf e5 gezogen, wäre ihm das

Glück hold gewesen. Wie bewegt mag Karpow in Erwartung des 38. Zuges des Gegners das Schachbrett beobachtet haben?

Dieser "letzte Fehler" Kasparows führte dazu, daß die Partie im 41. Zug in einer für ihn schwierigen Lage vertagt wurde. Er konnte die Position nicht retten, und es stand 9,5:8,5 — immer noch zugunsten Kasparows.

In der 18. Partie verdiennten natürlich die schönen Bauernzüge Kasparows in der Eröffnung und die umfassende Verteidigung Karpows im Mittelspiel Aufmerksamkeit, als der Ex-Weltmeister, mit dem schwarzen König hin- und herziehend, Weiß gleichsam aufforderte, schneller zum Angriff überzugehen. Diese riskante Taktik Karpows war von der theoretischen und sportlichen Situation diktiert und gab deshalb die einzige Hoffnung. Und er sollte Erfolg haben. Karpow wird sich wohl sein ganzes Leben lang an diese Partie erinnern. Zu viele Nerven hat sie ihn gekostet.

Nach einer so unerwarteten Wende flammte das Interesse an dem Match, das nach dem Sieg Kasparows in der 14. und der 16. Partie etwas nachgelassen hatte, wieder verstärkt auf. Es wurde klar, daß Kasparow und Karpow, die spürbare Schläge ausgetauscht hatten, schon nicht mehr ruhiges klassisches Schach spielen konnten, daß jetzt jede Partie unter Druck zusätzlicher Faktoren — vor allem psychologischer — stehen würde.

Am Vorabend der 19. Partie nahm der Weltmeister seine dritte und letzte Auszeit. Das war eine richtige Entscheidung. Die Erholung hatte er dringend nötig. Die Experten meinten natürlich, Kasparow werde nach dem Fiasco in der 17. Partie nicht mehr die so dramatische Grünfeld-Indische Verteidigung spielen und für die Schlümpartien des Matches eine zuverlässigere Eröffnung wählen. Doch Kasparow ist erst 23. Die Jugend aber hat bekanntlich nichts für Kompromisse übrig. Und der Weltmeister begeht bereits in den ersten Zügen der 19. Partie einen weiteren,

möglicherweise den größten Fehler — wieder wählt er die Grünfeld-Indische Verteidigung.

Diese Verteidigung, die erstmals zu Beginn des Matches angewandt wurde, verunsicherte Karpow in den ersten Partien. Er spielte unsicher und fand lange keinen richtigen Zugang zu den entstandenen Positionen. Doch jetzt wußte Kasparow, daß Karpow diese Eröffnung bevorzugte. Deshalb hätte er auf keinen Fall seinem Gegenüber erlauben dürfen, nach vorbereiteten Plänen zu handeln. Möglicherweise hoffte Kasparow, Karpow durch den unerwarteten 7. Zug, der im Match neu war, zu überraschen. Doch dieser Eröffnungszug ist in der Theorie bekannt, in alle Lehrbücher zur Eröffnung aufgenommen.

Und da entwickelte Karpow tatsächlich im 14. Zug etwas grundsätzlich Neues, das Kasparow 21 Minuten lang nachdenken ließ. Die entstandene Position war sehr kompliziert, reich an vielen schönen Varianten. Doch die Nerven des Weltmeisters ließen schon nach ... Er beeilte sich erneut, verzichtete auf eine geduldige Verteidigung und opferte nach 25 Minuten Nachdenken mutig seinen Turm für einen Springer. Karpow denkt 22 Minuten nach, akzeptiert die Herausforderung und nimmt mit einem Rösselsprung im 16. Zug die beiden schwarzen Türme in die Zange. Danach entstand folgende Situation:



Der Ex-Weltmeister begann nun nach dem Figurengewinn, inspiriert von den beiden vorhergehenden Siegen, besonders erfinderisch zu spielen. Er wehrte alle Attacken

Kasparows ab und bemühte sich bis zur Verfagung der Partie um ein erfolgversprechendes Endspiel.

Doch die Partie wurde nicht zu Ende gespielt. Kasparow teilte telefonisch mit, er gebe die Partie auf. Hier die Notation für die Schachfreunde.

Grünfeld-Indische Verteidigung

1. d4(0) Sf6(1) 2. c4(0) g6(0)
3. Sc3 (0) d5(0) 4. Sf3(0) Lg7(1) 5. Db3(1) dc (0)
6. D:c4(0) 0-0 (0) 7. e4(0) Sa6 (0) 8. Le2(3) c5(1) 9. d5(1) e6(0) 10. 0-0 (0) ed (0) 11. ed (0) Lf5(1) 12. Lf4(3) Te8(2) 13. Tad1(0) Se4(3) 14. Sb5(0) Df6(21) 15. Ld3(7) Sb4(25) 16. Sc7(22) S:d3 (27) 17. S:e8(4) Te8(0) 18. D:d3(0) D:b2 (1)
19. Td1(16) Db4(9) 20. Sd2(25) Da4(10) 21. Dc4(15) D:c4(3) 22. S:c4 (0) Lc3(10) 23. Sd2(10) L:d2(5) 24. L:d2 (0) Ld7(1) 25. Lf4(16) Lb5(2) 26. f3(0) g5(3) 27. L:g5(1) L:f1(2) 28. K:f1(1) Sd6(0) 29. Le7(5) Sc8(2) 30. L:c5(1) Td8(0) 31. Te5(5) f6(1) 32. Tf5(0) b6(1) 33. Ld4 (4) Se7(1) 34. L:f6(1) T:d5(0) 35. Tg5+ (0) T:g5 (0) 36. L:g5(0) Sc6(1) 37. Ke2(1) Kf7 (1) 38. Kd3(0) Ke6(1) 39. Kc4(1) Se5+ (0) 40. Kd4(2) Sc6+ (1). Die Partie wurde vertagt (18).

Das Unmögliche war geschehen. Ex-Weltmeister Karpow, der drei Partien hintereinander gewonnen hatte, sieht den Schachthron schon nahe vor sich. Um dessen Sieg zu verhindern, muß Kasparow von seiner falschen Taktik abgehen und darf nicht mehr nur auf Gewinn spielen..

Wie sich die letzten Partien des Matches auch entwickeln mögen, jetzt stehen psychologische Faktoren im Vordergrund. Wer hat die stärkeren Nerven?

In der 20. Partie am 29. September sollten beide recht gute Nerven haben, und so einigten sie sich beim 22. Zug auf ein Remis.

Diesmal entschieden sich Kasparow und Karpow für die Katalanische Eröffnung. Sie hatten sie in ihrem Match 1984 zweimal gespielt, und beide Partien endeten damals unentschieden.

Jetzt steht es 10:10. Leningrad, den 30. September

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

als Außenhandelsunternehmen
VNESHTORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

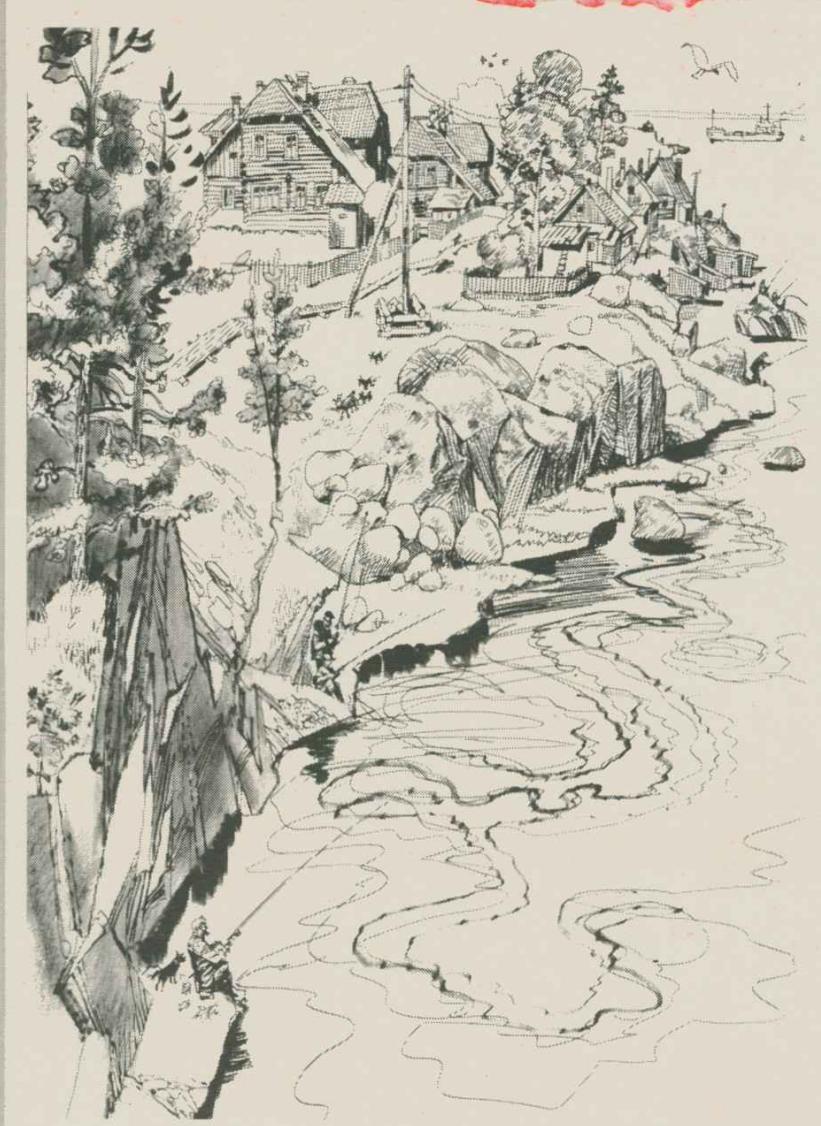
WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN- DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

- VNESHTORGREKLAMA bietet:
- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
 - Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
 - Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
 - Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
 - Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
 - Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
 - Direct Mail.
 - Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
 - Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
 - Werbung im Rundfunk.
 - Public Relations.
 - Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.



SOWJETISCHE
AUSSENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHTORGREKLAMA
UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachovka 31.
Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 331-83-11
Telex: 411265

14159 40 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525 FACH 65



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“



Karelische Motive

Zeichnung von
Wladimir
MOTSCHALOW
(UdSSR)